

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 4. März 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (setzgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wochentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustriertes Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

„Gott begrabe den Zaren“.

Ende Februar 1861 waren in Warschau die Unruhen ausgebrochen. Das Militär schritt ein, die Straßen waren von Toten bedeckt, die „Anarchie“ schien in Polen zu herrschen. Am 28. Februar wurde eine Adresse an den Zaren gerichtet, in der das Recht auf die nationale Freiheit Polens dargelegt wurde. Es hieß darin: „Das Vertrauen wird nicht wiederkehren, die Anwendung gewalttätiger Repressivmaßnahmen nicht aufhören. Dieses Land, ehemals anderen Völkern Europas in Bezug auf Zivilisation gleichstehend, wird so lange zu keiner Entwicklung seiner moralischen Fähigkeiten gelangen, als die Grundsätze, welche dem Bewusstsein des Volkes, seinen Traditionen, seiner Geschichte entstammen, nicht Eingang gefunden in Kirche, Gesetzgebung und Schule, mit einem Wort, im ganzen sozialen Organismus. Die Wünsche dieses Landes sind um so heftiger, als nur es allein unter den europäischen Staaten bis jetzt an jenen unerlässlichen Bedingungen der Existenz keinen Anteil hat, ohne welche keine Nation die Bestimmung erreichen kann, zu der sie von der Vorsehung berufen worden.“

Am 9. März 1861 antwortete Zar Alexander II. auf diese Adresse: „Ich sollte sie als richtig und nicht vorhanden betrachten, weil einige Individuen unter dem Vorwand von Unruhen, welche auf der Gasse vorgefallen sind, sich das Recht aneignen, alle Schritte der Regierung zu verdammen. Ich will darin jedoch nur eine Hinreißung erblicken. Ich widme meine ganze Sorgfalt den wichtigsten notwendigen Reformen, welche der Lauf der Zeit und die Entwicklung der Interessen in meinem Reiche erfordern. Ich werde alle meine Pflichten erfüllen. In keinem Falle werde ich tatsächliche Anordnungen gestatten. Auf einem solchen Terrain läßt sich nichts aufbauen. Bestrebungen, welche darin eine Stütze suchen wollten, verurteilen sich selbst in vornherein. Sie würden das ganze Vertrauen vernichten und von meiner Seite einer strengen Zurückweisung entgegen, denn sie würden das Land auf dem Wege des regelmäßigen Fortschritts zurückziehen, auf welchem es zu erhalten mein unabänderlicher Wunsch ist.“

Am 31. März 1861 wurden dann die „Reformen“ für Polen bekannt gemacht. In dieser Proklamation wurde gesagt: „In seiner unaußerordentlichen Sorgfalt für das Wohl der Völker, die von der Vorsehung seinem Scepter anvertraut sind, beschenkt Se. Majestät der Kaiser und König seine Untertanen im Königreich Polen allergnädigst mit Institutionen, deren Einführung der Volkswohlthat eine neue Entwicklung verleiht. Die Einwohner des Königreiches werden alle diese Gnadenbeweisungen ihres Monarchen gehörig würdigen, dessen großmütige Absichten durch die in Warschau vorgekommenen Anordnungen nicht aufgehalten worden sind. Die Treue seiner Untertanen des Königreiches kennend, hat er dieselben von dem Häuflein schädlicher Menschen unterschieden, welche diese Anordnungen hervorgerufen haben.“

Zwischen durch, am 3. März, erschien jener Zarenkuss, der die Aufhebung der Leibeigenschaft verkündete. Dieser Kuss war reichlich mit christlichem Öl gesalbt, zitterte Briefe Paulus an die Römer 13, 1 und 7 und bewies ausführlich dem frommen und getreuen Volke, was der Zar in seiner Güte getan habe. Im übrigen war das Dokument eine Hymne auf die edelmütige Sorgfalt der Grundherren für die Wohlfahrt ihrer Bauern.

Für diesen selben 3. März hatte man in Rußland von 1905 ein neues Manifest erwartet, welches das Joch der politischen Leibeigenschaft, das auf dem ganzen russischen Volke lastet, wenigstens durch eine heuchlerische Verheißung zu lockern geloben würde. Es ist denn auch tatsächlich am 3. März 1905 eine kaiserliche Kundgebung erschienen, aber sie enthielt nicht einmal den Versuch, den Anfang einer Verfassung vorzuschlagen. In dem verschämten Stil der Kundgebungen vor 44 Jahren, nur noch frecher in seiner gottlosen Föhnwelei, nur noch widerwärtiger in seiner Ausprägung mit christlich-fälschlichen Phrasen verklärt, verstand sich der dem kaiserlichen Nikolai II die Hand geführt hat, wie die Selbstherrlichkeit des Zaren unerträglich sei und wie Väterchen von seinem Volke erwartete, daß es die äbel gesünnten Führer einer aufwieglerischen Bewegung und sie selbst austrotte. Alles lehrt in dieser Kundgebung aus dem ewigen Wortschatz des patriarchalischen Absolutismus wieder; das Häuflein schädlicher Menschen, das ist das einzige, was der Zar der Befestigung für wert hält. Es ist dieselbe Litanei von dem christlichen Verus des Zaren und der historischen Entwicklung, von dem regelmäßigen Fortschritt.

Wenn man aber genauer die neuerliche Kundgebung des Zaren, daß das russische Volk von ihm nichts zu erwarten habe, mit jenen älteren Dokumenten, die so erschreckend ähnlich im Stil sind, vergleicht, so erkennt man doch den Fortschritt. Bei aller Verkümmert dringt die blasse Angst durch diesen Kuss hindurch. Das Zittern, das sich abergläubisch zu Heiligenschildern flüchtet, hebt in jedem Wort. Das trostlose Selbstbewußtsein in den Kundgebungen Alexanders II. ist bis auf den letzten Rest aus den Stillschubungen der Regierung Nikolai II. verschwunden. Es ist die feige Verkümmert eines Systems, das keinen Rat mehr weiß, das sich nicht vorwärts und nicht rückwärts bewegen kann, ohne in den Abgrund zu stürzen.

Die deutschen Liberalen, die seit jeder Reform zu erbeuteln statt zu kämpfen suchen, finden in dieser schroffen Ablehnung jeder Verfassung eine Selbstverblendung des Zarismus. Ein solches Urteil charakterisiert lediglich die politische Unreife und Unfähigkeit des deutschen Liberalismus. Der Zar und seine Berater sind die Gefangenen ihres eigenen Systems. Sie müssen in den Palast des Schreckens sich einschließen, weil jedes Verlassen ihnen den Tod bringen würde. Der russische Absolutismus bleibt so wie er ist, oder er verfallt völlig. Er kann nicht gestürzt, er kann nicht aufgepäht werden. Jeder Versuch, ihn zu verbessern, heißt ihn zerstören und mit ihm seine Träger.

Die Kundgebung des Zaren hat das Gute, daß sie die Deffenheit der Welt darüber aufklärt: Von dem Zarismus ist nichts zu erwarten. Und nun hat nur noch die Revolution das Wort! In einem weiteren Erlaß verkündet der Zar auch, wie er sich eine Volksvertretung denkt. Sie soll darin bestehen, daß alle treuen Untertanen die Möglichkeit erhalten, vom Kaiser gehört zu werden, in der Weise, daß die Wünsche und Anträge durch den Ministerpräsidenten dem Zaren zur Kenntnis und Befragung unterbreitet werden. Am 22. Januar haben die treuen Untertanen einen Versuch gemacht, wie es jetzt als „Verfassung“ verheißt wird: die treuen Untertanen haben damals den Versuch gemacht, ihre Wünsche dem Zaren zu unterbreiten, mit dem Erfolg, daß laufende treuer Untertanen mit ihrem

Blute den Schnee von Petersburg färbten. Die russischen Untertanen werden sich nach den Erfahrungen des 22. Januar wohl hüten, ihre Wünsche dem Kaiser zugänglich zu machen. Sie könnten wieder für untreue Untertanen gehalten werden. Die treuen Untertanen sind überhaupt ein Begriff von gestern geworden. Wer in Rußland seinem Volk und der heiligen Sache der Zukunft treu ist, dessen höchste Pflicht ist die Treulosigkeit gegenüber den Verbrechern des Absolutismus. Der mystische Zarenkultus hat am 22. Januar sein Ende erreicht. Das Häuflein schädlicher Menschen, von dem man 1861, oder die äbel gestanten Führer einer aufwieglerischen Bewegung, von denen man 1905 spricht, sind das Volk selbst.

Mit einem Wortspiel verwandelt die russische Revolution jetzt den Refrain der Kaiserhymne „Gott schlage den Zaren“ in „Gott begrabe den Zaren“. (Bozo tsaria kronit, — bozo tsaria kroni.) Es bedarf nur der Veränderung von zwei Buchstaben, um die treuen Untertanen des verbrecherischen Absolutismus in Aufwiegler zu verwandeln.

Mit den Kundgebungen des 3. März hat der Zarismus, der am 22. Januar in einem Meer von Menschenblut sich unverwundbar zu harten suchte, seine Grabrede geschrieben.

Der Kuss über die Befestigung der Selbstherrschaft.

Petersburg, 3. März. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht eine Kundgebung des Kaisers, in welcher es heißt:

Der unerforschlichen Vorsehung hat es gefallen, das Vaterland durch schwere Prüfungen heimzuführen. Der blutige Krieg im fernsten Osten um die Ehre Rußlands und die Herrschaft in den Gewässern des Stillen Ozeans, so dringend nötig zur Sicherung des friedlichen Gedeihens nicht nur unseres, sondern auch anderer christlicher Völker auf Jahrhunderte hinaus, hat von dem russischen Volke eine bedeutende Anspannung der Kräfte verlangt und viele unserer Helden nahegehende teure Opfer gefordert. Während die ruhmvollen Söhne Rußlands mit aufopfernder Tapferkeit kämpfen und ihr Leben für ihren Glauben, ihren Kaiser und ihr Vaterland einsetzen, brauchen in unserem Vaterlande selbst Wirren aus, den Feinden zur Freude, und zu tiefem Kummer. Von Hochmut verblindet, machen abgesetzte Führer einer aufwieglerischen Bewegung freche Anschläge gegen die heilige orthodoxe Kirche und die durch die Gesehe gefestigten Grundpfeiler des russischen Staates, indem sie meinen, wenn sie den natürlichen Zusammenhang mit der Vergangenheit zerreißen, würden sie die bestehende Staatsordnung zerstören und statt dieser eine neue Landesverwaltung auf neuer Grundlage errichten, die aber tatsächlich unserem Vaterlande nicht angemessen sein würde.

Der Anschlag auf den Großfürsten Sergius, der vorzeitig inmitten der heiligen Denkmäler des Kremls ums Leben kam, beleiht tief das Rationalgefühl eines jeden, dem die Ehre des russischen Namens und der Ruhm der Heimat teuer sind. Demütig tragen wir die herabbergesandten Prüfungen und schäpfen Kraft und Trost aus dem festen Vertrauen auf die Gnade, die Gott stets dem russischen Volke bewiesen hat, und aus der bekannnten Ergebenheit unseres treuen Volkes für den Thron. Mit den Gebeten der heiligen rechtgläubigen Kirche, unter dem Banner der selbstherrlichen kaiserlichen Gewalt hat Rußland schon häufig große Kriege und Wirren überstanden, stets mit neuer, unbeugsamer Kraft aus den Nöten und Schwierigkeiten hervorgehend. Doch die in letzter Zeit im Innern herrschende Unordnung und das Umsichgreifen der auf Aufruhr und Unruhen gerichteten Gedanken macht es uns zur Pflicht, die Regierungsinstitutionen und alle Behörden an ihre Dienstpflicht und ihren Dienst zu erinnern und sie aufzufordern zur Wahrung des Gesetzes, der Ordnung und der Sicherheit, ihre Aufmerksamkeit zu verschärfen im festen Bewußtsein ihrer moralischen und dienstlichen Verantwortung gegen Thron und Vaterland.

Unausgesetzt auf das Volkswohl bedacht, im festen Vertrauen, daß Gott, nachdem er unsere Geduld geprüft, unseren Waffen den Sieg schenken werde, rufen wir die gutgesinnten Leute aller Stände an, jeden in seinem Verus und an seinem Plage, sich in einmütiger Mitwirkung und mit Wort und Tat anzuschließen zu dem heiligen großen Werke der Überwindung des hartnäckigen äußeren Feindes, zur Ausrottung des Aufruhrs im Lande und zum Befonnenen Entgegenwirken gegen die inneren Wirren. Wir erinnern dabei daran, daß es nur bei ruhiger Stimmung der gesamten Bevölkerung möglich ist, unsere auf Erneuerung des geistigen Lebens des Volkes, auf Kräftigung seines Wohlstandes und die Vervollkommenung der Staatsordnung gerichteten Absichten zu verwirklichen.

Wägen alle russischen Untertanen sich fest um den Thron scharen, getreu Rußlands Vergangenheit, die ehlich und gewissenhaft in Uebereinstimmung mit uns um die Angelegenheiten des Staates besorgt sind! Gott möge der Gerechtigkeit wahre Frömmigkeit, den Regierenden Gerechtigkeit und Wahrheit, dem Volke Frieden, den Gesehen Kraft und dem Glauben Gedeihen geben zur Befestigung der Selbstherrschaft und zum Wohl meiner treuen Untertanen!

Der Sensi Sobor der frommen Wünsche.

Ein offizielles Petersburger Telegramm meldet: Ein kaiserlicher Erlaß befiehlt, daß, damit es allen treuen Untertanen möglich werde, vom Kaiser unmittelbar gehört zu werden, dem unter dem Voris des Kaisers stehenden Ministerrat auch die Darisicht und die Beratung der von Privatpersonen und Institutionen an die Person des Monarchen gerichteten Meinungsäußerungen und Wünsche hinsichtlich der Vervollkommenung der Staatsverwaltung und der Fragen, die sich auf die Hebung des Volkswohlstandes beziehen, übertragen werden.

Darin besteht also die „Verfassung“: Die „treuen“ Untertanen haben das Recht zu — wünschen. Da aber treue Untertanen naturgemäß keine Wünsche haben, die treu losen aber, wenn sie Wünsche haben, niederknien müssen, so wird Väterchens Zeit nicht sonderlich in Anspruch genommen werden.

Ein anderes Telegramm vom 3. März verkündet: Morgen wird ein kaiserliches Reskript über die Teilnahme der Bevölkerung an der Gesetzgebung veröffentlicht werden.

Es ist nicht ganz klar, ob dieses angekündigte Reskript dasselbe ist, dessen Inhalt bereits in dem vorstehenden Telegramm mitgeteilt ist.

Aber das ist auch uninteressant. Alle Masse zur Befestigung der Selbstherrschaft können nur Variationen derselben leeren Täuschung sein.

Ueber die Aufnahme der Manifeste

Liegen Telegramme liberaler Blätter vor, nach denen sie in den Kreisen der Intelligenz ernste Beunruhigung hervorgerufen haben.

Die Arbeiter antworteten mit erneuten und verstärkten Ausständen.

Die Post der „Arbeiter“-Kommission

Ist an der politischen Klugheit und Energie der zum Mißspielen aufgefordereten Proletarier gescheitert. Aus Petersburg, 3. März, wird gemeldet:

Die für heute angeordnete allgemeine Versammlung der Wähler aller Arbeitergruppen ist nicht zustande gekommen, weil an den Versammlungsorten eine Kundmachung des Senators Schidlowski ausgehängt war, in der er die ihm vorgelegten (in der gestrigen Nummer mitgeteilten) Forderungen als seine Vollmachten überschreitend bezeichnet. Die Unverkündlichkeit der Person der Arbeiterdeputierten würde jedoch garantiert werden, soweit ihre Äußerungen in der Kommission in Betracht kommen. Die Deputierten, welche an der Kommission teilnehmen, sollen nicht nur zur Befragung ihrer Meinung hinzugezogen werden. Betreffend die Bedürfnisse der Arbeiter der Kleinindustrie werde er Maßnahmen treffen, damit sie ebenfalls in der Kommission beraten werden. Sodann schlägt Schidlowski den Arbeitern vor, daß sie sich in die hierfür bestimmten Lokale zur Wahl der Deputierten für seine Kommission begeben. Die Arbeiter beschloffen darauf, gruppenweise die Antwort Schidlowskis zu beraten.

Es ist vorauszusehen, daß sie sich auf diese Komödie nicht einlassen werden.

Totenmessen für den 22. Januar?

Die „Post. Ztg.“ erhält folgendes Telegramm: Sämtliche Mitglieder des hiesigen diplomatischen Korps erhielten anonyme Aufforderungen, Sonntag nicht auf der Straße zu erscheinen, da die Revolutionspartei größerer Unternehmungen plant und die fremden Diplomaten schonen will.

Verhaftungen in Warschau.

Warschau, 3. März. Hier sind heute zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. Es wurden Redakteure mehrerer Zeitungen verhaftet.

Weniger Matrosen.

Petersburg, 3. März. Der Oberbefehlshaber der Flotte des Baltischen Meeres hat, wie die „Kowoje Wremja“ meldet, bekannt gegeben, daß er den Versuch Hebelgesinnter, die Matrosen in Kronstadt aufzuregen, energig entgegenzutreten werde. Für den Schuß eines jeden, der fernerhin eine korrekte Haltung beobachten wolle, sei genügend gesorgt. Heute und die folgenden Tage werde der Militärschuss verstärkt werden, damit in den Kasernen ruhig gearbeitet werden könne. Auch dies Telegramm deutet auf starke Wärgung!

Zum Eisenbahner-Ausstand.

Nach einer Bekanntmachung der königlichen Eisenbahndirektion Berlin ist der regelmäßige Personen- und Güterverkehr nach und von Rußland über Zilowo (Mawa) gestern (Freitag) wieder aufgenommen worden. Güter werden daher wieder angenommen und die angehaltenen weitergeschickt, sofern die Versender inzwischen nicht anderweitig verfügt haben. Die Uebernahme von Gepäc, Stückgut und Wagenladungs-Gütern, die für Stationen der Weichselbahnstrecken Warschau—Zilowo, Warschau—Brest und Warschau—Kobel sowie für Stationen der über diese Strecken hinausgelegenen Nachbarbahnen bestimmt sind, wird von der Warschau-Wiener Eisenbahn auf der Uebergangstation Sosnowice bis auf weiteres noch verweigert. Nach dort bestimmte Güter können daher bis auf weiteres nicht angenommen werden; rollende werden angehalten und den Versendern zur Verfügung gestellt.

Die Entscheidungsschlacht des Krieges

scheint in Ostasien begonnen zu haben. Schon die Meldungen der letzten Tage machten es wahrscheinlich, daß eine entscheidende Offensive der Japaner begonnen habe. Allerdings stammten die Meldungen nicht aus offiziellen japanischen Quellen, so daß ein Abwarten weiterer Nachrichten geboten

war, bevor ein Urteil über die neuesten Aktionen zulässig erschien. Offizielle japanische Nachrichten liegen zwar auch jetzt noch nicht vor. Die Japaner sind eben vernünftige Strategen, die erst dann Meldungen machen, wenn eine Aktion ihren Abschluß erlangt hat. Dagegen melden offizielle russische Telegramme, daß die Japaner auf der ganzen ausgedehnten Front zum energischen Angriff übergegangen sind. Sowohl im Osten haben die Japaner bedeutende Vorteile erlangt, als auch im Westen, wo sie den russischen rechten Flügel umgangen haben und Mukden bedrohen. Zu gleicher Zeit ist auch das japanische Zentrum gegen das russische Zentrum vorgegangen, dessen Stellung sich auf den Putilow-Hügel zu stützen scheint.

Die russischen Nachrichten geben erhebliche Erfolge der Japaner und bedeutende Verluste auf russischer Seite zu — Beweis genug, daß die Lage der Russen eine sehr ungünstige sein muß. Man braucht sich nur an die russischen offiziellen Meldungen über die Schlachten bei Liaujang und am Schaho zu erinnern. Während hier Hunderttausende in mörderischem Ringen gegeneinander wüteten, während sich die russischen Verluste auf Zehntausende und Überzehntausende belaufen, meldete der offizielle russische Telegraph in unbeschreiblicher Harmlosigkeit nur allerhand unbedeutende Schanzmängel, in denen die Russen oben drein noch häufig siegreich geblieben sein sollten! Das lächerliche Vertuschungssystem dürfte auch zur Stunde geübt werden. Einen Beweis für diese skandalöse Art der Berichterstattung liefert der Umstand, daß man in Petersburg heute den neuesten, recht ernst lautenden Nachrichten allerhand veraltete Nachrichten folgen läßt, die die Vorgänge noch in weit harmloserem Maße darstellen!

Englische Telegramme sprechen bereits von der für heute bevorstehenden Einnahme Mukdens und von der völligen Einschließung Kuropatkins. Wir halten diese Meldungen für verfrüht und übertrieben. Ein Heer von circa 300 000 Mann, das über eine Front von mindestens 100 Kilometer verteilt ist, läßt sich — wenn der Gegner nicht auch der Zahl nach bedeutend überlegen ist, — nicht im Handumdrehen über den Haufen werfen, es läßt sich auch nicht derartig einschließen, daß sich nicht starke Teile trotz alledem den Rückzug erzwingen könnten. Die Schlacht bei Liaujang hat das hinlänglich bewiesen. Rügen inzwischen die russischen Truppen auch weiterhin desorganisiert worden sein: die neuesten Gefechte beweisen, daß sich die Soldaten trotzdem noch mit Bravour schlagen. Es wird den Japanern deshalb nicht leicht fallen, die Armee Kuropatkins entscheidend zu schlagen und zum Rückzug nach Tieling zu zwingen. Doch scheint es zweifellos zu sein, daß schließlich dennoch der Armee Njamas dieser Erfolg beschieden sein wird. Eine neue schwere Niederlage muß aber — im Verein mit der Revolution im Innern — die Widerstandskräfte Rußlands brechen. In diesem Sinne dürfte die zurzeit tobende Schlacht als die Entscheidungsschlacht des Krieges bezeichnet werden können.

Sachetun, 8. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Hartnäckige Kämpfe dauerten den ganzen Tag an, auf dem äußersten linken Flügel griffen die Japaner an zwei Stellen unsere Abteilungen an und außerdem bei dem Gutulinpaß, wo eine von unserer Vorhut verlassene Befestigung heute morgen wieder in unsere Hände überging. Die Japaner legten das Bombardement auf unsere beiden Flanken und das Zentrum fort. Im Raion des Putilowhügels wurden wir heute mit mindestens 2500 Geschossen aus Belagerungs- und Feldgeschützen überschüttet. Die Bomben der zwölftägigen Mörser waren an ihrer enormen Explosionskraft und den massiven Splintern erkennbar. Gegen Abend gingen die Japaner zum Vormarsch gegen den rechten Flügel über, wo sich ein heftiger Kampf entwickelte, der noch fortdauert.

Sachetun, 8. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Angriffe auf beiden Flügeln fortwährend, gingen die Japaner heute nacht zum Vormarsch gegen das Zentrum über und griffen morgens 4 Uhr die Stellungen östlich von Erdagan an, wurden aber zurückgeschlagen. Starke Feuer aus Belagerungs- und Feldgeschützen dauern an und wird vorzugsweise gegen den Putilowhügel gerichtet. Unter der Deckung des Artilleriefeuers und dem Schutz des Rebels begann heute früh um 7 Uhr morgens auch die japanische Infanterie den Putilowhügel anzugreifen, der Angriff wurde jedoch zurückgeschlagen. Ein zweiter Angriff erfolgte gegen Mittag, blieb aber auch ohne Erfolg. Auf Seiten der Japaner sind die Verluste groß. Da die Befestigung des Putilowhügels fortgesetzt wird, erwartet man einen neuen Angriff. Die Truppen aus Fort Arifur von der Armee General Rogis kämpfen mit. Auf dem linken Flügel dauert hartnäckiger Kampf fort, die östliche Abteilung schlug einen äußerst heftigen Angriff gegen Rudjosa ab. Der Vormarsch gegen die Abteilung bei Tjindentschen und gegen den Gutulinpaß wird auch heute fortgesetzt. Beiderseits sind die Verluste groß, entscheidende Resultate wurden nicht erzielt. Auf dem rechten Flügel setzten Japaner den Vormarsch längs des Hunho und des Vjaho fort, wobei sie, auf Widerstand stoßend, in ein besonders heftiges Gefecht südlich von der Ortschaft Santaintsi verwickelt wurden. In Sinmintin erschien japanische Kavallerie.

Sachetun, 3. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Auf der rechten Flanke fahren die Japaner fort, energisch vorzurücken. Auf dem linken Hunho-Ufer bestehen die Unrigen einen hartnäckigen Kampf. Vier japanische Divisionen, die unseren rechten Flügel am Vjaho umgingen, haben heute Sawinyn gegen 18 Kilometer westlich von Mukden erreicht, wo ihnen entgegengesandte Truppen ihren weiteren Vormarsch aufhielten.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 3. März.

Prozeß-Ueberraschungen.

Die Anklagebehörde des Blößen-Prozesses wird sich voll Ergebenheit in das trübende Geschick fügen müssen, das sie sich am ersten Verhandlungstage bereitet hat. Die Tatsache der Verschiebung des Prozesses von derjenigen Strafammer, vor welche die Anklage ursprünglich gelangen mußte, an eine andere Strafammer, welche sich des Rufes hervorragender Zuverlässigkeit in politischen Prozessen erfreut, wird den gesamten weiteren Prozeßgang beherrschen. Gerade die Interessenten der heutigen Rechtsprechung können schmerzlich bedauern, daß die Staatsanwaltschaft durch den verblüffend seltsamen Versuch, den sie zur Erklärung jener Tatsache unternahm, sich ungeeignet dem Schein der politischen Tendenzjustiz ansetzt. Sie können bedauern, daß im Volke die Erinnerung an das Wort erinnert wird, das der Königsberger Staatsanwalt in die Gerichtsakten schrieb: „Bei dem Interesse, welches der Justizminister dem Prozeß entgegenbringt, bitte ich Sie, recht zuversichtlich Beamte mit der Untersuchung zu betrauen.“

Die Wirkung dieser Vorgänge vermag die Anklagebehörde nicht wieder auszulösen. Nur dem Gerichtshof selbst wäre die Möglichkeit gegeben, den schweren Schaden, welcher der Justiz geschlagen ist, durch den Beweis zu mildern, daß die Staatsanwaltschaft, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Prozeß, wenn sie auf politisches Vorurteil und tendenziöse Grausamkeit spekuliert hätte, sich im Irrtum befand.

Dr. Fischer wies diesen Dreifachen Verzicht der Demagogik und Einschüchterung scharf zurück und bestätigte dem Arzt, der die Alterschwäche des Freiinns durch Scharfmacherfiguren heilen möchte, daß selbst die sächsische Regierung mehr sozialpolitischen Verständnisses und Empfindens hätte als er. Als Herr Mugdan gar die Salonbräsen des Reichskanzlers über materialistische Gesichtsauffassung (unter anderem bezeichnete er den Genossen Lafargue als Verfasser der Geschichte des Sozialismus), Verelendungstheorie und sozialdemokratische Freiheitsfeindschaft in sein freimütiges Vierbanddeutsch überlesete, da versagte selbst der Veisall der Rechten. Es behagte ihr nicht, daß die Politik der mittleren Linie so scharf in die Linie der politischen Mittelmaßigkeit umbog.

Genosse Lipinski beschränkte sich darauf, einige der größten Unwahrheiten Dr. Mugdans glattzustreichen. Er plädierte im übrigen in ausführlichen Darlegungen für eine weite Ausdehnung der Sonntagsruhe insbesondere im Handelsgewerbe. Selbstverständlich erklärte er die Bereitwilligkeit unserer Fraktion, an der vom Staatssekretär Grafen Bofadovsky gestern in Aussicht gestellten Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung mitzuwirken. Daß Dr. Mugdan auch von diesem sozialpolitischen Fortschritt nichts wissen wollte, ist selbstverständlich, aber daß auch Dr. Spahn gegen diese von seiner Fraktion oft geforderte Reform bedenklich zu machen suchte, und daß gar der christlich-soziale Vorkühler sich für die patriarchalischen Fabrik-Krankenkassen begeisterte, kann wundernehmen.

Für die morgige Sitzung schlug Dr. Müller-Sogon, vom Genossen Singer unterstützt, Abhaltung eines Schermtages vor.

Die Konservativen, die sich noch am Dienstag für diesen Gedanken ausgesprochen hatten, waren heute dagegen. Aber da das Zentrum seit Dienstag in der entgegengesetzten Richtung umgefallen war, fand der Antrag die Mehrheit. Demnach beginnt morgen die zweite Beratung unseres Antrages auf Errichtung von Arbeitskammern.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat nun unter Zuhilfenahme noch einer Abend Sitzung den Kultusetat in zweiter Lesung zu Ende beraten. Die Kapitel „Höhere Lehranstalten“, „Kunst und Wissenschaft“, „Technische Unterrichtsweisen“ und „Medizinalwesen“ wurden im Galopp durchgepeitscht, von einer eigentlichen Debatte war selbst bei den wichtigsten Etatspositionen nicht die Rede.

Zu einzelnen sei hervorgehoben, daß die Regierung sich mit der Absicht trägt, ein Denkmalsgesetz dem Landtage zu unterbreiten; allerdings stößt dieses Gesetz noch auf große Schwierigkeiten und deshalb begnügt sie sich vorläufig mit der Ankündigung eines Gesetzes über die Erweiterung der städtischen Bauordnungen zum Schutze der städtischen Denkmäler sowie eines Gesetzes zum Schutze der prähistorischen Denkmäler.

Weiter ist voraussichtlich ein Hebammengesetz in der nächsten Session des Landtages zu erwarten; über seinen Inhalt äußerte sich die Regierung nicht.

Daß sich Abgeordnete finden, die selbst bei der Beratung des Kapitels Kunst und Wissenschaft ihre reaktionäre Gesinnung an den Tag legen zu müssen glauben, sei nur nebenher erwähnt. Es hiesse dem konservativen Abg. Henning zu viel Ehre antun, wollten wir auf seine Rede gegen die Zulassung von Frauen zur Akademie der Künste in Berlin, weil angeblich die Frauen auf dem Gebiete der Kunst nichts leisten, ernsthaft erwidern.

Im übrigen sei als charakteristisch mitgeteilt, daß der Haß gegen die Ausländer, der bereits bei der Debatte über die Universitäten sich zu der Forderung verdichtet hatte, Ausländer möglichst von preussischen Universitäten fernzuhalten, auch im weiteren Verlaufe der Beratung des Kultusetats deutlich zum Ausdruck kam: Der Abg. Wallenborn (B.) äußerte Bedenken gegen die starke Zulassung von Ausländern zum Studium an der Hochschule für Musik in Berlin und Abg. Felijsch (L.) jammerte über die Zunahme der Zahl der ausländischen Hörer an technischen Hochschulen. Dafür, daß Kunst und Wissenschaft international sind, haben diese Herren ebensowenig ein Verständnis wie dafür, daß es eine Ehrenpflicht Preußens sein sollte, insbesondere den russischen Studenten Gelegenheit zu wissenschaftlicher Ausbildung zu geben. Vielleicht kommt einmal die Zeit, wo das befreite Rußland seine Hochschulen den Deutschen öffnet, die am Vorn freier Wissenschaft schöpfen wollen.

Am Sonnabend soll zunächst das Ausführungsgesetz zum Reichs-Seuchengesetz in dritter Lesung zu Ende beraten und dann der Etat der Bauverwaltung begonnen werden.

Deutsches Reich.

Die Einbringung der Vergeschnovelle soll wieder einmal unmittelbar bevorstehen. Ein hiesiges Blatt will das erfahren haben. Das haben wir nun seit drei Wochen schon mehr als einmal gehört. Aber die Wiederholung macht eine Behauptung nicht glaubwürdiger.

Internationale Uebergriffe preussischer Polizei.

Wolffs Bureau telegraphiert aus Wien: Abgeordnetenhaus. Bei Beginn der Sitzung werden seitens der Regierung mehrere Interpellationen beantwortet. Im Einlaufe befindet sich eine Interpellation des Abg. Daszynski (Soz.), in welcher behauptet wird, daß der preussische Polizeirat Maedler aus Reuthen im Auftrage der preussischen Staatsanwaltschaft in Wadowice (Galizien) selbständig Recherchen im Zusammenhang mit einem in Preußen schwebenden Strafprozeß vorgenommen und an die preussische Staatsanwaltschaft einen Bericht erstattet habe, aus welchem hervorgeht, daß ein Polizeibeamter von Wadowice sich bereit erklärt habe, die für die Prozeßzeugen bestimmten Gelder entgegenzunehmen und den Zeugen auszuhandeln, sowie Sorge zu tragen, daß die in Wadowice anwesenden Zeugen die Reise zur Hauptverhandlung nach Preußen antreten. Dieses sowie die Vergangenheit Maedlers, der nach der Behauptung des Interpellanten ein berüchtigter Provolateur sei, beweise, daß sich dieser preussische Beamte in Galizien zu antieren erlaube. Der Interpellant fragt, was die Regierung zu diesem Vorfall sage, und ob sie geneigt sei, diese Tatsache zu prüfen und das Staatsterritorium Oesterreichs von fremden Polizeibeamten zu säubern.

Im Königsberger Prozeß wurde festgestellt, daß russische Polizeibeamte auf preussischem Boden antieren, ohne daß die preussischen Behörden gegen diese Grenzübergriffe etwas einzuwenden hatten. Auch sonst ist ja die russische Polizei in Preußen sehr rüdrig. Hat die preussische Polizei nun ihrerseits russische Sitten angenommen, daß sie den Schaulapf ihrer Tätigkeit sich nicht durch nationale Grenzen verklämmern lassen will? —

Budgetkommission des Reichstags. In der weitergeführten Generaldiskussion über die Gesetzesvermehrung in der Budgetkommission des Reichstags führte am Freitag zunächst Abg. Gröber aus, daß man schon aus Rücksicht auf die historische Entwicklung die Unteroffiziere und die doch nur so genannten „Freiwilligen“ mit

In die Präsenzstärke einrechnen müsse; es sei unbedingt notwendig, die sehr beträchtliche Vermehrung der Präsenz bei der Marine zu beachten. Bei der Verteilung der Vorlage sei die Frage der Etatsgröße der einzelnen Truppenteile maßgebend; ferner sei die genaue Angabe der Zahl der für notwendig erachteten Anders zu fordern; endlich müsse noch angegeben werden, wieviel Mannschaften von den Abkommandierten geteilt werden könnten. General v. Armin legte die Verteilung der Infanterie-Bataillone auf die verschiedenen Divisionen und andere Maßnahmen für den Mobilisationsfall vertraulich dar. Die Abkommandierten würden militärisch voll ausgebildet. Nach längerer Ausführung des Kriegsministers sagte Abg. v. Kardorff, man müsse doch die Darlegungen der militärischen Behörden etwas skeptisch gegenübersehen, denn noch vor kurzem hätten sie ja behauptet, die Einführung von Infanterie-Regimentern zu zwei Bataillonen sei eine Notwendigkeit, weil ein Kommandeur im heutigen Gefechte doch nicht mehr übersehen könne; jetzt sei man wieder ganz anderer Ansicht! Auch über den Wert der Ränder seien doch die Meinungen sehr geteilt. Bei der Kostenberechnung dürfe man auch nicht die Kosten der Truppen-Übungsplätze übersehen. Die kommende Artillerievermehrung werde neuerdings auf Anleihen übernommen, was bedenklich sei. Ein Teil seiner Freunde sei mehr für Flottenvermehrung als für Armeevermehrung. Ueber die Notwendigkeit der Kavallerievermehrung sei er sich schon lange klar. Abg. Erzberger fragte an, ob man nicht die ganze Frage der Heeresvermehrung, die eine Belastung von 31 Millionen bringt, um ein Jahr zurückstellen wolle. Der Kriegsminister erklärte, daß er sich damit vom militärischen Standpunkte aus nicht einverstanden erklären könne. General Callwig legte dar, daß für eine absehbare Zeit aus finanziellen Gründen von einer Fortführung der Umwandlung der Korpsbesoldungsämter in Zivilanstalten nicht die Rede sein könne. Abgeordneter Dr. Müller-Sagan wandte sich gegen die Behauptung, die Zahl der französischen Reservisten übersteige die der deutschen um 150 000; dabei sei der Abgang der Kranken wahrscheinlich nicht berücksichtigt worden. Bei den Kostenschätzungen solle man doch auch an die Aufwendungen für die Kolonialpolitik denken! Man müsse danach trachten, die Rüstungen mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in Einklang zu bringen. Der General v. Armin behauptete, daß bei Berechnung der französischen Reservisten natürlich die Abgänge voll berücksichtigt seien. Abg. Prinz v. Arenberg meinte, es gehe nicht an, die ganze Vorlage um ein Jahr zu versetzen. Abg. Ledebour wandte sich gegen den Wachstumsverzögerungs-ehemaliger Offiziere, die sich durch Uebertrumpfung ministerieller Forderungen in empfehlende Erinnerung bringen möchten und durch deren Darlegungen sich manche Abgeordnete betören ließen. Er habe den Eindruck gehabt, als ob der Minister selbst es als organisatorischen Fehler erachte, die Infanteriedivision nicht mit aktiver Kavallerie, sondern anstatt dessen aus der aktiven Kavallerie mobile Kavalleriedivisionen aufzustellen. Mit den vorhandenen Kavallerie-Regimentern müsse deshalb besser disponiert werden, aber eine Vermehrung sei dadurch nicht begründet. Der Kriegsminister entgegnete, die Ausmischung der ohne Zweifel vorhandenen organisatorischen Mängel sei nur durch Kavallerievermehrung möglich. Nach einer längeren Erwiderung Ledebours wurde die Spezialdiskussion der Vorlage am Dienstag bestritten.

Ein dritter Nachtragsetat für Südwestafrika

Wird nach Pressnachrichten Mitte der nächsten Woche dem Reichstage zugehen, er wird gegen 55 Millionen Mark fordern, vielleicht auch etwas weniger. Der vierte (!) Nachtragsetat wird Ende März folgen, auch er wird gegen 20 Millionen, soweit es sich voraussichtlich läßt, fordern.

Und diese ungeheuerlichen Summen werden für eine entvölkerte Sandwüste verschleudert!

Die neueste Verlustliste. Nach einem Telegramm aus Windhof sind an Typhus gestorben: Der Unteroffizier Franz Seiler, geboren am 12. 2. 76 zu Dorfen in Bayern, am 27. Februar im Lazarett Windhof, und der Reiter Ernst Rube, geboren 18. 9. 79 zu Weiche, früher im Infanterie-Regiment Nr. 154, am 24. Februar im Lazarett Lüderichsdorf. Im Gefecht bei Gochas am 7. Januar gefallen: der Reiter Karl Schrottko, geboren am 11. 11. 83 zu Niedermaula, früher im Dragoner-Regiment Nr. 16, durch einen Schuß in den Kopf. Leicht verwundet wurden: der Reiter August Seywald, geboren 7. 9. 81 zu Döttingen, durch einen Schuß in den rechten Arm, und der Reiter Johann Gorenz, geboren 11. 6. 81 zu Labischin, durch einen Schuß in den linken Unterschenkel.

Ausland.

Frankreich.

Paris, 3. März. Der heute im Elysee abgehaltene Ministerrat hat sich dahin ausgesprochen, eine vollständige Vereinfachung zwischen der Regierung und der Kommission zur Prüfung des Gesetzentwurfs über Trennung von Kirche und Staat wünschenswert sei, bevor der Gesetzentwurf an die Deputiertenkammer gelange. Der Unterrichtsminister Viviani wird möglichst bald die Kommission einberufen lassen, der er die Grundlagen für eine mögliche Einigung unterbreiten wird.

Belgien.

Der Streik der belgischen Bergarbeiter dauert nun bereits vier Wochen und noch ist ein Ende nicht abzusehen. Die Unternehmer lehnen die geringen Forderungen der Bergleute in der brutalsten Form ab; die Regierung weigert sich, vermittelnd eingzugreifen. Der erneute Versuch, den die sozialistische Fraktion in der Kammer machte, um die Regierung zum Eingreifen zu zwingen, ist wiederum vergeblich gewesen, da die Liberalen unter Führung von Boesie in eckel-mancherlei Weise jede Einmischung des Staates verwerfen. Der Vorstand der sozialistischen Arbeiterpartei Belgiens ersucht seinen Aufruf an die Mitglieder der Partei, der Gewerkschaften, Genossenschaften, an alle Proletarier, ihre Brüder in dem Kampfe zu unterstützen. Die Zahl der Streikenden beträgt noch immer gegen 60 000.

Italien.

Die Obstruktion der Eisenbahner vor dem Senat. Der Senat hat sich in zwei Sitzungen mit der Eisenbahnerfrage beschäftigt. Von den Senatoren Casana und Cavasola lagen Interpellationen vor, zu dem Zwecke gestellt, die Regierung zu weiteren reaktionären Maßnahmen gegen die Eisenbahner zu drängen. Casana befragte die Regierung, was sie, um den gegenwärtigen Zustand im Eisenbahndienst, der eine schwere Schädigung für die Interessen der Allgemeinheit mit sich bringe, zu tun, und wie sie in Zukunft die öffentliche Ordnung und die Autorität aufrecht zu erhalten gedenke. In ähnlicher Weise verlangte die Interpellation Cavasolas Auskunft über die Absichten der Regierung bezüglich der Regelung des Eisenbahndienstes. Der Eisenbahnminister Ledesca sagte in seiner Antwort unter anderem, daß von den Eisenbahngesellschaften Maßnahmen ergriffen seien, um der Obstruktion der Angestellten zu begegnen. Es seien Bestimmungen erlassen, wonach diejenigen Angestellten, welche die Reglements mala fide anwenden, um Verzögerungen herbeizuführen, bestraft werden. Im übrigen suchte der Minister seinen Gesetzentwurf zu verteidigen. Wenn die Bestimmungen desselben in gutem Sinne ausgelegt und angewandt würden, dann entsprächen dieselben vollkommen den Anforderungen des Dienstes und der notwendigen Sicherheit im Eisenbahnverkehr.

Die Parteien der Linken (Sozialisten, Radikale und

Republikaner), die am Donnerstag zu gemeinsamer Sitzung zusammentraten, um zu der schwebenden Frage der Obstruktion Stellung zu nehmen, haben in einzelnen Gruppen getagt. Die Radikalen haben in klarer und unzweideutiger Weise zum Ausdruck gebracht, daß sie gegen die Artikel 71 und 73 (Streikverbot) des Reglementsentwurfs stimmen werden. Auch die Republikaner nahmen eine Resolution an, in welcher sie gegen die unklaren Vorschläge der Regierung protestieren und die ganze italienische Arbeiterschaft zur Solidarität mit den Eisenbahnern aufrufen. Die sozialistische Fraktion hatte nur ihre früheren Beschlüsse zu wiederholen. Sie wird die Bestimmungen des ersten Teils des Entwurfs (Verstaatlichung der Eisenbahnen) im einzelnen prüfen und hierzu Stellung nehmen. Gegen die, die Freiheit der Eisenbahner beschränkenden Artikel aber wird sie alle Mittel, auch die der Obstruktion, zur Anwendung bringen, um die den Eisenbahnern drohende Entrechtung zu Fall zu bringen.

England.

Bei der Wahl zum Unterhause für West-Moreland wurde Jones (liberal) mit 2022 Stimmen gegen Noble (cons.), der 2702 Stimmen erhielt, gewählt. Die Stimmenmehrheit der Liberalen bei der letzten Wahl betrug 579.

Amerika.

Feierliche Uebernahme des Präsidentenamtes. Am 4. März findet die Inauguration des Präsidenten Roosevelt in Washington statt. Der neue Amtstermin beginnt. Roosevelt ist der 26. Präsident und übernahm sein Amt am 14. September 1901, nachdem Mac Kinley dem Attentat vom 6. September erlegen war. Der erste Präsident, George Washington, trat sein Amt am 4. März 1789 an. Der Form wegen haben die Mitglieder des Kabinetts und andere Beamte, deren Termin mit dem 4. März abläuft, vor kurzem ihr Amt bei Roosevelt niedergelegt, aber es sind keine wesentlichen Veränderungen in Aussicht genommen; die Regierungsmaschinerie wird von denselben Personen weiter bedient werden. Ein großes Festgepränge soll bei den Inaugurationsfeierlichkeiten entfallen. Das Militär soll eine große Rolle dabei spielen; glänzende Paraden werden stattfinden, unter Mitwirkung von Regier- und Cowboys-Regimentern. An die Universitäten des Landes ist der Ruf ergangen, sich an dem Feste zu beteiligen. Man erwartet eine Parade von 5000 Studenten. Zu dem großen Festball werden auch Regier Zutritt haben. — Es ist bemerkt worden, daß unter Roosevelt bei Empfindungen im Weißen Hause und sonstigen äußeren Anlässen mehr Pomp entfallen werde, wie jemals unter irgend einem anderen Präsidenten. Diese Art Repräsentation, wie Roosevelt sie liebt, ist vielfach unangenehm aufgefallen. Vor kurzem wurde in der Presse scharf kritisiert, daß Roosevelt sich von den Eisenbahn-Gesellschaften großartig eingerichtete Zugausgänge für seine Reisen zur freien Verfügung stellen läßt. Dem Vorwurf, der darin liegt, begegnete Roosevelt mit der Erklärung, daß solche Anerbietungen nicht seiner Person, sondern dem Staatswesen gelte, das er repräsentiere; aber diese Erklärung wurde verpöht. Seit seinem großen Triumph vom 8. November hat Roosevelt eine Reihe Niederlagen im Kongress erlitten, z. B. in den Fragen der Tarifrevision, der Frachtrafenregelung, der Schiedsgerichte, der hohen Marineforderungen. — Durch seine feierliche Erklärung, daß er unter keinen Umständen 1908 als Präsident kandidieren werde, glaubt Roosevelt sich mancher Rücksicht enthaben und bejuchet hier und da, seine eigenen Wege zu gehen, aber Haus und Senat verstehen es, jeder Eigenmächtigkeit Roosevelts das Gleichgewicht zu halten.

Der Parteitag der schwedischen Sozialdemokratie.

Erst am 28. Februar, morgens gegen 4 Uhr, kam der Parteikongress der schwedischen Sozialdemokratie zum Abschluß, nachdem er volle neun Tage gedauert hatte. Die ersten beiden Verhandlungstage wurden größtenteils durch die Debatten über den Bericht des Parteivorstandes und den Kasernenbericht in Anspruch genommen. Nachdem der Parteivorstand Bericht erstattet worden war, kamen die Anträge auf Änderung der Organisationsform zur Verhandlung. Die sozialdemokratische Partei Schwedens setzt sich bekanntlich aus drei „Arbeiterkommunen“ zusammen, die ihrerseits wesentlich aus den am Orte befindlichen Gewerkschaften bestehen, so daß also derjenige, der sich einer der Arbeiterkommunen anschließt, zugleich der Gewerkschaft anschließt, damit zugleich Parteimitglied wird. Seit Jahren arbeitet nun eine Minorität von Parteigenossen darauf hin, eine Scheidung der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen herbeizuführen und die Partei nur auf politischen Organisationen aufzubauen. Dem Parteitag lagen zwei derartige Anträge vor und im Laufe der sehr eingehenden Debatte wurden nicht weniger als 15 Vorschläge zu diesem Punkt erörtert. Schließlich wurde jedoch mit 132 gegen 40 Stimmen beschlossen, die bestehende Organisationsform, bei der sowohl die gewerkschaftliche, als auch die politische Bewegung mächtige Fortschritte gemacht hat, beizubehalten.

Dann folgte die große Debatte über die Unionsfrage. Hierzu hielt der norwegische Stortingabgeordnete Dr. Eriksen den einleitenden Vortrag und im Laufe der Debatte nahmen auch die beiden anderen norwegischen Vertreter Magnus Nilssen und Buen das Wort. Bei den schwedischen Parteigenossen herrschte selbstverständlich kein Zweifel darüber, daß dem norwegischen Staate und Volke uneingeschränkte politische Selbständigkeit zuerkannt werden müsse, doch gingen die Meinungen darüber auseinander, wie und in welcher Form man am besten den Kampf des norwegischen Volkes gegen die Oberhoheitsbestrebungen des offiziellen Schweden durch einen Parteitagbeschluss unterstützen könne. Dem Reaktionsausdruck des Parteitagbeschlusses wurde dann der Auftrag zuteil, einen Vorschlag auszuarbeiten, und dieser wurde in einer späteren Sitzung in folgender Form einstimmig angenommen:

„Da die Unionsfrage in beiden Ländern eine solche Wendung genommen hat, daß sie die allgemeine Politik beider Völker beherrscht und dadurch die soziale Reformarbeit verdrängt, die überall das nächste Ziel der Bestrebungen der Arbeiterklasse ausmacht; und da es sich ferner zeigt, daß die Unionsfrage den nationalpolitischen und sozialistischen Strömungen in beiden Ländern beständig neue Nahrung gibt, ist der Kongress, der die Solidarität der Arbeiterklasse ohne Rücksicht auf Landesgrenzen anerkennt, der Meinung, daß die gegenwärtige Situation folgende Erklärung erfordert:

Die schwedische sozialdemokratische Arbeiterpartei erkennt unbedingt, in Uebereinstimmung mit unserer internationalen Grundanschauung über das Selbstverwaltungsrecht aller Völker, das Recht des norwegischen Volkes an, frei und ohne Einmischung über seine eigenen Angelegenheiten zu bestimmen.

Der Kongress wünscht, daß das gute Einvernehmen zwischen Schweden und Norwegen voll zu verstärkter Sicherung des Friedens und des Fortschritts auf der skandinavischen Halbinsel bewahrt bleibe. Der Kongress erklärt, daß die schwedische Arbeiterpartei ihrerseits bereit ist, die Konsequenzen aus der prinzipiellen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der beiden Völker zu ziehen. Und sollten trotz der entschiedensten und einstimmigen Volksmeinung großschwedische und dynastische Interessen es zu einer gewaltsamen Lösung der unelken Streitfragen zu treiben suchen, so erklären wir uns bereit, gemeinsam mit unserer norwegischen Bruderpartei mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln eine solche Volksherrerei zu verhindern, von welcher Seite sie auch komme und mit welchem Vorwand sie auch befeindet sein möge.

An die Unionsdebatte schloß sich die Verhandlung über eine Revision der Parteistatuten. Die Vierteljahresbeiträge wurden für männliche Mitglieder von 10 auf 20 Ore, für weibliche Mitglieder von 8 auf 10 Ore erhöht. Ferner wurde beschlossen, daß sich die Arbeiterkommunen, wo es möglich ist, in Distriktsorganisationen zusammenschließen sollen. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wurde auf 23 festgesetzt, die des Ausschusses auf 7. Außerdem wurde das Vertretungsrecht für die Parteitage neu geregelt,

und zwar so, daß in Zukunft die Arbeiterkommunen auf je 500 Mitglieder einen Delegierten wählen können. Die Parteivorstandsmitglieder sollen auf den Parteitage, abgesehen von den Beschlüssen über die Decharge-Erteilung, Vorschlags- und Stimmrecht haben, die Reichstags-Abgeordneten, sofern sie nicht Parteivorstandsmitglieder oder Delegierte sind, jedoch kein Stimmrecht. Es lagen mehrere Anträge auf Anstellung eines zweiten besoldeten Parteifunktionsars vor; der Parteitag beschloß jedoch, es bei der bisherigen Ordnung zu belassen, wonach die Kassen des Parteisekretärs und des Kassierers von einer Person verwaltet werden.

Nach der Statutenberatung kam einer der wichtigsten Punkte, das Parteiprogramm, zur Verhandlung. Eine besonders lebhafte Debatte rief die Militärfrage hervor. Hier standen sich zwei Anschauungen gegenüber: eine, namentlich von H. I. L. E. R. G. E. E. N. I. S. A. R. vertreten, wonach alles Militärwesen, auch die Volksbewaffnung, verwerflich ist, und die andere Anschauung, die in folgendem Programmpunkt ausgedrückt ist:

„Ein vollständiges System der Landesverteidigung. Kampf gegen den Militarismus. Internationale Schiedsgerichte.“

In dieser Form wurde der Programmpunkt schließlich mit 93 gegen 75 Stimmen angenommen. Die vorausgegangene Debatte zeugte im allgemeinen dafür, daß die neue Heerordnung mit ihrer verlängerten Dienstzeit mächtig beigetragen hat zur Förderung des antimilitaristischen Geistes. Zur Wahlrechtsfrage wurde der folgende Programmpunkt angenommen:

„Allgemeines gleiches und direktes Wahlrecht zu den politischen wie kommunalen Wahlen und für alle Männer und Frauen, die über 21 Jahre alt sind. Der Wahltag soll ein Sonntag oder ein allgemeiner Feiertag sein. Eine Verfassungsrevision zur Durchführung eines durchaus demokratischen Verwaltungssystems.“

Der Programmpunkt „Religion ist Privatsache“ wurde in der alten Form beibehalten. Ueber das Verhältnis von Schule und Kirche wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Kongress beschließt, daß die kirchliche Gewaltthätigkeit über die Schule mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden soll und erklärt, daß die vollständige Befreiung der Schule von der Macht der Geistlichen eine dringende Notwendigkeit ist. Im Anschluß hieran erklärt sich der Kongress für einen konfessionslosen Unterricht auf allen Stufen der staatsunterstützten Schulen. Außerdem fordert der Kongress den Parteivorstand auf, durch Broschüren und Vorträge, und auch durch solche, die besonders für die Jugend geeignet sind, Interesse und Verständnis für die sozialdemokratischen Ideen zu wecken und dadurch dem kirchlichen Einfluß, sowie dem Aberglauben aller Art entgegenzuwirken.“

Des weiteren wurden folgende Programmpunkte beschlossen:

„Geschworenengerichte für Kriminalverbrechen. — Von der Kommune oder dem Staat besoldete Verteidiger. — Kostenlose Rechtsanhilfe.“

„Progressiv steigende Einkommen- und Vermögenssteuer, sowie Erbschaftsteuer. — Abschaffung aller indirekten Steuern, die besonders die produktiven Klassen bedrücken. — Wesentliche Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums. — Zweckmäßige Beschränkung des allgemeinen Budgetbedarfs starke Entwicklung der Tätigkeit des Staates und der Kommunen als Produzenten und Leiter des Verkehrs und der Distribution.“

Eine wirksame Arbeiterschutz-Gesetzgebung, und vor allem: Uneingeschränktes Vereinigungsrecht. Abschaffung aller Klassen-gesetze, die die Bewegungsfreiheit der Arbeiter hindern. Reform des Seegesetzes. — Gesetzlicher Achtstundentag. — Verbot der industriellen Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren. — Einschränkung der Nacharbeit. — Verbot des Trucksystems.“

Eine zeitgemäße und mehr umfassende Gewerbe-Inspektion. Die Gesellschaft ist verpflichtet, durch eine effektive Volksversicherung in humaner Weise für alle ihre Glieder bei Unfall, Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit, sowie im Alter Fürsorge zu treffen.“

Das Agrarprogramm erhielt nach einem sachkundigen Vortrag vom Reaktor Lindblad und eingehender Debatte folgende Fassung:

„Der allgemeine Kredit wird durch den Staat organisiert. — Direkte Regulierung des landwirtschaftlichen Kredits durch den Staat. Wirksame Maßnahmen, um Wälder, Bergwerke, Erzlager und Wasserfälle für den Staat zurückzuerwerben oder ihren Besitz dem Staate zu sichern, und für die Arbeiter und kleinen Landbesitzer Schutz gegen die Uebermacht der Aktiengesellschaften. Der Staat soll seine landwirtschaftlichen Domänen weiter ausdehnen, das Streben der Kleinbauern zur Verbesserung der Landwirtschaft und besonders auch die kooperativen Bestrebungen unterstützen, sowie Staatsgrundstücke ausleihen unter Garantie für rationelle landwirtschaftliche Bebauung und mit Sicherheit für die Selbständigkeit und das Ruhungsrecht der Bedauer.“

Ferner wurde beschlossen, einen Paragrafen zur Bekämpfung des Alkohols in das Programm aufzunehmen, der folgende Fassung erhielt: „Förderung der Nüchternheitsfrage durch Unterweisung in allen öffentlichen Schulen über die Natur und die Wirkungen des Alkohols, sowie durch Unterstützung einer praktischen Nüchternheits-Gesetzgebung.“

Das Kommunalprogramm wurde in der bisherigen Fassung belassen. Dazu wurde auf Vorschlag des Parteivorstandes eine Resolution angenommen, die sich trotz des schändlichen kommunalen Wahlrechts für die Beteiligung an den Wahlen ausdrückt, da hierdurch auf die Befreiung des Wahlrechts besser hingewirkt werden kann, als durch Wahlenthaltung. Die Taktik bei den Kommunalwahlen wird im allgemeinen den einzelnen Arbeiterkommunen zu bestimmen anheimgegeben.

Die Tätigkeit der Kammerfraktion wurde vom Kongress aufgegeben. Ueber die Taktik bei den in diesem Jahre stattfindenden Wahlen zur Zweiten Kammer sprach sich der Parteitag in folgender Resolution aus:

„Der Kongress empfiehlt den Arbeiterkommunen und den Parteigenossen, mit aller Kraft an den politischen Wahlen teilzunehmen, und ermahnt die Parteigenossen, die jetzt bereits das politische Wahlrecht besitzen, durch Bezahlung ihrer Gemeindesteuern dieses Wahlrecht effektiv zu machen. — Dagegen steht es der Kongress für unmöglich an, unter den gegenwärtigen Parteiverhältnissen in wahlrechtlicher Hinsicht ein allgemeines geltendes Regulativ zu geben. Es muß den Arbeiterkommunen in den verschiedenen Wahlkreisen überlassen werden, nach Rücksprache mit dem Parteivorstand und nach genauer Feststellung der Zahl der wahlberechtigten Arbeiter und Sozialdemokraten im Verhältnis zu den übrigen Wählern über ein selbständiges Auftreten bei den Wahlen zu beschließen — welches überall angebracht werden soll, wo es möglich ist — oder ein eventuelles Zusammenwirken mit anderen und nahe stehenden Parteien.“

Die Regelung der Agitation wurde durch eine längere Resolution vorgenommen, in der unter anderem bestimmt wird, daß der Agitation unter den Frauen gerade so große Bedeutung beigemessen werden soll, wie der Agitation überhaupt.

Ueber die Generalfreistage, die Frage, ob in diesem Jahr ein allgemeiner Streik zur Erringung des Wahlrechts veranstaltet werden soll, hat bekanntlich eine Abstimmung stattgefunden. Das Ergebnis lag nun dem Kongress vor. An der Abstimmung haben sich von den 114 Arbeiterkommunen 80 beteiligt, und zwar mit 31 253 Mitgliedern, wozu noch 4768 Abstimmende kommen, die außerhalb der Partei stehenden Organisationen angehören. Die Abstimmung ist nicht zugunsten eines solchen Wahlrechtsstreiks ausgefallen. Zwar wurden für die erste Frage: Ob der Generalfreistag ein für den vorliegenden Zweck dienliches Mittel sei?, 21 400 Stimmen mit Ja und nur 13 934 Stimmen mit Nein abgegeben, doch wurde sogleich die zweite Frage: Ob man zu einem bestimmten Zeitpunkt und auf eine unbestimmte Zeitdauer in den Streik treten wolle, wenn es vielleicht vom Parteitag beschlossen werden würde?, mit 18 747 Stimmen gegen 16 617 Stimmen verneint. Die dritte Frage: Ob man ohne Unterstützung den Streik mitmachen wolle?, wurde mit 20 317 gegen 14 623 Stimmen verneint. Mit ungefahr ebenso großer Mehrheit wurden die Fragen, ob die Gewerkschaften die Ver-

Antwortung für die eventuellen Folgen des Generalstreiks übernehmen sollen, und ob man auch, wenn dies nicht der Fall sein sollte, in den Wahlrechtsstreit eintreten wolle, verneint. Die letzte der Fragen: Ob man willig sei, einen Tageslohn zum Wahlrechtsstreit-Fonds beizusteuern? wurde mit 18756 gegen 16492 Stimmen bejaht.

Der Kongress sagte auf Grund dieser Abstimmung folgenden Beschluß:

„Die Abstimmung über die Generalstreikfrage hat ergeben, daß die Mehrheit der Abstimmenden an dem Generalstreik als äußerstes Kampfmittel festhält, aber doch die gegenwärtige Lage der Wahlrechtsfrage nicht als eine derartige ansieht, daß diese in dem Kongress überlassen werden sollte, über eine solche Kraftmaßregel zu beschließen. Der Kongress sieht hierin ein unabweisbares Zeichen dafür, daß unsere alte Wahlrechtsfrage, dank dem Aufmarsch der schwedischen Arbeiterklasse im Jahre 1902, doch infolgedessen in eine andere Lage gekommen ist, daß man in allen Kreisen mehr oder minder widerwillig das Prinzip des allgemeinen Wahlrechts anerkennen muß. Und zugleich ist es auch der Arbeiterklasse mehr und mehr klar geworden, daß das allgemeine Wahlrecht zur Zweiten Kammer allein, bei unveränderter Machtstellung der Ersten Kammer, nicht zur Sicherung einer demokratischen Entwicklung genügt. Der Kongress folgt also der durch die Abstimmung ausgesprochenen Meinung, indem er keinen Beschluß über einen neuen Wahlrechtsstreik faßt. Aber er sieht zugleich, nicht zum mindesten in dem Beschluß, die Tageslohn-Einsammlung fortzusetzen, den ausgesprochenen Willen in der Partei, die Möglichkeit aufrechtzuerhalten, als letzten Ausweg mit der Basse des Generalstreiks der Reaktion entgegenzutreten, die in den letzten Jahren immer drohender ihr Haupt erhoben hat, namentlich in den Plänen zur Herbeiführung des Ausnahmegesetzes gegen die Organisationen und Bestrebungen der Arbeiter. Der Kongress beschließt deshalb, daß die Einsammlungen zum Generalstreik-Fonds fortgesetzt werden sollen, und erteilt dem Parteivorstand den Auftrag, wenn die politischen Lebensinteressen der Arbeiter bedroht oder ihre gewerkschaftliche Tätigkeit durch Massengesetze beschnitten werden sollten und so durch eine rückwärtsgehende Reaktion eine so große Gefahr heraufgerufen wird, daß die Situation besondere Kraftmaßnahmen erfordert, einen Extra-Parteikongress einzuberufen, um zu beraten und zu beschließen, was getan werden kann und soll.“

Der Parteitag beschloß ferner noch über eine große Anzahl die innere Organisation und die Parteitätigkeit betreffende Fragen. Besonders erwähnenswert ist noch, daß der Parteivorstand den Auftrag erhielt, zu erörtern, ob die Gründung einer wissenschaftlichen sozialistischen Zeitschrift möglich ist, eventuell gemeinsam für die drei skandinavischen Länder.

In den Vollziehungsausschuss der Partei, der in Stockholm seinen Sitz hat, und die Leitung der Partei, sofern nicht der über das ganze Land verweilte Parteivorstand zusammentritt, in Händen hat, wurden der Parteisekretär G. W. L. Wikman gewählt und ferner C. E. Tholin, Hj. Branting, Herm. Lindquist, C. R. Lundberg, N. G. Rosling und Albin Weidenheim.

Aus Industrie und Handel.

Auf dem Eisenmarkt zeigt sich seit etwa zwei Wochen gesteigerte Kauflust, die nicht allein auf das Bestreben zurückzuführen werden kann, die während des Bergarbeiterstreiks entstandenen Lücken auszufüllen, sondern die sicherlich zum Teil vermehrtem Bedarf entspringt. Man erwartet denn auch, wie die „Rhein-Westf. Zeitung“ in einem Situationsbericht über den Eisenmarkt ausführt, in den beteiligten Kreisen ein recht lebhaftes Frühjahrs- und Sommergeschäft und in Verbindung damit eine allgemeine Besserung der Gesamtlage. Die ungenügende Entwiklung des Streiks wird in der Hauptsache erst beim Jahresabschluss in den finanziellen Ergebnissen zum Ausdruck kommen. Hier wird man allerdings mit einem Minderergebnis zu rechnen haben, denn die bei den meisten Werken im Januar und teilweise auch im Februar infolge des Ausstandes vorgenommenen Betriebsbeschränkungen haben eine wesentliche Erhöhung der Selbstkosten bei geringerer Produktion hervorgerufen und damit das gelbliche Ergebnis ungünstig beeinflusst.

Der Ausstand hat indessen nach den Angaben des Blattes auch mancherlei günstige Wirkungen für den Markt gehabt und denselben namentlich von den allenthalten bestehenden Vorräten in den Rohstoffen entlastet. Für die Rohstoffvorräte soll dies allerdings nach den letzten Mitteilungen nicht der Fall sein. Die vorhandenen Bestände sind angeblich nicht nur nicht in den Verbrauch übergegangen, sondern am Markt befinden sich noch große Posten englischer Kohlen, die den Absatz ungünstig beeinflussen.

Deutschlands Silbervergütung hat im letzten Jahre nach mannigfachen Schwankungen wieder einen Aufschwung genommen. Die Gesamtproduktion im 1904 betrug 432 135 Kilogramm gegen 413 579 Kilogramm im Vorjahre und 447 119, 415 793, 421 330, 473 740, 491 250 und 423 375 Kilogramm in den sechs weiter zurückliegenden Jahren. Größter Produzent ist nach einer von der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichten Zusammenstellung die Mansfelder Bergwerkschaft mit 100 233 (i. V. 97 328) Kilogramm; ihr folgen: Norddeutsche Affinerie in Hamburg: 84 636 (74 613) Kilogramm, Oberhüttenamt Freiberg 74 414 (73 656) Kilogramm, Oberbergamt Elbstal 46 979 (37 431) Kilogramm, Stollberger Gesellschaft 40 068 (31 936) Kilogramm, Wei- und Silberhütte Braubach 28 400 (28 155) Kilogramm, Alliiengesellschaft Boensgen 16 630 (19 285) Kilogramm, Rheinisch-Kasselerische Gesellschaft 15 491 (14 325) Kilogramm u. Von den übrigen zeigt sehr starken Rückgang der Reichertshütte Bergwerksverein 3236 gegen 6078 Kilogramm, dagegen ansehnliche Zunahme die Friedrichshütte bei Larnowitz (12 563 gegen 9009 Kilogramm).

Schiffahrtskonferenz. Seit mehreren Tagen tagt in London eine Konferenz der großen englischen und kontinentalen Dampfschiffgesellschaften, an der auch Vertreter des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie teilnehmen. Zweck der Verhandlungen ist eine Erhöhung der Passagierpreise. Wie telegraphisch gemeldet wird, haben die Beratungen zu einer Verständigung über die Erhöhung der Anfuhrtarife und zur Einführung gleichmäßiger Bestimmungen für alle Linien geführt.

Oberschleifens-Kohlenproduktion. Nach der soeben veröffentlichten statistischen Zusammenstellung der ober-schleifens Kohlengruben für 1904 beschäftigten die 58 vorhandenen Gruben 83 049 Arbeiter gegen 82 827 im Jahre 1903. Die Gesamtzahl der verfahrenen Arbeitstage mit 23 977 734 hat um 650 848 oder 2,86 Proz. zugenommen. Die Gesamtförderung stieg von 25 235 649 auf 25 426 406 Tonnen. Der Selbstverbrauch absorbierte 2 262 850 Tonnen. Am Jahresende verblieben laut Statistik der Kohlenkonvention 707 887 Tonnen Bestand. Der Gesamtabsatz betrug 23 062 517 Tonnen (gegen 22 760 763 Tonnen im 1903) und brachte einen Erlös von 173 268 720 M. (gegen 175 781 469 M. im Vorjahre). Das ist pro Tonne durchschnittlich 7,534 M. (gegen 7,778 M. im 1903).

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Steinseher. In der sehr zahlreich besuchten Steinseher-Versammlung, die am Donnerstag bei Wille in der Brunnenstraße tagte, berichtete Schenke, der Obmann der Schlichtungskommission, über den Stand der Tarifbewegung und verlas dabei die am selben Tage im „Vorwärts“ erschienene Notiz über die Angelegenheit. Die Innungen von Berlin, Steglitz, Potsdam und Eberstadt haben bekanntlich an dem von der paritätischen Schlichtungskommission, also auch von den Reifervertretern der Kommission, gutgeheißenen Tarifentwurf verschiedene Verbesserungen vorgenommen. Dennoch enthält der Entwurf auch jetzt noch beachtenswerte Vorteile gegenüber dem jetzt geltenden Tarif. Auch nach der Einschränkung der Lohngebote haben noch eine große Anzahl Ocho Lohnaufbesserungen zu erwarten. Der Redner trat nun

dafür ein, daß man diesen Lohnbestimmungen, wie sie die Innungen vorschlagen, zustimmen solle, um, wenn irgend möglich, auf friedlichem Wege zum Ziele zu gelangen. Auf keinen Fall aber könne die das Koalitionsrecht der Steinseher bedrohende Einschlebung geübt werden. Eine weitere Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse ist die Ablehnung des im vorigen Jahre eingeführten Maximal-Arbeitsleistungstaxi, der dazu bestimmt ist, ungewöhnlichen Anforderungen hinsichtlich der Arbeitsleistung der Steinseher entgegenzuwirken und damit zugleich eine tadellose Ausführung der Arbeit zu sichern. Wie vom Referenten und auch von Disfunktionsrednern erwähnt wurde, streben einzelne Arbeitgeber danach, die Steinseher bei der Arbeit übermäßig anzutreiben, was einerseits geeignet ist, die Arbeiter an Leib und Leben zu schädigen, andererseits schädliche Auswirkung der Arbeiten zur Folge hat, wodurch der Auftraggeber gewissermaßen betrogen wird. Der Referent bemerkte jedoch dazu, der Maximal-Arbeitsleistungstaxi müsse so in das Bewußtsein der Steinseher eingewurzelt sein, daß sie sich, auch wenn er nicht von den Innungen offiziell anerkannt werde, doch nicht zu übermäßiger und niederlicher Arbeit verleiten lassen würden, und machte, um in Streitfällen eine zweckmäßige Entscheidung herbeiführen zu können, den Vorschlag, die Aufnahme folgender Bestimmung in den Tarifvertrag zu verlangen:

„Es ist eine paritätische Schlichtungskommission zur Vermeidung von Streiks und Aussperrungen zu bilden. Die Kommission hat aus fünf Arbeitnehmern und fünf Arbeitgebern zu bestehen, die sich einen unparteiischen Vorsitzenden wählen. Die Parteien haben das Recht, gegen die Beschlüsse der Kommission das Einigungsamt anzurufen.“

Falls diese Forderung abgelehnt wird, soll auf die Beibehaltung des Maximal-Arbeitsleistungstaxi bestanden werden. Nach einer sehr lebhaften und langen Debatte, in der mehrere Redner entschieden gegen alle von den Innungen vorgeschlagenen Verschlechterungen sprachen, stimmte die Versammlung schließlich den Vorschlägen des Referenten zu. Falls sie von den Innungen abgelehnt werden, soll das Einigungsamt angerufen werden.

Mit dem Streit der Hülseleger-Gilfsarbeiter bei den Firmen Gillerow u. Koch, Ende, Ramin und Rosenfeld beschäftigte sich gestern Abend eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der Hülsearbeiter und eine ebenfalls zahlreich besuchte Versammlung der „Vereinigung der Hülseleger Deutschlands“ (Drisverein Berlin), an der, nachdem ihre nur kurze Versammlung beendet war, auch die Hülseleger-Gilfsarbeiter teilnahmen.

Nach einer gründlichen Aussprache, an der sich auch Vertreter der Hülsearbeiter beteiligten, nahmen die versammelten Hülseleger folgende Resolution an: „Die Versammelten sprechen den Hülsearbeitern ihre Sympathie aus und erklären sich mit ihnen solidarisch. Die Mitglieder werden verpflichtet, da wo Hülsearbeiter streiken, keine Arbeiten zu verrichten, die vorher von Hülsearbeitern verrichtet wurden. Die Vereinsmitglieder, die wegen der Arbeitsniederlegung der Hülsearbeiter aussetzen müssen, haben das sofort dem Vorstand zu melden und sind als ausgesperrt zu betrachten und demzufolge unterstützungsberechtigt. Die Unterstützung beträgt vom ersten Tage der Aussperrung an pro Tag 3 M. und wird Sonnabend abends von 6 Uhr ab beim ersten Kassierer R. Habersack, Petersburgerstraße 81, ausbezahlt. Jeder Geschäftsbelegierte ist verpflichtet, über die in seinem Geschäft ausgesperrten genau Listen zu führen, und ist diese Listen bei der Unterstützungsauszahlung maßgebend.“

Die Jalouise-Arbeiter hatten am Montag die Arbeit niedergelegt, um die Vereinbarung eines Tarifvertrages zu erzielen. Der Ausstand erstreckte sich auf 15 Jalouisefabriken mit 146 Arbeitern. Im Laufe dieser Woche fanden Beratungen zwischen Unternehmern und Arbeitern statt, die mit dem Abschluß eines Tarifvertrages endeten. Derselbe soll auf zwei Jahre — bis 1. März 1907 — gelten. Der Tarif bringt einige Aufbesserungen der Akkordpositionen und folgende Mindestsätze der Stundenlöhne: Bauanschläger 70 Pf., Tischler 55 Pf., Maler 55 Pf., geübte Anstreicher 50 Pf., Hülsearbeiter 45 Pf. Bei Arbeiten außerhalb Berlins erhöht sich der Tageslohn um 8 M., bei einer über 14 Tage hinausgehenden auswärtigen Arbeit um 2,50 M. Der Fabrikant Freese, welcher bereits einen Tarifvertrag mit seinen Arbeitern hat, der in manchen Punkten günstiger ist, wie der jetzt abgeschlossene, beteiligte sich gleichfalls an den Verhandlungen. Die wöchentliche Arbeitszeit, die in manchen Fabriken bis 60 Stunden betrug, ist durch den Vertrag auf 52 Stunden festgesetzt worden.

Für die Maschinenarbeiter konnte ein Minimal-Stundenlohn nicht festgelegt werden, da der Satz, dem die Unternehmer eventuell zustimmen wollten, der Kommission nicht genügend erschien. Bei dieser Arbeiterkategorie bleibt demnach die freie Vereinbarung mit dem Arbeitgeber bestehen. Seitens des Verbandes der Maschinenarbeiter werden mit dem Verband der Holzindustriellen Verhandlungen gepflogen, um einen Lohnstarif festzulegen, so daß in einiger Zeit auch hier feste Normen geschaffen werden. Die abschließliche Vermittlung der Arbeitsangelegenheit durch den Nachwuchs ist nicht zu erreichen gewesen. In den Betrieben, wo eine höhere Arbeitszeit ist oder höhere Löhne gezahlt werden, wie sie der Tarifvertrag vorseht, darf keine Verschlechterung Platz greifen. Der Tarifvertrag gilt auf die Dauer von zwei Jahren und verlängert sich, wenn keine Kündigung erfolgt, um jedesmal ein Jahr. Maßregelungen dürfen auf Grund Eintrittens für den Tarif nicht erfolgen.

Eine am Donnerstag abgehaltene Versammlung der Jalouise-Arbeiter nahm den Vertrag an, infolgedessen ist am Freitag die Arbeit wieder aufgenommen worden bis auf eine Fabrik, wo erst am Montag die Arbeitsaufnahme erfolgt.

Die Arbeiterinnen des Glühlampenwerkes von Siemens u. Halske haben nach einem dreitägigen Streik durch Verhandlungen des Arbeiterausschusses mit der Betriebsleitung eine Vereinbarung erzielt, mit der die Ausständigen völlig zufrieden sind. Am Donnerstag ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

In der Pianofabrik „Merkur“, Urbanstr. 62, haben sämtliche Arbeiter, 70 an der Zahl, die Arbeit niedergelegt, weil ihnen Lohnabzüge gemacht wurden. Der Betrieb ist gesperrt. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß der Streik in der Pianofabrik von Köfener immer noch andauert. Obgleich der Fabrikant sich fortgesetzt nach Streikbrechern bemüht, ist der Betrieb doch nur sehr mangelhaft besetzt.

Die Barbier- und Friseurgehülfen Berlins befinden sich, wie wir schon vor kurzem berichteten, in einer Lohnbewegung, die große Dimensionen anzunehmen verspricht, da sich auch die Vororte daran beteiligen. Sie waren auch gestern, am 2. d. M., in einer Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Friseurgehülfen Deutschlands (Zweigverein Berlin) in der Rosenthalerstraße 57 zahlreich versammelt und wählten eine Lohnkommission von neun Personen, in der auch die Vororte vertreten sind. Diese Kommission wird nunmehr eine rege Agitation unter den Berufs-Angehörigen entfalten und den Arbeitgebern die Forderungen unterbreiten. Da die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Friseurgehülfen einer dringenden Aufbesserung bedürfen und die Stimmung unter den Beteiligten eine außerordentlich günstige ist, wird eine erfolgreiche Beendigung der Bewegung noch vor Pfingsten erwartet. Die Leiter der Bewegung legen besonderen Wert darauf, zu erklären, daß dieselbe vom Zentralverband der Friseurgehülfen Deutschlands, Zweigverein Berlin, ins Leben gerufen wurde und daß dieser Verband die einzige Organisation der Barbiergehülfen ist, die der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen ist. Das Bureau befindet sich nur Rosenthalerstr. 57.

Ein kleiner Sturm.

Kürzlich hielt die hiesige Zeitung des Fabrikarbeiter-Verbandes eine Besprechung der Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Seifenfabrik von R. Herrmann, Rossenerstr. 60, ab, um die Leute zum Anschluß an die Organisation zu bewegen. Es

sollte darauf eine neue Besprechung stattfinden, doch bedor es dazu kam, hatte der Fabrikant folgenden Was am schwarzen Brett der Fabrik anhängen lassen:

Ich höre von einer Versammlung, deren Zweck die Verbesserung der sogenannten wirtschaftlichen Lage der Arbeiter meiner Fabrik sein soll. Eine solche wird nicht bezweckt durch Besuch von Versammlungen, deren Einzweck es darum zu tun ist, wöchentliche Geldbeiträge zu erlangen und ruhige Arbeiter und Arbeiterinnen aufzureizen. Es entsteht durch derartige Agitationen ein unangenehmes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, deren Folgen nur einzig und allein zum Schaden der Arbeitenden sein kann. Für mich ist und bleibt der Arbeiterausgang maßgebend, dessen gerechte Forderungen erfüllt, unangesehnt, selbst wenn ich die Fabrik schließen müßte, abgelehnt werden.

gez. Rud. Herrmann.

NB. Laut § 20 der Fabrikordnung dürfen politische Agitationen hier nicht stattfinden. Zuwiderhandelnde werden sofort entlassen, da ich nur die seit länger als 54 Jahren bestehende Ruhe zwischen Angestellten und Inhaber halten will.

gez. D. O.

Welch idyllisches Verhältnis in diesem Betriebe herrscht, beweisen schon allein die dort gezahlten Löhne. Es beträgt nämlich der Stundenlohn für männliche Arbeitskräfte 30 Pf. und für weibliche 16 ½ Pf. Unter diesen Umständen ist es allerdings erklärlich, weshalb sich die Firma Herrmann mit Händen und Füßen gegen die Organisation „ihrer“ Arbeiter und Arbeiterinnen kräftet. Sie fürchtet nicht ganz mit Unrecht, daß die Arbeiter dann bald einsehen würden, wie wenig ihnen die christlich-sozialen Tee-Abende der Stöderbrüder nützen, um zu etwas anständigeren Löhnen zu kommen. Auch die Keimen Stämmlinge werden sich wohl oder übel an die Organisationsfähigkeit ihrer Arbeiter gewöhnen müssen, wenn's ihnen auch schwer fällt.

Metallarbeiter! In den Märkischen Messingwerken Fr. Lehmann u. Söhne, Grünberg a. d. Nordbahn, ist ein Streik sämtlicher Arbeiter ausgebrochen. — Inzug ist streng fernzuhalten. — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Wer den gegenwärtigen Aufenthalt von Otto Bergemann, Drechsler und Siodarbeiter aus Angermünde, kennt, wird ersucht, dem Bureau des Holzarbeiter-Verbandes, Engel-Platz 15, scheinigst davon Mitteilung zu machen.

Deutsches Reich.

Militärdienst im Buchdruckmaschinenbau! Der Buchdruckerei von Gerhard Stalling in Oldenburg will es nicht gelingen, durch die Hochpresse einen Maschinenmeister für die Offizin zu finden. Sie wundert sich nun an das in Oldenburg garnisonierende Infanterie-Regiment, dem eine Anzahl Maschinenmeister angehören. Zufällig wurde der Firma ein Maschinenmeister zum Kommandiert! — Gewiß ist diese Tätigkeit viel nützlicher, als zum Erzieren — aber warum werden denn die Leute überflüssigweise erst zwei Jahre lang ihrem eigentlichen Beruf entzogen?

Wie das „Norddeutsche Volksblatt“ mitteilt, soll der in Frage kommende Maschinenmeister sogar Verbandsmitglied sein und nun gewohnheitsmäßig zu unzulässigen Bedingungen arbeiten. Wie weit das richtig ist, können wir natürlich nicht feststellen. In dem und zur Verfügung stehenden Verzeichnis ist die Firma als tariflos aufgeführt.

Eine Tarifbewegung wird, wie man uns schreibt, von den Brauereiarbeitern in Kulmbach eingeleitet. Vom Zentralverband der Brauerei-Arbeiter ist bereits an die sämtlichen Unternehmern die schriftliche Anfrage ergangen, ob sie geneigt seien, in Tarifverhandlungen einzutreten.

Die Zimmerer Würzburg bereiten sich, wie man uns mitteilt, auf eine Lohnbewegung vor. Eine Versammlung der organisierten Zimmerer beschloß ohne Widerspruch, zur Stärkung des Lokalfonds einen Lokalbeitrag von 20 Pf. zu erheben.

Die Lage in Rußland.

Unser Petersburger W-Korrespondent telegraphiert uns vom Freitag Abend:

Für morgen erwartet man hier Unruhen. Hartnäckig erhalten sich Gerüchte, daß die Polizei eine Bande von jungen Barschen organisiert habe, die ungestrift die Revolutionäre in der Intelligenz mißhandeln. — Die Arbeiter-Wähler haben heute von Schidrowsky die Antwort erhalten, daß er die Forderungen der Freilassung der verhafteten Genossen, der Eröffnung der gaponischen Vereine, der Streikfreiheit nicht gewähren könne. Darauf erklärten die Arbeiter, sie seien betrogen, und beschlossen, keine Abgeordneten in die Kommission zu wählen und den Generalstreik zu erklären, der morgen oder Montag erfolgen kann, aber einen friedlichen Charakter behalten wird. Das Manifest des Zaren wird als Erklärung einer festen Reaktionspolitik angesehen, doch will der Zar, wie es heißt, schon heute Abend ein Reskript unterschreiben, worin er Volkswahlen im Prinzip anerkennt, was freilich wenig bedeutet.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ratibor, 3. März. (B. Z. B.) Die der „Ober-schleifische Anzeiger“ meldet, ist der Grubenbrand in dem Oslarshacht der Gullshmer Steinkohlengruben bei Petzowitz durch Pfeilerbruch entstanden. Die durch den Brand abgemessenen fünfzehn Mann seien zweifellos alle durch giftige Gase getötet worden. Die Rettungsarbeiten werden durch Brandgase sehr erschwert.

Köln, 3. März. (B. Z. B.) Heute nachmittag stürzte ein Neubau in der Frankfurterstraße ein. Von den Trümmern wurden vier Arbeiter begraben, von denen drei schwer, einer leicht verletzt wurde.

Wien, 3. März. (B. Z. B.) Abgeordnetensaal. In der heutigen Verhandlung über den Dringlichkeitsantrag Schumier betreffend den Holl Gaugler erklärte Generalstaatsrat Urie die gegen die Zeitung des Greizer Militärspitals erhobenen Vorwürfe für vollständig unbegründet und betonte die auch im Auslande anerkannte Rufreuegültigkeit der österreichischen Sanitätsanstalten. Nach längerer Debatte wurde die Dringlichkeit des Antrages abgelehnt. Das Abstimmungsergebnis rief anhaltende beiseitige Protestrufe der Sozialdemokraten gegen das Zentrum und die Polen hervor, welche sich geblieben waren. Am Schluß der Sitzung kam es zu langen, hitzigen Kontroversen zwischen den Christlich-Sozialen und den Sozialdemokraten, hervorgerufen durch den energischen Protest des Abg. Geymann dagegen, daß der Präsident sich weigerte, ihn in die Rednerliste einzutragen, sowie gegen die Form, in welcher der Präsident dies tat. Der Präsident rechtfertigte sein Vorgehen unter stürmischer Zustimmung der Sozialdemokraten, Alldeutschen und der deutschen Volkspartei und protestierte gegen die Art und Weise, in der Geymann die Enttragung in die Rednerliste erzwingen wollte. Einige Christlich-Soziale stürzten auf die Präsidententribüne und schlugen mit Häufen auf den Präsidenten. Der Präsident stellte der Majorität des Hauses das Urteil über dieses Verhalten anheim. Sodann wurde die nächste Sitzung auf Donnerstag abberaumt.

London, 3. März. (B. Z. B.) England beanprucht für die Dyer des Zwischenfalls bei der Dogger-Bank in einer der russischen Regierung überreichten Note einen Schadenersatz von 65 000 Pfund Sterling.

Reichstag.

154. Sitzung vom Freitag, den 3. März 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Pofodowsky.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats des Reichsamtes des Innern und der dazu gehörigen 21 Resolutionen.

Abg. Spahn (Z.): Der Herr Staatssekretär hat sich in seiner gestrigen Rede dahin geäußert, daß es wünschenswert wäre, das freie Versicherungswesen in engeren Anknüpfung an das Reichs-Versicherungswesen zu bringen. Und er bezeugte das als eine besonders schwierige Aufgabe. Wir würden Bedenken haben, einen dahin gehenden Gesetzesentwurf für und zu akzeptieren. Aber ich möchte dem Herrn Staatssekretär den Mut nicht rauben, in der Richtung auf Vereinheitlichung des Versicherungswesens vorzugehen. Wir haben schon in alten Hause die Frage erörtert, ob sich ein Zusammenlegen von Versicherungsanstalten machen ließe. Daß wir die Anstalten nicht selbstständig geschaffen hätten, wenn wir sie gleichzeitig alle hätten errichten sollen, ... daß wir das getan hätten, wie der Herr Staatssekretär behauptet, glaube ich nicht. Aber immerhin ließe sich eine gewisse Vereinfachung des Versicherungswesens denken. Der Betrieb könnte einfacher gestaltet werden. Der Herr Staatssekretär sollte aber nicht zu ängstlich dieser Frage gegenüberstehen, sondern sie kurzer Hand in Angriff nehmen. Er würde dabei zweifelsohne den gesamten Reichstag hinter sich haben.

Wir haben erst kürzlich die Befugnis der Verwaltungsgörner gegenüber den Krankenkassen erhöht. Wir wünschen dringend, daß die Verwaltungsgörner ihre Befugnis mit äußerster Sorgfalt ausüben. Wenn das nicht geschieht, müßten wir wirklich daran denken, ihnen diese Befugnis wieder zu nehmen. Beim ersten Verzeßtreit vor vier, fünf Jahren verlangte der Kreis-hauptmann, derselbe Kreis-hauptmann, die Einführung des Vertrauens-ärztstystems. Und nachdem dieses System unter Zustimmung der Verwaltungsbehörden eingeführt worden war, verlangt man beim Ausbruch des zweiten Verzeßtreits eine höhere Zahl von Ärzten, nach Abschaffung der Familienpflege und mitten im Sommer, als man vorher unter ungünstigeren Umständen selbst vorgeschlagen hatte. (Sehr wahr! links.) Mögen bei der Auswahl der Vertrauensärzte hier und da Mißgriffe vorgekommen sein, im allgemeinen kann man der Kassenverwaltung keinen Vorwurf machen. Wir verlangen in einer Resolution eine Denkschrift über sämtliche Kartelle, die in Deutschland bestehen.

Seit der Kartellenquete-Kommission haben sich die Verhältnisse vollkommen geändert, ohne daß wir darüber genügend unterrichtet wären. Wir müssen wissen, welche Verträge die Kartelle abschließen, welche Preise sie im Auslande und im Inlande stellen, welche Mittel des Wohlstands sie gegen Außenstehende anwenden, wie weit sie den Abnehmern verbieten, von Außenstehenden Waren zu beziehen. Erst dann werden wir beurteilen können, wie hoch Deutschland durch die syndizierten Unternehmer belastet wird.

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.): Wenn die Frage der Gewerbe-Inspektion einen außerordentlich großen Raum in dieser Debatte einnimmt, so entspricht es nur ihrer hohen Bedeutung für die Arbeiterschutz-Gesetzgebung und Versicherung. Denn von ihr hängt es ab, ob die Arbeiterschutz-Gesetze auf dem Papier stehen bleiben oder durchgeführt werden; eine gut geleitete Gewerbe-Inspektion ist imstande, Krankheiten hinauszuhalten, Unfälle zu verhindern und die Invalidität hinauszuschieben. Insofern bietet sie auch den Arbeitgebern, die sonst von ihr manche Unannehmlichkeiten haben, wesentliche finanzielle Vorteile. Wenn der Abg. Frähdorf die Lasten der Arbeitgeber für außerordentlich klein hält, so kann ich dieser Auffassung nicht beipflichten und behalte mir vor, eventuell in einer späteren Sitzung auf die von ihm aufgestellte Rechnung zurückzukommen. Der Abg. Wurm hat wenig Gutes an der Gewerbe-Inspektion gefunden. Darin kann ich ihm nicht beistimmen. Wir haben die Gewerbe-Inspektion erst seit 1879. Was sie leisten kann, zeigt sie erst seit 1890. Auch meine politischen Freunde haben manche Beschwerden über die Gewerbe-Inspektion vorzutragen. Wir bedauern zunächst, daß die kleinen Betriebe nicht genügend überwacht werden sind, und dabei sagt der württembergische Gewerbe-Inspektor mit Recht, daß gerade in ihnen die gesetzlichen Vorschriften am häufigsten übertreten werden. Wir müssen verlangen, daß Gastwirtschaften, Wäbereien, Konditoreien mindestens einmal im Jahre untersucht werden. Zu dem Zweck fordern wir eine Vermehrung der Gewerbe-Inspektoren insbesondere auch der weiblichen Inspektionsassistentinnen. Der Staatssekretär meinte jüngst, es gebe gar nicht genug ausgebildete Gewerbe-Inspektoren; daraus folgt nicht, daß die Vermehrung unmöglich ist, vielmehr nur, daß die Vorbedingungen, die an die Gewerbe-Inspektoren gestellt werden, zu streng sind. In Preußen wird verlangt, daß sie entweder Regierungsbauführer, Bergreferendare, Maschinen-Ingenieure, Rohungsmittelchemiker oder Doktoren der Philosophie mit Chemie als Hauptsach sind. Dann müssen sie noch eine 1/2-jährige Vorbereitungszeit durchmachen. Gewiß muß ein Teil der Gewerbe-Inspektoren so vorgebildet sein, aber für den größten Teil kommt es nur auf die praktische Tätigkeit an. Schon daraus allein sollte man den Schluss ziehen, daß es notwendig ist, Personen aus dem Arbeiterstande zur Gewerbe-Inspektion heranzuziehen, wie das in Württemberg und Baden mit gutem Erfolge geschehen ist. Auch wir halten den Verkehr der Gewerbe-Inspektoren mit den Arbeiterorganisationen für durchaus nützlich. Wenn aber der Abgeordnete Dr. Pagnide auf die enge Fühlung zwischen Gewerkschaften und Gewerbe-Inspektoren in England hingewiesen hat, so trifft doch die deutschen Gewerbe-Inspektoren nicht allein der Vorwurf darin, daß es hier nicht so ist. Der Unterschied ist zweifellos in dem Unterschied zwischen der englischen und deutschen Gewerkschaftsbewegung begründet. Die englische Gewerkschaftsbewegung steht auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Sie organisiert sich nicht dem Bürgertum gegenüber als besondere Klasse. Bei uns nennt sich zwar ein Teil der Gewerkschaften „frei“, aber es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte man nachweisen, daß sie nur Affilierte der sozialdemokratischen Partei sind.

Wir sehen aus dem Umstand, daß die Gewerbe-Inspektion durch die sozialdemokratische Stimmung der „freien“ Gewerkschaften verhindert wird, sich intensiv mit ihnen in Fühlung zu setzen, wiederum hervorzuheben, daß in der heutigen Zeit die Sozialdemokratie das Haupthindernis aller Sozialpolitik ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie lachen natürlich darüber und Sie werden sich vielleicht sogar auf den Fürsten Thronara berufen. Sie bilden sich ungeheuer viel auf Ihre materialistische Gesellschaftsauffassung ein, wie sie namentlich in Lafargues Geschichte der Sozialdemokratie niedergelegt ist. Sie ziehen alle unsere großen Männer in den Staub und feiern allein Ihre Heroen! Aber Ihre Partei war dann doch auch nur ein notwendiges Produkt der Zeit! So wenig ich mit der materialistischen Gesellschaftsauffassung übereinstimme, so wenig kann ich doch auch die entgegengelegte Auffassung für richtig halten, welche alle geschichtlichen Tatsachen auf das Wirken einzelner Männer zurückführt. Als in der Mitte des vorigen Jahrhunderts die kolossale Kapitalassoziation einsetzte, war Ihre Partei notwendig, um das Gewissen zu schärfen. Seitdem, aber in diesem hohen Hause die Notwendigkeit der Sozialreform von allen Seiten anerkannt ist und man nur noch über Maß und Tempo von ihr streitet, hat Ihre Partei überhaupt keine Berechtigung mehr. (Stillsitzendes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie sprechen von Terrorismus! Gibt es denn einen größeren Terrorismus als den, den die sozialdemokratische Partei außerhalb

dieses Hauses ausübt? Sie lachen jetzt nicht mehr, ich weiß wohl, warum! Der Abg. Eidelund, der leider soeben hinausgegangen ist, hat vor kurzem eine Wahlrede gehalten, in der er die kleinen Gewerbetreibenden bedrohte, indem er ihnen sagte, wenn sie nicht für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmen würden, werde die Partei ihre Hand von den kleinen Gewerbetreibenden abziehen. (Hört! hört! rechts.) Deshalb ist auch ein Bündnis einer bürgerlichen Partei mit Ihnen unmöglich.

Es steht absolut fest, daß bei den Krankenkassen, bei denen Sozialdemokraten die Verfügung über die Besetzung von Stellen haben, es nur einem Sozialdemokraten möglich ist, eine solche Stelle zu bekommen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokraten sprechen immer von der Bedrohung des Koalitionsrechtes der Arbeiter. Was aber tun sie selbst? Hier in Berlin haben die Vorstände der Krankenkassen, deren Mitglieder sämtlich Sozialdemokraten sind, beschlossen — ohne daß die sozialdemokratische Partei den mindesten Einwand dagegen erhoben hat —, daß Ärzte bei den Krankenkassen keine Stellen finden würden, wenn sie nicht aus einer bestimmten ärztlichen Organisation austreten. (Lebhaftes Hört! hört! rechts.) Der ganze Kampf gegen die freie Arztwahl geht also nur dahin, den Ärzten die Koalitionsfreiheit zu nehmen. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Ruf: So ein Blödsinn!) Herr Wurm sprach von der Verelendung der Massen. Die Statistik beweist aber, daß die Einkommen der kleinen Leute bedeutend wachsen. Ich gebe zu, daß eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse nicht in demselben Verhältnis eingetreten ist, wie bei den anderen Klassen, und aus diesem Grunde treibe ich Sozialreform; eine Partei aber, die die sorgfältige Verelendung der Massen für eine Notwendigkeit erklärt, müßte konsequentermaßen Gegnerin jeder Sozialreform sein. Herr Wurm hat es dann so hingestellt, als ob alle Unternehmer ganz spottschlechte Kerle wären und den Tag über ihre Arbeiter inebeln und Arbeiterschutzverordnungen übertreten. Der Zusammenbruch sozialdemokratischer Konsumvereine und der Unfrieden überall dort, wo Sozialdemokraten das große Wort führen, müßte den Herren zeigen, daß das, was sie fortwährend den Unternehmern nachjagen, zum mindesten maßlose Ubertreibungen sind. (Sehr richtig! rechts.)

Als Uebergang zu den Arbeiterkammern scheint mir die Beteiligung von Arbeitern an der Gewerbe-Inspektion von großem Vorteil. Weiter fordern wir auch die Zurückziehung von Ärzten zu der Gewerbe-Inspektion. Auf diesem Gebiete ist Preußen leider nicht „in Deutschland voran“. Diese Zurückziehung von Ärzten ist aber dringend notwendig, denn die Gewerbe-Inspektoren sind meist Ingenieure und Chemiker und sind ganz außerstande, die Wirkung der in den Fabriken bestehenden Zustände auf die Gesundheit der Arbeiter richtig abzuschnüßeln. Der Abg. Wurm ist dann auch auf das Los der vergifteten Arbeiter eingegangen und hat, wie schon im Vorjahre, auf die Anschauungen des Prof. Lewin hingewiesen, daß eine Vergiftung als eine Kette fortgesetzter Unfälle aufzufassen sei und daß dementsprechend der Vergiftete eine Unfallrente bekommen müßte. So leid es mir tut, kann ich diese Anschauung nicht für richtig halten, vielmehr sollte für ein Spezialgesetz gesorgt werden; denn darin haben Sie recht, daß der jetzige Zustand, der für die Vergifteten eine niedrigere Rente vorschreibt als für die Verunglückten, ein Unrecht für die ersteren ist.

Auch wir sind dafür, daß die Heimarbeit einer gewissen Aufsicht durch die Gewerbeinspektion unterliegen müsse. Trotzdem tragen wir Bedenken, die Zentrum-Resolution Gröber-Hiye (Nr. 500) zu unterschreiben, weil wir fürchten, daß manche Existenzen dadurch das notwendige Brot entzogen wird. Es sind manche verlassen Arbeiterfrauen, Witwen usw. dabei, die ihre Arbeit dann aufgeben müßten. Zum mindesten muß eine Uebergangszeit geschaffen werden. Oder es dürfen nicht familiäre Bestimmungen der Gewerbeinspektion auf die Hausindustrie übertragen werden.

Von der Zentrum-Resolution Hise-Trimborn (Nr. 555) betreffs der Sonntagsruhe stimmen wir dem Absatz 1 und 2 zu. Nur wünschen wir im Absatz 2 hinter den Worten „höchstens 2 Stunden“ die Einschränkung von „hintereinander“. Denn sonst könnte ein Arbeitgeber vormittags und nachmittags je eine Stunde arbeiten lassen. Von dem Abschnitte 3 erklären wir, daß wir ihn nicht verstanden haben.

Der Abg. Trimborn hat die Vertreter des Mittelstandes gewarnt, gegen den Arbeiterschutz aufzutreten, da der Mittelstand immerhin noch aus selbständigen Existenzen bestehe. Hierin kann ich ihm nicht ganz beistimmen. Die eine Viertelmillion Handwerker sind heute nicht mehr das Rückgrat des Mittelstandes, sondern das liegt in dem Privatbeamtentum. Der gesamte Mittelstand braucht jetzt eine Reform. Meine politischen Freunde sind allerdings oft gegen die Vorschläge, die von der Rechten oder vom Zentrum kamen und angeblich den Mittelstand schützen sollten, aufgetreten; aber doch nur deshalb, weil wir eben diese Vorschläge für nicht geeignet hielten, dem Mittelstande wirklich zu helfen. Der Abg. Erzberger hat hier gegen die Hausierer gesprochen. Da er schon von drei Seiten abgefeuert ist, so möchte ich ihn nicht noch als vierter abfertigen. Aber, wenn der Staatssekretär erklärt hat, er hätte noch keinen Landwirt getroffen, der durch sein Geschäft Millionär geworden ist, so muß ich bemerken, daß das wohl bei einem Hausierer noch viel weniger vorkommen wird. (Geisterzeit.) Gerade im Interesse der Kleinfrauleute in den kleinen Städten, bei denen oft die Hausierer ihre ganze Ware einlaufen, darf der Hausierhandel nicht gefördert werden. Derartige Vorschläge, die angeblich zum Besten des Mittelstandes gemacht werden, schlagen gewöhnlich zu seinem Nachteil aus. Die Erschwerung des Detailreisens durch den § 44a der Gewerbeordnung hat wohl den kleinen Kaufmann gehindert, einen Artikel, den er zufällig sehr billig eingekauft hatte, dem Gutsherrn in der Umgebung anzubieten, aber nicht die großen Warenhändler, die ausgezeichnete Kataloge in die Welt hinausschicken, in der Erweiterung ihres Kundenstreffes geföhrt.

Sehr wichtig ist, daß wir es bei der Kranken- und Invalidenversicherung mit ganz unbestimmten Begriffen zu tun haben. Was Krankheit und Invalidität ist, ist objektiv gar nicht zu bestimmen. Nach dem Gesetz ist krank jeder, der ärztliche Hilfe bedarf. Ich wundere mich nur, daß die Krankenkassen überhaupt noch bestehen, denn nach dieser Definition könnte fast jeder Arbeiter sie in Anspruch nehmen. Es ist ein großer Fehler, daß man nur unterscheidet zwischen Kranken und Gesunden, man vergißt, daß es dazwischen noch die große Zahl der anscheinend Gesunden gibt, die chronisch Kranken. Daß im Winter die Krankenziffer ansteigt, ist gar nicht wunderbar; dafür sind aber vor allem wirtschaftliche Gründe maßgebend. Der wohlhabende Mann, der einen Lungenentzündung hat, geht im Winter an die Riviera, der Bauer sagt sich, warum soll ich im Winter, wo ich ohnehin keine Arbeit habe, meinen Lungenentzündung nicht ausheilen oder meinen Rheumatismus. Da ist von Simulation keine Rede, der Mann ist tatsächlich krank und er ist es seiner Familie schuldig, daß er sich für die Zeit, wo er wieder verdienen kann, in der arbeitslosen Zeit gesund zu machen sucht. Ich behaupte vom medizinisch-wissenschaftlichen Standpunkt aus: die chronisch Kranken können krank sein, wenn sie wollen, und gesund sein, wenn sie wollen, ohne daß man ihnen daraus einen Vorwurf machen kann. Dazu kommt, daß die Versicherten immer von neuem auf den Wert der sozialen Hygiene aufmerksam gemacht werden. Man hat ihnen gesagt, sie sollen nicht erst zum Arzt gehen, wenn sie krank sind, sondern wenn sie sich krank fühlen, man betont die Pflicht der Krankenkassen, für solche Krankenleiden in bester Weise zu sorgen, ihnen Milch zu geben usw. Ich habe bereits 1899 auf dem Tuberkulosekongreß darauf hingewiesen, daß die Krankenkassen gar nicht durchführen können, wozu sie theoretisch verpflichtet sind. Das wollen natürlich die Krankenkassen-Vorstände nicht anerkennen und deshalb sucht man einen Prügelknaben, das soll der Kassenarzt sein.

Abg. Frähdorf hat hier von allen möglichen Städten gesprochen, nur von Berlin hat er nichts gesagt. Hier in Berlin herrscht aber noch die freie Arztwahl und die Kassen mit dieser Einrichtung sind im kein Haar schlechter dran als die anderen. Leider herrscht hier im Hause noch immer die größte Unklarheit über das Prinzip der freien Arztwahl, so wie es die Ärzte heutzutage verlangen. Es handelt sich gar nicht mehr um die Besetzung der Einzelleistungen, sondern es wird mit den Kassenvorstehern ein Vertrag abgeschlossen und die Kassen bezahlen ein bestimmtes Pauschalquantum. Es ist also ganz unmöglich, daß sie dadurch in finanziellen Ruin kommen. — Aber wir wünschen gar nicht die staatliche Einführung der freien Arztwahl, wir kommen nicht als Vorkämpfer an den Staat, wir haben weder zur Regierung noch zu diesem Hause ein übermäßiges Vertrauen! Die Frage ist ja ganz unpolitisch: In meiner Partei sitzen Feinde, in anderen Parteien, auch in der sozialdemokratischen, sitzen warme Freunde der freien Arztwahl. Aber die gesamte sozialdemokratische Presse, vielleicht mit Ausnahme des Münchener, Frankfurter und Breslauer Blattes, hat gegen die Ärzte geheilt. Für die Ärzte waren die finanziellen Gründe zu allererst maßgebend. Die Erhöhung der Besoldung war ja eine minimale. Für uns kamen wesentlich ideelle Gründe in Betracht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir haben erkannt, daß wir Ärzte wissenschaftlich und ethisch zugrunde gehen durch die Abhängigkeit von den Krankenkassen-Vorständen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Unsere politische Abhängigkeit ist geradezu unwürdig! Sie (zum Bundesratsstische) können es nicht ferner zugeben, daß wir Ärzte wehrlos diesen sozialdemokratischen Organisationen ausgeliefert werden! (Wu! bei den Sozialdemokraten.)

Sie verlangen von den Ärzten, sie sollten ihre Tätigkeit den Kassen zum billigsten Preise liefern, aber von den Heilgehülften, von den Kassenbeamten verlangen sie das nicht. Trotzdem fühlen sich die Kassenbeamten von den Kassenvorständen „bis auf die Knochen ausgebeutet“. (Redner verliest einen Artikel aus dem Organ der Kassenbeamten.) (Hört! hört! rechts.) Herr Frähdorf aber schilberte uns das Krankenkassenwesen als ein Bild friedlicher Ruhe und nur die bösen Kräfte sollten Unfriede hineintragen! Und als der Abg. Frähdorf seine Löwenhaut abgelegt hatte, da erklärte der Herr Ministerialdirektor, er hätte „maßvoll“ gesprochen. „Der heutige „Vorwärts“ druckt diese Stelle aus Ihrer Rede mit Fettdruck ab, damit die Leser den Eindruck bekommen, daß ihre Führer nur revolutionäre sind, wenn es sich um die Revolution handelt, sonst aber maßvolle, ruhig, objektiv denkende Männer. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie sollten doch nicht pluchen vor Reid! Große Geistesfreiheit! Wenn Sie irgend können, stellen Sie nur Sozialdemokraten an! (Lachen bei den Sozialdemokraten: Unverschämte!)

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich habe den Ruf nicht verstanden. (Lachen bei den Sozialdemokraten: Unverschämte! Unverschämte! Unverschämte!) Ich rufe denjenigen, der „Unverschämte“ ruft, zur Ordnung.

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp. fortsetzend): Das Sprichwort: Wer den Papst zum Bettler hat, wird leicht Kardinal, muß heute variiert werden: Wer einen Sozialdemokraten zum Onkel hat, bekommt jede mögliche Krankenkassenstellung. (Geisterzeit rechts und bei den Freisinnigen.) Die Herren von der Sozialdemokratie haben der bürgerlichen Gesellschaft ihre Todfeindschaft erklärt und wollen sie zugrunde richten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wie kann man nun die Sozialdemokratie am empfindlichsten treffen? Nicht durch ein Ausnahmengesetz, gewiß nicht. Aber wie macht der Arbeiter heute seine Karriere? Er tritt in Versammlungen, in der Gewerkschaft hervor, wird Delegierter zur Orts-Krankenkasse und kommt in den Vorstand. Dann setzt er sich selbst in die Stellen, die gerade frei sind. Ist doch bei einigen Kassen zum Ueberflusse noch ausdrücklich vorgeschrieben, die Bewerber um Stellen müßten gewerkschaftlich organisiert sein. Aus denselben Kreisen werden dann die Beisitzer zu den Schiedsgerichten und zum Reichs-Versicherungsamt gewählt und noch andere Stellen fallen dabei ab. Es ist Pflicht eines Staates, der in der Sozialdemokratie ein Ungeheuer für den Staat sieht, diesen Unfug abzustellen. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. — Vielfache Zurufe: Selbstverwaltung!) Das ist keine Selbstverwaltung, das ist das Herbild einer Selbstverwaltung. (Vielfache Zurufe und Lärm links.) Von Einzelfällen will ich den Fall Charlottenburg der „Germania“ und dem Zentrum überlassen. Aber in einer großen Berliner Orts-Krankenkasse hat man mit einem Gehalte von 3000 M. einen Mann als Nebendant angestellt, der nur den einen Vorzug hat, daß er 1893 sozialdemokratischer Reichstagskandidat war. Er hat einmal hanterott gemacht, ist deswegen drei Monaten Gefängnis bestraft worden — aber das schadet nichts; er ist ein geeigneter Nebendant. (Geisterzeit rechts und bei den Freisinnigen.)

Ich bin nicht sehr erfreut über den Erlaß des preussischen Handelsministers. Der Staat sollte sich bei diesen Streitigkeiten unparteiisch halten, wie bei einem Streite zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das einzige, was die Ärzte verlangen, ist die Einrichtung von Einigungs-kammern. Ich verstehe nicht, wie Ministerialdirektor Fischer sagen konnte, die Arztfrage sei noch nicht spruchreif. Die deutsche Ärzteschaft verlangt noch nicht die freie Arztwahl, sondern nur die Einigungs-kammern. Ich habe eine Zeilung für die ärztlichen Unrechtgerichte geschwärmt, halte sie aber nicht mehr für eine zweckmäßige Einrichtung. Immerhin, wenn eine ärztliche Leistung von Kassen mit 20 Pfennig bezahlt wird, so muß das Ansehen des Standes darunter leiden, und das Ehrengericht hat, wo es besteht, dahin zu wirken, daß das Honorar bei den Krankenkassen nicht unter eine Norm sinkt, die noch standesgemäß genannt werden kann. Obwohl die Arbeiterversicherung noch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, sehe ich in ihr doch eine unserer größten Ertragsquellen. Möge sich an ihr das Wort erfüllen, das ein deutscher Regierungsvertreter auf der internationalen Vereinigung für gesetzliche Arbeiterschutz am 26. September 1904 ausgesprochen hat: Deutschland hat den bestimmten Willen, auf dem einmal betretenen Wege der Sozialreform und der Arbeiterversicherung fortanzuschreiten. Wir brauchen Sozialreform und Versicherung nicht im Interesse der Partei, sondern zum Wohle des gesamten Vaterlandes.

Sächsischer Bundesrats-Verordnungsbekannter, Ministerialdirektor Dr. Fischer: Ich hatte geföhrt erwähnt, daß sächsische Beamte von den Leipziger Ärzten wegen ihres Verhaltens bei den Streitigkeiten Sozialdemokraten genannt worden seien. Dieser Ausdruck scheint Schelte zu machen. Der Herr Vorredner hat in seiner Einleitung angekündigt, er wolle mich nicht heftig angreifen. Das hat er sachlich zwar nicht getan, er hat aber den Ausdruck gebraucht, daß ich neuerdings mit Herrn Frähdorf und der Sozialdemokratie ein Herz und eine Seele zu sein scheine. Ich weiß nicht, was er mit dieser Bemerkung eigentlich beabsichtigt hat, ob er mich hat denunzieren wollen (Lebhaftes „Sehr gut!“ bei den Sozialdemokraten) entweder bei meiner Regierung oder bei den Parteien des Hauses, auf die sich die Regierung gewöhnlich stützt. Der Vorwurf, den er erhoben hat, ist besonders schwer gegenüber einem Regierungsbeamten und einem Manne in der Stellung, die ich einnehme. Ich würde es als meine Ehrenpflicht betrachten, wenn es der Fall wäre, daß ich mit der Sozialdemokratie ein Herz und eine Seele wäre, sofort meine amtliche Stellung niederzulegen. (Oh! oh! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Vorredner konnte doch wissen, daß ich im entscheidenden Augenblicke zur Sozialdemokratie in allen meinen Stellungen gestanden habe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mir dadurch auch den Haß weitest-

eines Teiles der Sozialdemokratie erworben. Sächsisch sozialdemokratische Blätter — dem hierigen rechte ich es zur Ehre an, daß es das nicht genau hat — haben in maßvoller Weise meine Ehre verlegt. Als man gar nicht mehr wußte, was man gegen mich sagen sollte, schrieb ein sächsisches Blatt, das von einem Abgeordneten der äußersten Linken bedient wird, ich hätte eine Rede vorgelesen — wer die Rede gemacht hätte, wisse man freilich nicht. (Weiterkeit.) Ich bin ein entschiedener Gegner der Sozialdemokraten, aber ich bin kein Feind davon, sie mit Redeflecken zu belästigen. Ich habe ein gewisses sozialpolitisches Verständnis, das erkenne ich an. (Weiterkeit.) Und dieses sozialpolitische Verständnis geht in mancher Beziehung weiter als das des Herrn Vordredners. Ich erinnere nur an seine Ausführungen über die Arbeitskammern. Jedenfalls bin ich nicht so verrannt in meiner Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie, daß ich nicht auch anerkenne, was Recht ist, anerkenne, daß Herr Frähdorf sachlich gesprochen hat.

Abg. Dr. Burkhardt (Wirtschaftl. Bg.): Die Sozialdemokratie will in der Frage der Hausindustrie sehr radikal vorgehen: sie will sie einfach verbieten. Das geht aber nicht an, besonders nicht angesichts der ländlichen Hausindustrie. — Für Arbeitsämter und Arbeitskammern werden meine Freunde stimmen. Die Arbeitskammern ziehen wir den Arbeiterkammern vor. Ferner wünschen wir obligatorische Schiedsgerichte. Hätten wir solche, so wären Crimittschau, Zerlösen und der Streik im Ruhrgebiet unmöglich gewesen. Den Maximalarbeitszeit lehnen wir ab, wir wollen auf diesem Gebiete keine Generalisierung. Auch die übrigen Resolutionen des Zentrums, sowie die sozialpolitischen Resolutionen der Freisinnigen sind uns sympathisch.

Es ist ein Agitationsmittel der Sozialdemokratie, daß sie den Arbeitern die Altersversicherung dadurch verleihe, daß sie sagen: Ihr werdet ja gar nicht 70 Jahre alt. Wir sind aber mit dieser Versicherung in der Welt vorangegangen und wenn es sich bewährt, können wir später auf 60 Jahre heruntergehen. Die Erklärung des Staatssekretärs für eine Vereinfachung des Versicherungswesens hat uns sehr gefreut. Ich muß den Sozialdemokraten bestreiten, daß Graf Posadowski gesagt haben soll, wir befänden uns mit der bisherigen Sozialpolitik auf dem Ferkwege. Er hat lediglich die Konsequenzen aus den bisherigen Erfahrungen gezogen und den technischen Aufbau der bisherigen Gesetzgebung als reformbedürftig hingestellt. — Herr Frähdorf sprach sich für eine Zentralisierung der Krankenkassen aus. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß die Fabrik- und Krankenkassen, wo die Arbeiter gegenseitig aufeinander aufpassen, viel mehr für die Arbeiter leisten. — In der Frage der Apothekerfrage sind die Arbeiter in den Krankenkassen weit größere Scharfmacher als die übrigen Arbeitgeber. Viele ältere Arbeiter haben mir die Mißstände bei den Krankenkassen zugegeben, aber sie sagen, da ist nicht zu helfen, an der Spitze stehen die größten Schreiber, das sind junge Leute, die noch nicht krank gewesen sind und die alle nach dem Schema machen wollen; wir älteren Arbeiter verstehen wohl, daß solche Vorwürfe gegen die Ärzte unbedeutend sind.

Abg. Lipinski (Soz.): Herr Abg. Mugdan hat in weniger umfassender Weise, als es sonst von der Rechten geschieht, dieselben Ansichten und gegenüber vertreten. . .

Präsident Graf Kallstrem: Sprechen Sie von einem Abgeordneten, der in wenig anständiger Form vorgegangen sei?

Abg. Lipinski: Von Herrn Abg. Mugdan.

Präsident Graf Kallstrem: Dann rufe ich Sie zur Ordnung, das dürfen Sie von einem Abgeordneten nicht sagen. (Beifall rechts.)

Abg. Lipinski (fortfahrend): Abgeordneter Dr. Mugdan hat Einzelheiten verallgemeinert und in falscher Form hingestellt. Er sagte, die Gewerkschaftsvertreter sollen von den Aufsichtsbeamten nicht gehört werden, weil sie sozialdemokratisch sind. Ich weiß nicht, aus welcher Quelle er schöpft, aber er hätte feststellen können, daß seit 80 Jahren die Gewerkschaften rein wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund stellen. Herr Dr. Mugdan hatte also keinen Grund, solche Empfehlungen an die Regierung zu richten, im Gegenteil die Inspektoren sollten mehr mit den Gewerkschaften Fühlung nehmen.

Ferner sollten wir Terrorismus bei der Breslauer Landtagswahl gegen einen Freisinnigen, der dann durchfiel, geißelt haben. (Zuruf bei der Freisinnigen Volkspartei: Gegen die Freisinnige Vereinigung!) Ja, ich gebe gern zu, daß Sie, Herr Kollege (zum Zwischenruf) gekünder sind. Sie werden nicht so leicht vom Durchfall befallen. (Zuruf rechts: Au!) Wir verlangten in Breslau auch einen Vertreter, und als die Freisinnige Volkspartei darauf nicht einging, ließen wir Goltzheim durchfallen. Jede Leistung setzt doch eine Gegenleistung voraus. — Abg. Südekum hat mir die Verechtigung erteilt, es hier festzustellen, daß in jener vom Abg. Dr. Mugdan erwähnten Veranlassung, nur im allgemeinen davon die Rede war, daß die Kleinrentnerbetreibenden dieselben Interessen haben, wie die Arbeiter und mit diesen stimmen müßten. — Ich muß dem Abg. Mugdan ferner bestreiten, daß sich die sozialdemokratische Partei gegen die freie Arztwahl festgelegt hat. Sie hat als Partei überhaupt keinerlei Entscheidung getroffen. Vor 10, 12 Jahren haben sich wohl einzelne Mitglieder für die freie Arztwahl begeistert, aber sie sind durch die Erfahrungen auch von ihren Anschauungen zurückgekommen. Als schwersten Vorwurf gegen die Verwaltung der Ortskrankenkassen bezeichnete der Abg. Mugdan den, daß sie den Ärzten das Koalitionsrecht rauben wollen. Wie stimmt es mit dieser seiner Sorge für das Koalitionsrecht überein, daß er den Ortskrankenkassen die Selbstverwaltung nehmen will. Nur wo die Mitglieder direkt geschädigt wurden, haben die Krankenkassen den Arztforderungen Widerstand geleistet. Ich kann besonders über die Leipziger Verhältnisse sprechen, denn ich habe die Entwicklung seit Jahrzehnten mitgemacht und bin doch in keiner Weise an dem Streit beteiligt. In jeder Weise ist den Bestrebungen der Ärzte, ihre Lage zu verbessern, Rechnung getragen worden. Die Ausgaben für Arzthonorare sind relativ und absolut ständig gestiegen. Die Behauptung, daß die Krankenkassen sozialdemokratische Einflüsse seien und die Ämter nach Parteirücksichten besetzt würden, ist eine Unwahrheit, die jedes tatsächlichen Anhalts entbehrt. Herr Dr. Mugdan ist auch durch alle seine Reden über Terrorismus der Arbeitnehmer nicht über die Tatsache hinweggekommen, daß zum Beispiel in den Leipziger Kämpfen die Beschlüsse stets einstimmig gefaßt worden sind, also auch mit Zustimmung der Arbeitgeber. Unter den Verwaltungsbeamten der Krankenkasse kenne ich persönlich eine ganze Reihe von Mitgliedern des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes; es kann also von einer sozialdemokratischen Beamenschaft in keiner Weise die Rede sein. (Hört! hört! rechts.) Aber Herr Mugdan will um jeden Preis Stimmung gegen die Krankenkassen machen; und als sein Endziel hat er uns ja heute offenbart, daß er den Kassen die Selbstverwaltung nehmen will. Im übrigen wundere ich mich, daß gerade ein Mitglied der Freisinnigen Volkspartei sich darüber beklagt, daß die Ämter nach der Partei verteilt würden. Wo wird denn mehr Parteifachler getrieben, als da, wo diese bürgerliche Partei am Auser ist? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sie brauchen ja nur in der Verwaltung Berlins nachzusehen. Herr Dr. Mugdan erwähnt einen Fall, in dem ein Vorstandsmitglied der Leipziger Ortskrankenkasse auscheiden mußte, weil er einen Posten bei ihr bekam. Die Tatsache ist richtig, aber die Sinecure, die der Mann bekam, war — eine Vorriesterstelle in der Verwaltungsanstalt der Ortskrankenkasse. (Weiterkeit.) Der Dr. Mugdan warf den Ortskrankenkassen Terrorismus in ihrem Kampf gegen die Ärzte vor. Aber in Magdeburg haben die Ärzte von der Krankenkasse die Entlassung eines Rentanten verlangt, der ihnen durch als scharfe Kontrolle unbenommen geworden war. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das Arbeiterorganisationen tun würden, so würden ihre Führer wegen Verpression unter Anklage gestellt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich könnte nun dem Abg. Dr. Mugdan zahlreiche Fälle entgegenhalten, in denen freisinnige Arbeitgeber den Angestellten ihre gesetzlichen Rechte genommen haben — natürlich lediglich im Interesse dieser Angestellten selbst. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich verzichte darauf, weil es mir widerspricht, aus einzelnen Fällen allgemeine Anklagen herzuleiten. Ich kann den Abg. Dr. Mugdan verlassen, indem ich mich auf die Resolution beziehe, die in seinem Wahlkreis Östlich die Ortskrankenkasse gefaßt hat. Sie erklärte am 16. März 1904 all die Bestimmungen, die Dr. Mugdan bisher hier geäußert hatte, für gänzlich falsch und unhaltbar und schloß mit der Erklärung, daß Dr. Mugdan nicht als Vertreter seines Wahlkreises, sondern als einseitiger Vertreter einseitiger ärztlicher Standesinteressen habe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Der sächsische Bundesrats-Bevollmächtigte, Dr. Fischer, sucht das Eingreifen der Kreis-hauptmannschaft Leipzig zu rechtfertigen. Was er darüber sagte, kann ich nicht un widersprochen lassen. Die Kreis-hauptmannschaft hat zunächst für Anstellung von Distriktsärzten gewirkt und die Kreisärzte in dem Glauben an dieses System gestärkt. Plötzlich stellte sie für die Verneuerung der Arztliste eine so kurze Frist, daß es unmöglich war, ihrer Forderung gerecht zu werden. Durch dieses Eingreifen der Kreis-hauptmannschaft hat der Konflikt die Schärfe angenommen, die er jetzt noch hat. Ich komme nunmehr zu den Resolutionen. Die Gesetzgebung über die Sonntagsruhe hat sich in äußerst langsamem Tempo bewegt. Es sind eine solche Reihe von Ausnahmen vorgekommen, daß von einer wirklichen Sonntagsruhe nicht mehr die Rede sein kann. Daher verlangen wir eine wesentliche Ausdehnung der Sonntagsruhe. Herr Erzberger ist bis auf das alte Testament zurückgegangen. Warum ist er nicht noch weiter gegangen und hat an die Schöpfung erinnert? (Weiterkeit des Abgeordneten Erzberger.) Schon damals wurde bestimmt, daß der siebente Tag in der Woche ein Ruhetag sein soll, und heute noch müssen wir für diese Forderung kämpfen. Die Sonntagsruhe muß mindestens von Sonnabend abend 6 Uhr bis Montag früh 6 Uhr dauern. Wenn es bei einem Betriebe, wie einer Bäckerei, einer Gastwirtschaft, nicht möglich ist, die Ruhe auf den Sonntag zu verlegen, so muß die Ruhe eben auf andere Tage verlegt werden. Konsumvereins-Bäckereien haben das schon erprobt. Der Verein der Gastwirtschaftsangehörten hat eine Petition abgefaßt, die auf Ungerechtigkeiten in den bestehenden gesetzlichen Zuständen hinweist. Die Ruhe der Gastwirtschaftsangehörten ist vollkommen ungenügend. Trotzdem gibt es unter ihnen viele Verheiratete, die unbedingt eine 36stündige Arbeitsruhe erwarten können. — Leider ist auch von den Schlächtigungen der Sonntag noch nicht frei. Selbst am ersten Weihnachtstage wird vielfach noch geschlachtet. — Nach 12 Uhr Sonntags dürfte in keinem Handelsgeschäfte mehr gearbeitet werden. Drei Stunden Sonntags-Verkauf ist auch in Kolonialwaren-Geschäften, die ich aus eigener Berufsarbeit kenne, vollkommen ausreichend. Für Kontorbetrieb kann die Sonntagsruhe überhaupt eingeführt werden. Haben doch schon jetzt nur 4 Proz. der Kontor-Angestellten mehr als vier Stunden, 7 Proz. drei bis vier Stunden, 18 Proz. zwei bis drei Stunden und 69 Proz. weniger als zwei Stunden Sonntagsarbeit. Diese Reste von Kontorarbeit am Sonntage liegen sich also auch noch leicht beseitigen. Die kirchlichen Interessenten sorgen nur für Arbeitsruhe während der Kirchstunden. Dadurch wird die Sonntagsarbeit unter Umständen noch härter, indem sie auf mehrere Zeitschnitte verteilt wird. In 257 deutschen Städten darf am Sonntag noch bis 2 Uhr, in 40 bis 3 Uhr gearbeitet, in manchen aber auch bis gegen Abend und in 21 Städten bis 8 Uhr abends gearbeitet werden. Zudem sind die Strafen für Uebertretung sehr gering. 220 Kaufleute sind nur mit 3 M. bestraft worden, 374 mit 10 M., 105 mit 10 bis 20 M. Im ganzen sind also 72 Proz. aller Kaufleute, die die Sonntagsruhe übertreten haben, mit bis zu 20 M. bestraft worden. Ein reger Geschäftsmann wird sich daraus nicht viel machen. Leider wird auch der § 106b, welcher die örtlichen Behörden ermächtigt, an manchen Sonn- und Festtagen bis zehn Stunden arbeiten zu lassen, sehr ausgenützt, unter anderem am Totenfesttag, Himmelfahrtstag, Allerheiligen, Fronleichnamstag, Abtag, Fastnachtsdienstag usw.

Warum die Handelskammern zum Teil gegen die Verkürzung der Arbeitszeit sind, geht aus einer Äußerung der Breslauer Handelskammer hervor. Hier wird nämlich die Verkürzung geäußert, daß die Verkürzung der Arbeitszeit zu einer Vermehrung des Personals führen würde. Ich möchte die Regierung fragen, ob sie auf Grund der 1901 vorgenommenen Enquete daran denkt, die Arbeitszeit der in Kontoren beschäftigten Arbeiter gesetzlich zu normieren. Ebenso dringend bedürfen die Handelshilfsarbeiter des gesetzlichen Schutzes; sie verlangen die Einführung einer Maximal-Arbeitszeit von 9—10 Stunden. Besonders groß ist die Zahl der Ueberstunden in den Buchhandlungen, selbst in großen Betrieben, wo eine Einteilung der Arbeit durchaus möglich wäre. Die Ausführung des Kaufmannsgerichtes ist der reine Hohn auf das Gesetz. Am 1. Januar waren erst in 72 Gemeinden solche Gerichte eingeführt, in 152 Gemeinden fehlten sie noch, darunter in Berlin. Das Musterstatut für die Kaufmannsgerichte ist im Handelsministerium sehr spät fertig gestellt worden. Vielleicht haben da wie im Königsberger Gebelbündnisprojekte die Ferien eines Beamten störend gewirkt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf verlegt sich das Haus.

Vizepräsident Dr. Baasche schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Sonnabend 1 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) beantragt, morgen einen Schwerkriegstag abzuhalten.

Abg. Trimbom schlägt sich diesem Antrage an, zumal nach Beratung des Antrags Auer auf Schaffung eines Reichs-Arbeitsamtes diese Materie dann aus den sozialpolitischen Debatten beim Etat auscheiden würde.

Abg. Singer spricht sich ebenfalls für den Antrag aus und wünscht, daß überhaupt regelmäßiger Initiativanträge des Reichstages zur Verhandlung kämen.

Das Haus beschließt hierauf gemäß dem Antrage Müller-Sagan. Vizepräsident Dr. Baasche setzt danach auf die Tagesordnung für Sonnabend die zweite Lesung des Antrages Auer betreffend Reichs-Arbeitsamt, Arbeitskammern, Arbeitsämter, und die Beratung des Antrages v. Treuenfels (L) betreffend Haftung für Tier Schäden.

Schlus 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

153. Sitzung vom Freitag, den 3. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Studt.
Die zweite Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt beim Kapitel „Kunst und Wissenschaft“.

Beim Titel „Akademie der Künste in Berlin“ fragt Abg. Münsterberg (fr. Bg.), wie es mit der Zulassung von Frauen zum Studium auf der Akademie steht. Prof. A. v. Berner habe sich auf eine Eingabe kurz ablehnend dagegen verhalten. Soweit Frauen zugelassen würden, müßten sie ebenfalls höhere Gebühren zahlen als die männlichen Besucher. Wenn auch die Statuten der Akademie den Besuch der Damen nicht vorsehen, so seien doch Ausnahmen gestattet worden und es empfehle sich, die Frauen grundsätzlich zuzulassen. (Beifall links.)

Ein Regierungskommissar weist darauf hin, daß Direktor v. Berner sich lediglich auf die bestehenden Bestimmungen gestützt habe. Für die Damen bestehe in Berlin eine private Gelegenheit, um sich in der Malerei auszubilden, die der vom Staate unterstützte Verein der Künstlerinnen biete. In einigen Akademien, wie in Kassel und Königsberg, seien ja die Damen zugelassen. Das ernste Streben der Damen, die sich solchen Studien widmen, verdiene ja alle Anerkennung, aber sie sollten sich doch die Frage vorlegen, ob der spätere wirtschaftliche Nutzen ihren Bemühungen entspricht. Angesichts des sozialen Stands in Künstlerkreisen würde es für viele Damen zweckmäßiger sein, wenn sie sich anderen Berufen zuwenden würden.

Abg. Henning (L.) wendet sich gegen die Zulassung von Frauen zur Kunstakademie. Es gebe heute schon viele Schriftstellerinnen und Künstlerinnen, die nichts Bedeutendes leisten, wozu sollte man da noch die Zahl der Dilettantinnen vermehren. Man möge aber diese Frage sorgsam prüfen, namentlich von dem Gesichtspunkt aus, ob es möglich sei, solchen Damen, die sich derartigen Studien widmen möchten, eine sichere Zukunft in Aussicht zu stellen. Nicht zu vergessen sei, daß den Damen, die Künstlerinnen werden wollen, auch sittliche Gefahren drohen. — Die Künstler sollten stets bedenken, daß die Kunst eine göttliche Gabe sei, bestimmt, das Volk zu veredeln, aber nicht in den Dienst niedriger Leidenschaft gestellt zu werden. Möge man von den Werken der jetzt werdenden Künstler nicht sagen können, was Goethe seinem Freunde Schiller nachgerufen hat: „Und hinter uns, im wesentlichen Scheine, liegt, was uns alle bändigt, das Gemeine. In der Kunst sei das Beste für das Volk gerade gut genug.“ (Beifall rechts.)

Abg. Münsterberg (fr. Bg.): Ich muß bestreiten, daß die künstlerische Tätigkeit der Frauen minderwertig ist. Man sollte den Damen, die sich der Kunst widmen wollen, die Gelegenheit dazu bieten, zumal man sie ja auch in Königsberg und Kassel zum Besuch der Akademie zugelassen hat. Ich möchte die Regierung dringend bitten, die Zulassung der Frauen auch an der Berliner Akademie wohlwollend zu erwägen.

Abg. Henning (L.) erklärt, daß er nicht von einer Minderwertigkeit der Frauen auf künstlerischem Gebiete habe sprechen wollen. Beim Titel: „Außerordentliche Erwerbungen für die Sammlungen des Kaiser Friedrich-Museums in Berlin“ spricht

Abg. Dr. v. Dirksen (fr.) seine Freunde über die Errichtung dieses Museums aus und wendet sich gegen abfällige Besprechungen in einem Teile der Berliner Presse, die in leicht erkennbarer Absicht geschrieben seien. Niemand werde ja die Beihilfe des Spottes so scharf geschwungen, wie in Berlin. Wenn man aber bedenke, daß es sich bei dem Grundstück, auf welchem das Museum errichtet sei, um ein sehr schwieriges Gelände handle, so müsse man anerkennen, daß ein durchaus guter Bau zustande gekommen sei, wenn man auch an Einzelheiten etwas ansetzen könne.

Es folgt das Kapitel „Technisches Unterrichtswesen“.

Abg. Felsch (L.) bedauert die Ueberfüllung der technischen Hochschule mit russischen Studenten, die vielfach ihre revolutionäre und anarchische Gesinnung zu verbreiten bestrebt seien. Mehrfach seien ihm Klagen zugegangen, daß russische Studenten die Matrikel nur zu verwerfen, um einen Deckmantel für ihre revolutionären Bestrebungen zu haben. Ausländische Studenten sollte man nur zu erhöhten Gebühren und nur so weit zulassen, als sie dieselbe Vorbildung haben, wie unsere Studenten und Blöße frei seien.

Ein Regierungskommissar erwidert, daß es ein nobilium officium sei, auch Ausländern das Studium bei uns zu ermöglichen, es würde aber von ihnen dieselbe Vorbildung verlangt, wie von den Inländern. Ueber die Zahl der Ausländer an den technischen Hochschulen bestanden übertriebene Vorstellungen. In diesem Wintersemester seien aus sämtlichen deutschen technischen Hochschulen 2522 Ausländer vorhanden, davon entfielen auf die preussischen nur 627. Russische Studenten seien in ganz Preußen nur 116 vorhanden, 1900/1901 seien es 171 gewesen. — Wie weit der Lehrplan in bezug auf das Berufslehrgangswesen zu Unzulänglichkeiten führe, werde geprüft werden.

Es folgt das Kapitel „Medizinalwesen“.

Abg. Görtz (natl.) tritt für eine Neuordnung des Hebammenwesens und eine einheitliche Regelung der Wöchnerinnenpflege ein.

Ein Regierungskommissar stellt einen Gesetzentwurf für die nächste Session über die Reform des Hebammenwesens in Aussicht. Die Medizinalabteilung widme der Frage der Wöchnerinnenpflege großes Interesse.

Abg. Rosenow (fr. Sp.): Unter den Spezialärzten hat ein Erlaß des Ministers große Beunruhigung hervorgerufen, in dem diese Ärzte um Auskunft darüber ersucht wurden, wo sie ihre Kenntnisse erweitert haben, ob sie als Assistenten an Krankenhäusern tätig gewesen seien. Da ein Zweck dieser Fragen nicht angegeben war, so hat sich die Befragung geltend gemacht, daß die Regierung die Absicht habe, einen besonders privilegierten Stand zu schaffen. Dann möchte ich darauf hinweisen, daß aus dem Verzeichnis derjenigen Krankenhäuser, die den jungen Ärzten Gelegenheit zur Absolvierung des praktischen Jahres geben, hervorgeht, daß mehrere Anstalten nur evangelische, andere nur katholische Ärzte annehmen. Die Berliner städtischen Krankenhäuser verlangen von den Praktikanten nur, daß sie sich unter die Hausordnung stellen, darüber hinausgehende Bestimmungen kann ich nicht billigen.

Ein Regierungskommissar erklärt, daß der Erlaß an die Spezialärzte lediglich einen orientierenden Zweck habe. Die Entscheidung, ob ein Krankenhaus Praktikanten annehmen wolle oder nicht, stehe dem Krankenhaus zu, die Regierung habe nicht die Möglichkeit, in der Richtung auf die Krankenhäuser einzuwirken.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. v. Arnim (L.), daß der mit den Sozialdemokraten in Verbindung getretene Bürgermeister von Torgau nicht der jetzt amtierende Bürgermeister Klose, sondern der schon 1897 aus seinem Amte geschiedene Bürgermeister Wirt gewesen sei.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Ausführungsgesetz zum Reichs-Steuerengesetz; Etat der Bauverwaltung.)
Schlus 5 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Einen Monat Gefängnis kostete den Genossen Leinert vom „Vollswillen“ in Hannover seine Leichtgläubigkeit gegenüber einem Manne, der sich als rechtswidrig Verhafteter aufspielte. Der Invalide Berner war von einem Schutzmann hilflos aus der Strafe aufgefunden worden. Der Schutzmann hatte einen Sanitätswagen requiriert und zwei Feuerwehrlente fuhrten mit dem Berner nach der Herberge zur Heimat. Diese lehnte die Aufnahme ab mit der Begründung, daß sie Kranke nicht aufnehmen dürfe. Die Feuerwehrlente wollten den Mann darauf ins Krankenhaus bringen. Das wollte er nicht und als ihm darauf seine Begleiter vorstellten, daß dann nichts übrig bleibe, als ihn zur Polizeiwache zu bringen, war er damit einverstanden. Er wurde als Obdachloser auf der Polizeiwache untergebracht. Diesen Tatbestand gab Berner in der Verhandlung vor Gericht als richtig zu. Dem Mediziner hatte er jedoch erzählt, er sei wider seinen Willen polizeilich festgenommen worden, obwohl er im Besitze von Geldmitteln war.

Durch die Notiz, die Leinert darauf in seinem Blatte vom dem Falle brachte, fühlte sich die Polizei beleidigt und das muß Leinert nun mit einem Monat Gefängnis büßen. Der Staatsanwalt hatte gar sechs Monate beantragt. Berner wurde zu vier Monaten verurteilt.

Soziales.

Interessante Angaben über die Arbeiterchaft, die beim Simphon-durchschnitt beschäftigt wurde, veröffentlicht die römische „Tribuna“. Im Jahre 1898 wurden 3110 bis 3190 Arbeiter angestellt, 1899 690 bis 2490, 1900 2860 bis 3770, 1901 3640 bis 3710, 1902 2910 bis 3140, im Jahre 1903 3070 bis 3440 und endlich 1904 2500 bis 3120.

Während der 6 Jahre der Arbeiten sind im ganzen 5536 Vertriebsunfälle vorgekommen, von denen 36 tödlich waren und 28 zu schweren Verwundungen führten.

Bekanntlich waren die Arbeiter ausschließlich Italiener. Von der Schweizer Seite wurden während der 6 Jahre 50 000 Postanweisungen an Angehörige der Zummelarbeiter ausgegeben. Die nach Italien gesandten Geldsummen betragen 2 100 000 Lire.

Ein Teil der Arbeiter findet weiter bei den Vollenbarungsarbeiten Beschäftigung; eine größere Zahl muß aber bald entlassen werden.

Paragraf 28 Absatz II der Apothekenbetriebs-Ordnung verpflichtet die Apotheker, die neuesten Mittel nach den Bestimmungen des Arzneibuches vor der Gebrauchsnahme auf Echtheit und Rein-

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: Rosenthalerstr. 57.

(2. Eingang Hermannstr. 28.)
 Gedruckt von 9^{1/2}-2 und 4-8 Uhr. Telefon III 1296.

Montag, den 6. März, abends 8 Uhr, in den Borussia-Sälen,
 Adlerstraße 67: 290/5

Gr. allgem. Metallarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Welche Lehren haben wir aus der beendeten Bewegung in der Geldmetall-
 Industrie und den Bergarbeiterstreiks zu ziehen? — 2. Diskussion.
 Rege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 6. März, abends 8^{1/2} Uhr, Rixdorf, Steinmehstr. 103:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Joh. Sassenbach über: Freimaurer.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen mit Frauen erwünscht.

Heute, Sonnabend, den 4. März, abends 8 Uhr, in Bekkers Feistsälen,
 Köpenickerstr. 29:

Großer Wiener Maskenball.

Billetts a 50 Pf. sind in allen Lokalen sowie bei den Vorstandsmitgliedern zu haben.

Um recht zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Der Ballabend findet heute abend von 7 bis 9 Uhr statt.

Kollegen! Da die armen Bergarbeiter so notwendig des gesammelten Geldes bedürfen, wird gebeten, sofort die Karten bei Paul Fischer, Karlsgrabenstr. 21, abzurufen.

Die Adresse des Kassierers lautet: Karl Kuh, N. Vorhängerstr. 26.

Der Vorstand.

Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

(Verwaltungsstelle Berlin u. Umgegend.)

Sonntag, 5. März, nachm. 3 Uhr, bei Boigt, Ritterstr. 75:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung und Schluss des Vortrages: „Ueber Fleißigkeit und deren Anwendung in der Praxis“. 2. Verschiedenes. 3. Angelegenheiten.
 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche, Gruppe der Radispänner.

Sonntag, 5. März, 1905, vorm. 10 Uhr, bei Jannasch, Zinfelstr. 10:

Mitglieder-Versammlung.

Die Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Der Vorstand.

Wo? — alten Freund!

machen wir am Sonntag hin? Nach Pichels-
 werder zum 1740/2

Da ist man immer wie zu Hause.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
 Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Sonntag, den 5. März 1905, vormittags 10 Uhr:

Morgensprache

ämtlicher Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von

Dalldorf und Borsigwalde
 findet im Lokale von Kube in Borsigwalde, Ernst- und Schubert-
 straßen-Ecke, statt.

Es ist Pflicht eines jeden dort wohnenden Mitgliedes, in dieser
 Morgensprache zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Montag, den 6. März 1905, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshause,
 Engel-Ufer 15, Saal I:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn F. Stampfer über: „Friedrich von
 Schiller“.
 2. Bericht vom Gausage.
 3. Abrechnung vom Projektions-Vortrag.
 4. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Wir eruchen alle Kollegen und Kolleginnen, in dieser Versamm-
 lung recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kutscher und Arbeiter von Charlottenburg u. Umgegend!

Am Sonnabend, den 11. März, hält der Verein Charlottenburg
 (Kutscher) von 1894 seinen diesjährigen Maskenball in den „Hohen-
 sollern-Festsälen“ (Nahaber Schmidt), Berlinerstraße ab.

Da dieses Lokal für die Arbeiter gesperrt, eruchen wir, die Karten,
 welche zum Kauf angeboten werden, abzuweihen.

Transportarbeiter-Verband, Charlottenburg.

Frühjahrs-Saison!

Gundermanns Spezialgeschäft

fertiger Herren- u. Knaben-Garderoben

Berlin N., Brunnenstraße 63.

Nur bessere Konfektion zu billigen Preisen. Zum Beispiel:

Herren-Anzüge von 7 M. bis 48 M.

Herren-Hosen von 1^{1/2} M. bis 16 M.

Herren-Sommer-Paletots von 8 M. bis 50 M.

Arbeiter-Kleider, kolossal billig.

Lieferant des Rabatt-Sparvereins „Norden“.

Konfirmanden-Anzüge von 6^{1/2} M. bis 36 M.

Zu jedem Konfirmanden-Anzug gebe
 einen Einsegnungs-Gut unison!

Zeitinger & Co

Oranien. St. 40/41

Deutsche Compagnie

Berlin 80.

Einsegnungs-Anzüge

unübertroffen in Qualität und Herstellung
 zu sehr niedrigen Preisen.

Einsegnungs-Anzug aus halbsechwerem gerippten
 Corkscrewkammgarn (äußerst dauerhaft) 16,50

Einsegnungs-Anzug aus hochfeinem Aachener
 Tuchkammgarn, feinstes Gewebe 20,-

Einsegnungs-Anzug aus Trikotkammgarn oder
 Drap, edelstes Fabrikat 24,-

Einsegnungs-Anzüge verschiedener haltbarer
 Stoffe, einzelne Größen aus ganzen Serien
 zurückgelassen 9,50, 10,50, 11,75

Frühjahrs- und Sommer-Paletots

Frühjahrs-Paletot aus dunkelgrauem einfarbigem
 oder gestreiftem Cheviot, streng modern 17,-

Frühjahrs-Paletot aus sehr haltbarem gestreiftem,
 auch kariertem Meltoncheviot 20,-

Frühjahrs-Paletot aus weicher Melton- oder Kamm-
 garn-Ware, einfarbig oder modern kariert
 oder gestreift, in 25 Dessins 25,-

Frühjahrs-Paletots aus Mustercoupons, Maßstoffe
 modernster Dessins mit Serge und Seide
 gefüttert, vollständiger Maßanzugs . . . 50,-

Mk. 30,-, 35,-, 40,-, 45,-

Herren-Anzüge

in Sakko-, Rock- und Gehrock-Façons
 aus den modernsten Stoffen, garantiert
 dauerhafte reelle Fabrikate vom billigsten bis zum feinsten
 Genre in 1000facher Auswahl am Lager.

Auch starke
Personen
finden stets
passende
Kleidungs-
stücke
am Lager.

Die Preise
sind streng
fest und auf
jedem
Gegenstand
in Zahlen
deutlich auf-
gedruckt.

Deutschlands bedeutendste Schuhwaren-Fabriken — BURG — b. Magdeburg

CONRAD TACK & CIE.

Der billige Preis

und die bewährte Qualität haben unsere Fabrikate in Familienkreisen unentbehrlich gemacht.

Beispielloser Beliebtheit erfreuen sich:

Herren-Zugstiefel, dauerhaftes Wicksleder, M. 5.50 und	4 50 M.	Damen-Zugstiefel, sehr haltbares Wicksleder, M. 4.75 und	3 50 M.
Herren-Zugstiefel, Pa. Spiegelleder, sehr beliebt, M. 9.50 und	8 30 M.	Damen-Knopf- und Schnürstiefel, kräftiges Rossleder, M. 6.50, 6.00 und	5 00 M.
Herren-Schnallenstiefel, praktisch und bequem, M. 8.50 und	5 90 M.	Damen-Knopf- und Schnürstiefel, Boxhorse, sehr beliebt	6 75 M.
Herren-Schnürstiefel, haltbarstes Rossleder, M. 8.70 und	7 20 M.	Damen-Knopf- und Schnürstiefel, echt Chevreau, anerkannt preiswert	7 50 M.
Herren-Schnürstiefel, Boxhorse, sehr preiswert	8 50 M.	Damen-Knopf- und Schnürstiefel, gutes Boxcallleder	3 75 M.
Herren-Schaftstiefel, stärkstes Rindleder	7 50 M.		

Kinder-Schuhe, sowie Mädchen- und Knaben-Stiefel in besonders strapazierfesten Qualitäten!

Eigene Geschäfte in BERLIN und Umgegend:

- | | |
|-------------------------------|--------------------------------|
| C., Rosenthalerstraße 14. | NW., Thurmstraße 41. |
| C., Spittelmarkt 15. | NW., Wilsnackerstraße 22. |
| W., Potsdamerstraße 50. | O., Andreasstraße 50. |
| W., Schillstraße 16. | O., Gr. Frankfurterstraße 139. |
| S., Oranienstraße 65. | N., Danzigerstraße 1. |
| SW., Friedrichstraße 240-241. | N., Müllersstraße 3. |
| NW., Beusselstraße 29. | N., Reinickendorferstraße 14. |

CHARLOTTENBURG: Wilmersdorferstraße 122-123.
 RIXDORF: Bergstraße 30-31. POTSDAM: Brandenburgerstraße 54.

75 eigene
Geschäfte.
1500 Arbeiter
und Beamte.

Jährliche Fertigstellung
weit über
eine Million
Paar!

Das Strafgefängnis Plöhensee vor Gericht.

(Eigener Bericht des „Vorwärts“.)

Zweiter Verhandlungstag.

Freitag, den 3. März.

Die Sitzung vom Freitag, zu der sich wiederum ein sehr zahlreiches Publikum eingefunden hatte, wurde kurz vor 10 Uhr von dem Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Dr. Dypertmann mit der

Richtigstellung

eines Irrtums eröffnet, der sich in einigen Presseberichten über die Sitzung vom Donnerstag findet. In diesen Berichten war gesagt, das Gericht habe erwogen, ob Herr Rechtsanwalt Halpert in eine Strafe wegen Ungebühr zu nehmen sei. Das ist falsch. Es ist von keiner Seite eine Ungebührstrafe gegen Herrn Dr. Halpert auch nur angeregt worden. Das Gericht hat lediglich die Frage geprüft, ob der Vorsitzende berechtigt war, den Verteidiger zu unterbrechen, weil er die Maßnahmen der Staatsanwaltschaft einer Kritik unterzog. Da diese falsche Voraussetzung ist, ein gänzlich falsches und entstellendes Bild auf den Gang der Verhandlungen zu werfen, habe ich es für erforderlich gehalten, sie öffentlich zu berichtigen. (Wir bemerken hierzu, daß in unserem Bericht diese falsche Notiz nicht gestanden hat; im Gegenteil, in dem Beschlusse des Gerichtshofes, wie wir ihn mitgeteilt haben, war ausdrücklich betont, daß von einer Ungebühr des Rechtsanwalts Halpert nach Ansicht des Gerichtshofes gar nicht die Rede sein konnte.)

Verhinderung eines Sachverständigen.

Der von der Staatsanwaltschaft als Sachverständiger geladene Medizinalrat Dr. Leppmann ist für den ganzen Monat März an drei Tagen der Woche in den Stunden von 11 bis 1 verhindert, den Verhandlungen beizuwohnen, weil er um diese Zeit Fortbildungskurse für Ärzte abhält, die nicht mehr verlegt werden können.

Vorsitzender: Das dürfte den Gang der Verhandlungen wesentlich erschweren.

Erster Staatsanwalt Dr. Schönian: Ich halte es nicht für erforderlich, aus diesem Grunde etwa den ganzen Prozeß zu verlagern.

Rechtsanwalt Heine: Die Verteidigung kann auf die Anwesenheit des Medizinalrats Dr. Leppmann bei der Beweisaufnahme nicht verzichten, wenigstens nicht bei der Beweisaufnahme über die Einzelfälle und über die allgemeinen Dinge. Ich würde sehr gern darauf verzichten, daß er bei der Verlesung der Artikel anwesend ist, aber bei der Beweisaufnahme muß er zugegen sein, denn sonst ist er ja nicht instande, ein Gutachten abzugeben. Er ist von Amts wegen als Sachverständiger geladen.

Sachverständiger Medizinalrat Dr. Leppmann: Ich habe die Ladung erhalten zur Begutachtung dreier angeblich geisteskranker Gefangener in Plöhensee. Da ich die Möglichkeit voraussetze, daß meine Sachverständigenleistung auch noch weiter herangezogen würde, so habe ich, da eine Kollision mit meinen sonstigen dienstlichen Geschäften möglich war, namentlich bei der Kritik der Gefängniszustände, die Sache meiner vorgesetzten Behörde vorgetragen.

Vorsitzender: Es handelt sich nur darum, daß Sie durch die Kurze absolut verhindert sind. Hierüber muß das Gericht befinden.

Sachverständiger Medizinalrat Dr. Leppmann: Ich kann bemerken, daß ich über diese Fälle schon aus den Akten genau informiert bin und daß ich unbeschadet der Gründlichkeit den Verhandlungen nicht beizuwohnen brauche.

Verteidiger Dr. Heilmann: Die Verhandlung wird ja erst ergehen, ob der Inhalt der Akten, der dem Medizinalrat vorgelegt ist, richtig ist. Unwissenlicher wird es möglich sein, den Sachverständigen zu entbehren, je mehr er sich aus den Akten ein festes Bild der einzelnen Fälle bereits gebildet zu haben scheint.

Verteidiger Dr. Döwenstein: Wir können eine Verlegung verhindern, wenn der Vorsitzende uns täglich vorher mitteilt, welche Punkte der Anklage am folgenden Tage zur Verhandlung kommen sollen. Die Verteidigung wäre dann in der Lage, sich von Fall zu Fall darüber schlüssig zu werden, ob die Anwesenheit des Medizinalrats notwendig ist. Wir alle haben kein Interesse an der Verlegung. Vielleicht dürfte sich die Sache auf diese Weise erledigen, falls das Gericht der Verteidigung entgegenkommt.

Rechtsanwalt Heine: Ich habe nicht etwa eine Verlegung beantragt, ich habe selbst den Wunsch, daß die Sache zu Ende kommt. Es wird dem Herrn Präsidenten überlassen bleiben, die Termine so anzusetzen, daß der Sachverständige ihnen beizuwohnen kann.

Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung zurück und verkündet nach wenigen Minuten folgenden Beschuß:

„Die Sachlage ist nach Anschauung des Gerichtshofes sehr wesentlich verändert. Mit Rücksicht darauf, daß wir die jetzt gegebene Situation in Erwägung ziehen müssen und mit Rücksicht darauf, daß dies Material naturgemäß bisher nicht sämtlichen Mitgliedern des Gerichtshofes bekannt ist, also eine genaue Erwägung der gegebenen Situation eine längere Zeit erfordert, hat das Gericht beschlossen, heute nicht materiell zu verhandeln, sondern die Verhandlung bis morgen auszusetzen, um in der Zwischenzeit über die gegebene Sachlage sich schlüssig zu machen und morgen seinen Beschuß zu verkünden. Die Zeugen und Sachverständigen bitte ich, morgen früh um zehn Uhr sich einzufinden zu wollen. Die Sitzung ist geschlossen.“

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Waldmannskopf. Sonntag nachmittag 4 Uhr findet bei Hoffmann, Restaurant zum „Schweizerhäuschen“, eine öffentliche Versammlung des Wahlvereins statt. Vortrag des Genossen Krieger: „Die Unzufriedenheit als Ursache des Kulturfortschrittes“. Diskussion, Johann Vortrag des Genossen und Gemeindevorstandes Adam: „Kommunale Angelegenheiten“. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Repton. Heute abend 9 Uhr findet bei Jul. Schmidt, Kieffholzstraße 22, ein gemütliches Familien-Versammlungsfeiern statt, in dem Profastade und Gedächtnis zur Verlesung gelangen. Wir bitten alle Genossen, mit Familie zu erscheinen.

Grünau. Wegen Verhinderung des Referenten findet die Versammlung des Wahlvereins nicht morgen, sondern am 12. März statt.

Lokales.

Keine Kuh' bei Tag und Nacht.

Der § 300 Abs. 11 des Strafgesetzbuchs hat im Kampfe gegen die Arbeiterkassette bekanntlich eine Art Verhütung erlangt, indem Polizei und Gerichte politische Handlungen, die sonst nicht zu paden waren, mit freier Hand zu grobem Unfug stampelten. Wo das Gesetz auf diese Weise benutzt wird Handlungen gegenüber, die der Geizhals nicht treffen wollte, entsteht die natürliche Konsequenz, daß der § 300 dort versagt, wo nach dem natürlichen Rechtsempfinden keine Anwendung am Plage wäre. Das zeigt eine in den „Blättern für Rechtspflege“ mitgeteilte Entscheidung des Kammergerichts.

Ein Schankwirt hatte eines nachts in seinen Schankräumen eine geschlossene Gesellschaft von Mitgliedern eines Vereins als Gäste gehabt und diese hatten nachts stundenlang solchen Lärm verübt, daß ein darüber wohnender Herr in seiner Ruhe gestört wurde und der Lärm im ganzen Hause und in den Nebenhäusern

gehört werden konnte. Hierfür war der Wirt auf Grund des § 300 Ziffer 11 bestraft worden, weil er die Pflicht und auch die Macht gehabt habe, den Lärm zu verhindern und durch Unterlassung dieser Verhinderung diese Pflicht veräußert habe. Das Kammergericht hat diese Ausführung für rechtskräftig erklärt und u. a. folgendes ausgesprochen: § 300 Ziffer 11 bedrohe nur denjenigen mit Strafe, der eine den Lärm hervorruhende Tätigkeit entfaltet hat, sei es nun unmittelbar, indem der Lärm von ihm selbst ausgeht, sei es mittelbar, indem er durch sein Tun andere Personen zum Lärm veranlaßt hat. Seine Unterlassung erfüllt den Tatbestand dieser Straftat nicht. Eine Rechtspflicht eines Schankwirts, für den Lärm seiner Gäste in der Weise einzutreten zu müssen, daß er für dessen Nichtverhinderung selbst strafrechtlich in Anspruch genommen, daß die von den Gästen verübte Straftat als von ihm begangen angesehen werden darf, kann nicht anerkannt werden. Die Gäste stehen dem Schankwirts nicht als willens- und bewußtlose Werkzeuge gegenüber, sondern als selbständige Wesen mit eigener strafrechtlicher Verantwortlichkeit. Für den durch sie verübten Lärm kann er so wenig strafrechtlich verantwortlich sein, wie für eine sonstige in seinen Räumen verübte Straftat gegen die öffentliche Ordnung nur deshalb, weil er sie nicht verhindert hat. Es könnte nur in Frage kommen, ob Angellagerter als Mittäter, Anstifter oder Gehilfe anzusehen ist, dies war aber zu verneinen, da ein positiver Tun des Angellagerter nicht festzustellen war. Aus Erbarmen für den ruhebedürftigen Teil der Menschheit wird diese Entscheidung von den Gastwirten hoffentlich nicht rücksichtslos ausgenutzt werden.

Die Stadtverordneten-Versammlung stimmte in ihrer vorgestrigen nicht öffentlichen Sitzung der Anstellung der Hilfsarbeiterinnen des statistischen Amtes Dangel, Richter, Tamanti, Wäcker und Vanke als Gemeindebeamtinnen zu. Damit ist eine neue Beamtensategorie geschaffen worden, denn bisher gab es in Berlin keine Gemeindebeamtinnen.

Aus der Magistratsitzung. Der Antrag der Deputation der städtischen Gaswerke, wonach für Erweiterung und Erneuerung der Gaswerke für das Etatsjahr 1905/06 727 500 M. und für Erweiterung des Rohrnetzes 1 900 000 M., im ganzen 2 627 500 M. zur Verfügung gestellt werden sollten, wurde heute vom Magistrat genehmigt. Die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung wird in einer besonderen Vorlage nachgefragt werden. In der gestrigen geheimen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde dem Antrage auf Verleihung des Bürgerrechts an den früheren Theaterdirektor Adolf Ernst zugestimmt. Betriebsdirektor Schimming von den Gaswerken wurde auf sechs Jahre wiedergewählt, und der Anstellung des Direktors Goltz vom Zentralvieh- und Schlachthof als Gemeindebeamter unter Erhöhung seines Gehaltes zugestimmt.

Eine Änderung des Schornsteinfegerwesens erstrebt der Bund der Haus- und Grundbesitzervereine „Groß-Berlin“. In seiner letzten Sitzung hat er beschlossen, mit allen Kräften bei den zuständigen Behörden dahin zu wirken, daß die heute auf vollständig veralteten Verhältnissen beruhenden Vorschriften für die Ausführung des Schornsteinfegerwesens den technischen und wirtschaftlichen Zuständen der Zeit entsprechend geändert werden. So soll in erster Linie das System und dann die Willkürlichkeit in der Normierung der Arbeitlöhne in den einzelnen Bezirken mit gleichmäßiger Bebauung beseitigt werden. Zur Vorprüfung der einschlägigen Fragen ist ein zehngliederiger Ausschuß eingesetzt worden, der seine Vorschläge den einzelnen Bezirken demnächst zur Beratung unterbreiten soll.

Die Schwindelfirma Graf Dieke, über die wir vorgestern allerhand erbauische Dinge berichteten, hat ihren Vorteil in jeder Weise nutzlos wahrzunehmen gewußt. Hierbei geschah es denn, daß ihr Angestellter Regensteiner sich wiederum auf Kosten der Firma gütlich zu tun wußte. Das Treiben der Schwindelfirma hat schon vor Wochen die Kapazität beschäftigt, wenn auch damals noch keiner mit der Möglichkeit strafrechtlicher Einschreiten rechnete. In der Zeitschrift „Der Zeitungsvorlag“ vom 16. Februar findet sich folgende Zuschrift der Metallindustriellen Rundschau“ abgedruckt:

Einer unserer Vertreter machte bei der „Produkten-Industrie“ E. Dieke“, Berlin, eine Offerte zwecks Insertion, wurde aber von einer Angestellten mit dem Bemerkten abgewiesen, er solle sich schriftlich bewerben; dies taten wir auch. Nach einigen Tagen erhielten wir von einem Herrn M. Regensteiner bezüglich unserer Offerte einen Brief, worin er um den Besuch unseres Vertreters nach seiner Privatwohnung bat. Dieser ging hin und Herr Regensteiner, Geschäftsführer der Firma E. Dieke, versprach, für diese einen Insertionsauftrag in Höhe von 516 M. zum anderen Tage, unter dem Vorwande, bis dahin ein Inserat auszuarbeiten und seinem Chef vorzutragen. Statt dessen sandte dieser Herr einen Brief, worin er uns mitteilte, daß er sehr gerne den Auftrag erteile, sobald wir beifolgenden Vertrag unterzeichnen würden. Ueber diese Handlungswiese stellte unser Vertreter Herrn Regensteiner zur Rede, worauf dieser zur Antwort gab, daß er Aufträge seiner Firma (bei welcher er in Lohn und Brot steht) nur erteilt, wenn er eine hohe Provision erwirken kann!

Der Vertrag lautet: „Uebereinkommen. Zwischen dem Kaufmann M. Regensteiner zu Berlin S. 42, Wassertrichterstraße 45a, einerseits und ... andererseits ist heute folgender Vertrag vereinbart und geschlossen worden: ... verpflichtet sich für jeden Insertionsauftrag, den ... durch Vermittlung des Kaufmanns M. Regensteiner oder von diesem direkt erhält und annimmt, dem Kaufmann M. Regensteiner eine Provision von ... Prozent des Nettovertrages des betreffenden Inserates zu gewähren. Dieser Provision ist sofort nach erfolgter Annahme des Insertionsauftrages seitens ... auf einmal fällig und zahlbar, so daß bei einem mehrmals zu veröffentlichen Inserate die Provision von dem genannten Preise für die ganze Erscheinungsdauer des Inserates im voraus zu entrichten ist. Ähnliche Nebenabreden neben diesem schriftlichen Vertrage sollen keinerlei Gültigkeit haben, und ebenso soll jede Aufrechnung gegen Forderungen aus diesem Vertrage seitens beider Parteien ausgeschlossen sein. Als Erfüllungsort für alle vertraglichen Leistungen aus diesem Vertrage ist Berlin vereinbart, und soll das königliche Amtsgericht I Berlin für alle sich aus dem Vertrage ergebenden Rechtsstreitigkeiten ohne Rücksicht auf die Höhe des Streitgegenstandes zuständig sein.“

Der „Zeitungsvorlag“ schreibt dazu: Wir wollen es zunächst dahingestellt sein lassen, ob hier eine vom Angestellten angelegene Bestechung vorliegt oder nicht. Zweifellos ist das Verfahren des Herrn M. nicht zu billigen und gerichtet auch der Firma zum Nachteil. Einmal wird nämlich ihr Vorteil schlecht gewahrt, wenn ihre Angelegenheit nicht nach ihrem Interesse, sondern je nach der „Provision“ des Herrn M. vergeben werden, zum anderen muß sie bei Wiederholung eines Auftrages diese Provision gewiß selber mitbezahlen. Es ist bekannt, daß in manchen anderen Geschäften ähnliche Mißstände herrschen, und wir sind gern bereit, auch ihnen durch Veröffentlichung der Namen zu steuern.

Spielstapel und Lungenheilkunde. Zur Errichtung von Lungenheilstätten soll, wie gemeldet, eine Lotterie veranstaltet werden, welche höheren Ortes bereits genehmigt worden ist. Nach dem jetzt vorliegenden Plane soll das Spielkapital 3,2 Millionen Mark, der Reinertrag 800 000 M. betragen. Die Ziehung der ersten Serie (400 000 Lose à 2 000 M.) wird in den Tagen vom 16. bis 23. Dezember d. J. stattfinden; es werden dabei 10 870 Gewinne im Gesamtbetrage von 575 000 M. zur Verlosung kommen.

Die Schulden des Bauunternehmers John aus Järsenwalde, der den dreisten Wandanfall auf den Kassendoten Schmauß verübte, dürften sich nach den bisherigen Feststellungen auf weit über eine Million Mark belaufen. Ihn gehören insgesamt 34 Häuser, die jedoch derartig belastet sind, daß an eine Deckung der Forderung

gar nicht zu denken ist. Die Lage Johns war eine verzweifelte, da zahlreiche Forderungen und Wechselverbindlichkeiten Ende Februar fällig waren, so daß der Konkurs nicht verhindert werden konnte. Durch den Bankrott sind zahlreiche Järsenwalder Bewohner, die den für sehr reich gehaltenen Mann bedeutende Geldbeträge geliehen haben, in Mitleidenschaft gezogen worden. Man brachte John umsomehr Vertrauen entgegen, als man darauf rechnete, daß der vermögende Schwiegervater des Bauunternehmers im Notfalle für diesen eintreten würde.

Ein uniformierter Betrüger hat im Zentrum der Stadt guten Erfolg gehabt. In der Umgegend des Alexanderplatzes findet sich in Uhrmacherläden in der Kleidung eines Straßenbahnfahrers ein etwa 30-jähriger Mann mit rötlichem Gesicht, ein, stellt sich als Schaffner vom Bahnhof Schönhauser Allee vor und bestellt für seine verloren gegangene Uhr eine neue. Für die kurze Zeit, die zum Abgeben der Uhr nötig ist, leiht er eine andere. Wenn die neue Uhr in die angegebene Wohnung geschickt wird, ist der Besteller nicht zu finden. Er nennt sich August Koblenz, Linienstr. 103, Ferdinand Fleming, Linienstr. 107, Hermann Brieger, Linienstr. 184, und hat nach den bisherigen Feststellungen sieben Uhrmacher hineingelegt. Auch einen Gastwirt nahe am Straßenbahnhof Schönhauser Allee hat er überlistet. Er bat um kleines Geld für ein Zwanzigmarskstück und ging damit fort, ohne das Goldstück dem unachtamen Wirt auszuhandigen. Der Schwindler spricht die mecklenburgische Mundart.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche gesehen haben, wie Mittwoch vormittags 7 1/2 Uhr an der Kottbuser Brücke ein Mann vom Straßenbahnwagen stürzte, werden dringend gebeten, sich im Kontor der Buchdruckerei Vorwärts, Lindenstr. 63, zweiter Hof, zwei Treppen zu melden oder dorthin ihre Adressen einzuliefern.

Selbstmord eines Gymnasialen. Der als vermisst gemeldete Oberleutnant Raff Davidsohn hat sich gestern abend auf der Polizeiwache in der Dönhofsstraße durch einen Revolverkugeln in die rechte Schläfe getötet. Der junge Mann, dessen Eltern an der Spannbauerstraße ein Weinwarengeschäft betrieben hatten, wurde nach deren Tode von einem Onkel, dem Rentier D. aus der Ullandsstraße 152 zu Wilmersdorf, erzogen, der ihn das Gymnasium in Freienwalde besuchen ließ. Am letzten Sonntag vollendete er sein 17. Lebensjahr, und der Tag sollte bei dem Onkel festlich begangen werden. Der junge Mann reiste am Sonnabendmittag aus Freienwalde ab, traf aber nicht in Wilmersdorf ein und lebte auch nicht in die Schule zurück. Gestern abend um 10 1/2 Uhr traf ihn ein Bekannter in der Kommandantenstraße und ließ ihn — weshalb wird nicht berichtet — durch einen Schußmann nach der Polizeiwache 40 in der Dönhofsstraße bringen. Dort schoß sich der junge Mann in einem unbewachten Augenblick eine Kugel in die Schläfe. Er wurde nach einem Krankenhause gebracht, starb aber dort bald nach seiner Einlieferung. Die Veranlassung zur Tat ist weder seinen hiesigen Verwandten, noch in Freienwalde bekannt.

In dem Einbruchdiebstahl bei der Juwelierfirma Grünbaum in der Großen Frankfurterstraße wird weiter gemeldet, daß es der Polizei in Köln a. Rh., wo die Fehler festgenommen wurden, noch nicht gelungen ist, die eigentlichen Diebe zu ermitteln, doch werden die Nachforschungen nach ihnen mit großem Eifer betrieben. Ueber die Verhaftung der Diebe wird berichtet:

Die Polizei in Köln hatte in Erfahrung gebracht, daß die drei Juwelendiebe ein Paket mit Schmuckgegenständen, die aus dem Einbruch bei der Firma Grünbaum herrühren, in der Schiffhäuserstraße Josefstraße abholen und nach dem Vororte Mettenberg bringen wollten. Es wurden daher sofort mehrere Kriminalbeamte nach der Schiffhäuserstraße beordert, die sich dort versteckt hielten. Bald darauf kamen mit einer Droschke drei junge Leute angefahren, die das bewußte Paket bei sich trugen. Die Beamten folgten unauffällig der Droschke. In der Nähe der Burgunderstraße sprangen plötzlich zwei der Insassen aus der Droschke und suchten das Weite, während der dritte mit dem Paket schleunigt weiterfuhr. Sofort wurde die Verfolgung der beiden aufgenommen; da sie aber einen großen Vorsprung hatten, gelang es ihnen schließlich, durch ein Haus nach der Burgunderstraße hin zu entkommen. Die Beamten eilten nun nach Mettenberg und beschlagnahmten in einer Wirtschaft das Paket, das der inzwischen mit der Droschke fortgefahrenen Dieb dort zurückgelassen hatte. In dem Paket befanden sich für mehrere Tausend Mark wertvolle goldene Uhren nebst Ketten, ferner Brillantringe, Kadeln und Droschen. Am anderen Tage gelang es der Polizei, drei Personen wegen Fehlerrei und Fluchtbegünstigung in dieser Sache zu verhaften, darunter den Bruder eines der Diebe, in dessen Wohnung die Einbrecher ursprünglich ihren Raub geborgen hatten. Die eigentlichen Diebe selbst sind erlarmt; zwei von ihnen sind junge Burschen aus Köln, der dritte stammt von anderswärts; sie waren gut gekleidet und hatten sich durch größere Geldausgaben verdächtig gemacht. Ihre Festnahme wird voraussichtlich bald erfolgen.

Ein Räuberfall.

Romanhaft klingt die Schilderung eines räuberischen Ueberfalles, dessen Opfer die 21-jährige Buchhalterin Else Schürrod in der Lotteriet-Ginnahme von Mylius, Prinzenstr. 68, angeblich geworden ist. Aus der Kasse fehlen fünf Hundertmarkstücke und 200 Mark in Jahnmarkstücken, die die Räuber mitgenommen haben sollen. Als am Freitag mittag ein Kassenbote und gleich darauf auch andere Kunden das Lotteriegeschäft betraten, lag die Buchhalterin in dem Kontorraum, der im ersten Stock des Hauses besogen und gleich von der Treppe aus zugänglich ist. Sie hatte einen Koffer aus Stoff im Mund. Während das junge Mädchen davon befreit wurde, erschien der Lotteriet-Einnahmer Mylius, der sich in dem Nebenzimmer mit seiner Ehefrau und einer Bekannten befand und überhaupt nichts gemerkt hatte. Else sah nun an, daß ein Herr im Kontor erschienen sei und sie durch die Frage nach einer Bronze, wie sie in dem Geschäft von Mylius vorrätig ist, aus dem abgeforderten Lotterieraum herausgelockt habe. Dann sei sie plötzlich im Rücken angegriffen, zu Boden geworfen, gefesselt und gelübbelt worden, habe gesehen, daß der Räuber sich den Kassengeldern zuwandte und dann die Bestimmung verloren. Herr Mylius glaubt, daß der Körper der Buchhalterin ganz kalt gewesen sei, als sie aufgefunden wurde. Wertwichtig ist, daß kein Hülsenriehörte, und daß auch sonst kein Geräusch, wie es bei einem Ueberfall unvermeidlich ist, in das Nebenzimmer gedrungen ist. Auch sind keine Zeichen einer Fesselung zu sehen, auch hat Herr Mylius kein Fesselungswerkzeug bemerkt. Obgleich das junge Mädchen durch das bisherige Verhalten keinen Verdacht hervorgerufen hat, so erscheint die Sachlage doch noch keineswegs klar. Freuden Schürrod verbleibt bei der Darstellung über den Verlauf des räuberischen Ueberfalles. Nähere Aufklärung kann erst die genaue Untersuchung durch die Kriminalpolizei erbringen.

Ein Eiferjagdrama hat sich in der letzten Nacht gegen 12 Uhr in dem Hause Große Präsidentenstr. 3 abgespielt. Dort hat der 35-jährige Schuttmannsdachmeister Nicolettes aus der Grünholerstraße, ein verheirateter Mann und Vater von vier Kindern, der seit 1 1/2 Jahren von seiner Familie getrennt lebt, in einem Anfall von Eifersucht seine Geklebte, die 32-jährige Schankwirtin Anna Krause, die ein Lokal mit weiblicher Bedienung unterhält, mit seiner Waffe mißhandelt. Er, der angetrunken war, leistete auch noch den zu seiner Enttarnung herbeieilenden Schuttmannsdachmeisterlichen Widerstand und zerteilte die Türschrauben des Lokaleinganges. Ein Polizeileutnant, der mit vier Schuttmannsdachmeister anrückte, ließ den Lebenden einweisen zu seiner Ausnüchterung und im Hinblick auf die drohende Haltung des Publikums gegen den Erzelebten unter Bewachung in einem Raume des Lokals einschließen, bis sich die angesammelte Menschenmenge verlaufen hatte. Die verletzte Frau Krause hat bei dem Ueberfall eine Reihe leichter Verletzungen am Kopfe davongetragen.

Ein geheimnisvoller Vorgang spielte sich in der Nacht zum Donnerstag an der Cornelius- und Nauchstrafen-Ecke ab. Dort war eben eine junge, unbekannte Frauensperson in das Wasser gesprungen und in den Fluten des Landwehrkanals verschwunden, als ein Herr eine in der Nähe haltende Droschke bestieg und sich nach dem „Westfälischen Hof“ in der Mittelstraße fahren ließ. Der Mann, der dem Droschkenfahrer sehr aufgeregt zu sein schien, teilte diesem unterwegs mit, daß er Zeuge gewesen sei, wie ein Mädchen in das Wasser sprang und unterging. Der Kutscher hat der Polizei Anzeige erstattet, die aber bisher die Persönlichkeit des Mädchens festzustellen nicht imstande war. Nach den Darstellungen des Kutschers kann der Fahrgast mit dem Vorfall in Zusammenhang gebracht werden. Er wird daher aufgefordert, sich bei der Polizei zu melden.

Feuerbericht. Eine ganze Reihe Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Nach der Ackerstr. 11/15 wurde sie gerufen, weil hier in einem Keller ein größeres Feuer ausgebrochen war, das allerlei Gerümpel und alten Hausrat ersaft hatte. Der 18. Löschzug mußte längere Zeit Wasser geben, um die Flammen zu ersticken. — Zwei weitere Kellerbrände entstanden dann in der Lychenerstr. 128 und in der Liegnitzerstr. 24, konnten aber mit Leichtigkeit abgelöscht werden. — Viel Arbeit machte dagegen der Wehr ein Dachstuhlbrand, der abends gegen 7 Uhr in der Brunnenstr. 101 auf nicht ermittelte Weise zum Ausbruch kam. Bei Anbruch des ersten Löschzuges brannte bereits der größte Teil des Dachstuhles vom rechten Seitensügel und die Gefahr lag nahe, daß die Flammen auf das Nebenhaus Nr. 100 übersprangen. Es wurde daher auch von hier aus der Hauptangriff vorgenommen und tüchtig Wasser gegeben. Immerhin dauerte es doch fast eine Stunde, bevor die Gefahr als beseitigt gelten konnte. Der Dachstuhl wurde fast vollständig vernichtet. — Kurz vorher mußte in der Colheniusstr. 20 ein Schaufenster- und in der Gütchenerstr. 98 ein Ladenbrand abgelöscht werden. — Die übrigen Alarmierungen, die noch aus der Feuertage 57, Prenzlauer Allee 24 und noch aus verschiedenen Orten einliefen, waren auf „blinden Lärm“ zurückzuführen.

Hirtus Schumann. Im Programm des neuen Monats tritt namentlich Herr Thompson mit seinen dressierten Elefanten hervor. Die vier Dichtkünstler sind von außergewöhnlicher Gelehrsamkeit, und wenn sie an geistiger Bedeutung auch den klugen Hans nicht ganz erreichen, so zeichnen sie sich in ihren Produktionen durch um so beachtenswertere Zuverlässigkeit aus. Ein Totensprung, den der Elefant Mary ausführt, beweist, daß auch im Reiche der Nüsseltiere die Eleganz kein leerer Wahn ist. Gewiß ist die Intelligenz der Elefanten verblüffend, aber daß diese Tierfamilie sich auch von der angeborenen Schwärzlichkeit des Erdensäußers emanzipieren kann, beweist Herr Thompson unbefristet. Was man den Paradeschritt auch wieder bei Menschen wie bei Tieren als Bekundung besonderer geistiger Größe ansehen, so zeigen die Scherze, die die Dichtkünstler sich mit ihrem Herrn und Meister erlauben, doch von sehr feiner Auffassung der Elefantenrechte. Auch der übrige Teil des Programms enthält viele beachtenswerte Dressurnummern. Die Ausführung der Nordlandsreise erregt nach wie vor das Interesse des Publikums.

Theater. In Gerhart Hauptmanns Nocturnus „Eiga“, der im Lessing-Theater heute Sonnabend zum erstenmal zur Aufführung gelangt, sind die Rollen wie folgt besetzt: Ein Ritter — Hans Marr; der Diener des Ritters — Oskar Fuchs; ein Mönch, ehemals Graf Starischensky — Rudolf Ritter; Gestalten im Traum des Ritters: Graf Starischensky — Rudolf Ritter; Marina, seine Mutter — Margarete Albrecht; Eiga, seine Frau, Irene Trisch; Al. Eiga, sein Töchterchen — Al. Eise Heinrich; die Amme — Leonie Pöppler; Dimitri und Grijahla, Eigas Brüder — Leopold Knob, Kurt Sittler; Dymok, Eigas Vetter — Alwin Reuß; Timoska, Hausverwalter — Emanuel Reicher; Dorika, Eigas Kammerjose — Eise Schiff. Die Vorstellung beginnt um 8 Uhr. — Im Lustspiel „Haus“ fand Donnerstag abend die 100. Aufführung von Stadelburgs „Familientag“ vor vollständigem Hause statt. — Im Schiller-Theater N (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater) geht heute, Sonnabend, zum letztenmal „Fahmann Henschel“ in Szene. Die letzte Wiederholung dieses Stückes im Schiller-Theater O. steht für Sonnabend, den 18. März, aus.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania in der Taubenstraße finden am Sonntag, Montag, Mittwoch und Sonnabend die Erstaufführungen des Vortrages „Der Simpson und sein Gebiet“ statt. Am Dienstag und Donnerstag spricht, wie bereits angekündigt, Herr Professor Dr. Nordenskiöld aus Stockholm über seine Erlebnisse während seines zweijährigen Aufenthalts im ewigen Eise des Südpols, und am Freitag wird noch einmal der Vortrag „Lieberlein in der Wildnis“, welcher mit Momentbildern des Afrikareisenden C. G. Schillings ausgestattet ist, wiederholt. — Im Hörsaal spricht am Sonntag Herr Dr. Donath über „Straßen jenseits des Lichtspektrums“ und am Sonntag über „Kathodenstrahlen“.

Aus den Nachbarorten.

Weissenfee.

Mertens verhaftet!

Der seit voriger Woche vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II verhandelte Prozeß gegen den wegen Verleumdung des Amtsvorstehers Feldmann in Weissenfee angeklagten Molkereibesitzer Ernst Mertens war gestern bis zur Beendigung der Beweisaufnahme gebiegen. Staatsanwalt Walter beantragte gegen Mertens ein Jahr acht Monate Gefängnis. Er führte aus, daß die Beweisaufnahme die völlige Unbegründetheit der vom Angeklagten gegen den Nebenkläger erhobenen schweren Vorwürfe ergeben habe. Dem Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Stodt, erschien die beantragte Strafe noch nicht hoch genug bemessen. Er wies darauf hin, daß der Angeklagte in überaus hartnäckiger Weise den Nebenkläger ganz systematisch beleidigt und sogar, nachdem ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet worden war, durch Herausgabe neuer Broschüren die Verleumdungen noch in verstärkter Form fortgesetzt habe. — Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Jung, beantragte hierauf, die Verhandlung bis Sonnabend zu verlagern und ihm dann erst das Wort zu seinem Plädoyer zu verstaten. Der Gerichtshof entsprach diesem Antrage, beschloß aber gleichzeitig die sofortige Verhaftung des Mertens, da dieser mit Rücksicht auf die Höhe der zu erwartenden Strafe fluchtverdächtig sei.

Schöneberg.

Der diesjährige Gemeindeful-Stat, dessen Feststellung in der letzten Stadterordnetenversammlung erledigt wurde, schließt ab mit einer Ausgabe von 785 495 M., der eine Einnahme von 18 923 M. gegenüberübersteht, so daß ein Zufluß von 766 572 M. erforderlich ist; gegenüber dem vorigen Jahre beträgt das Mehr an Aufwendungen 62 664 M. Den größten Teil umfassen die persönlichen Ausgaben (Lehrergehälter 487 970 M., Beiträge zur Alterszulageklasse 151 679 M., Verwaltungskosten, Dienstentlohnungen der Schuldner usw.). Die Verwaltungskosten betragen 6075 M., für Unterrichtsmittel werden nur 13 386 M. ausgegeben, für Heizung, Beleuchtung und Reinigung 32 700 M. Die Ausgaben für Schul-Brausebäder sind gegen das Vorjahr um etwa 200 M. gesunken (von 1380 M. auf 1185 M.). Vorhanden sind solche in sieben Schulen (der 6., 7., 8., 10., 12., 13. und 14. Gemeindeful-). Da nun zurzeit zwölf Gemeindeful mit etwa 12 000 Schülern besetzen, so ist selbstverständlich eine große Anzahl Kinder von der Benutzung der Brausebäder-Anlagen ausgeschlossen. Von der Inangriffnahme der Volksbadeanstalt, zu welcher die Mittel längst bewilligt und die Pläne seit Jahren schon wohlverwahrt im Stadtbauamt

ruhen, hört man auch in diesem Jahre nichts. Vielleicht rechnet man in maßgebenden Kreisen damit, daß in den neuerwandten und noch entstehenden Stadtvierteln die Wohnungen mit Badegelegenheit bereits versehen sind, freilich nicht für Proletariat!

Der Verein zur Förderung der Kunst veranstaltet am Sonntag abend 7^{1/2} Uhr in der Aula der Hohenzollernschule, Belgierstraße, seinen dritten Kunstabend (Festsings-Kunst). Billetts a 30 Pf. sind in der Parteispedition zu haben. Der Besuch kann den Parteigenossen auf das wärmste empfohlen werden.

Lichtenberg.

Die gestern stattgefundene Kaufmannsgerichtswahl ergab folgendes Resultat: Von 68 Wählern gaben 47 ihre Stimme ab, die, da freies Listensystem bestand, je sechs Stimmen vertraten. Die Liste des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands erhielt 75 Stimmen; die Christlich-Deutsche antisemitische Kompromißliste 173 Stimmen; der Zentralverband würde zwei Stimmen stellen, da er aber nur einen nominiert hat, fallen der Kompromißliste fünf statt vier zu.

Eine Art Massenbewegung gegen die von der Stadt Berlin geplante Errichtung einer Abdeckeri in Plankensfeld ist bekanntlich in den nördlichen Vororten entstanden. Zu dem kürzlich unter Vorsitz des Amtsvorstehers Schulte in französisch-Buchholz abgehaltenen Termine zur Einigungsverhandlung waren von Berlin Stadtrat Fischel und Stadtbaurat Strahmann delegiert worden. Aus den protestierenden Gemeinden hingegen waren etwa 400 Personen, darunter viele Gemeindevorsteher und Gemeindevorsteher erschienen. Von Einzelpersonen sind 1300 und von Gemeinden und Vereinen 950 Einsprüche eingegangen; auch einige Vereiner befinden sich unter den Protestlern. Eingehend schilderten die Vertreter Berlins die Anlage und betonten, daß die Befürchtungen wegen über Geräusche unbegründet seien, doch hätten diese Aufklärungen nichts und es kam dahin, daß beide Herren demonstrativ den Saal verließen. Die Angelegenheit soll nun durch alle Instanzen verhandelt werden. Vor dem Kreisaußschuß wollen die Protestler sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen. Dem Umstand, daß auch das Hofjagdamt an der Massenbewegung teilnimmt, schreiben die Protestler u. a. zu, daß ihre Sache erfolgreich enden werde.

Durch zwei Revolvererschüsse wurde gestern nachmittag der Kutscher Manigel aus Steglitz schwer verletzt. Der Verletzte geriet auf einem Neubau in der Obenwaldstraße zu Friedenau mit dem Wasserträger Behmann aus Steglitz in Streit, in dessen Verlauf der Behmann plötzlich einen Revolver aus der Tasche zog und zwei Schüsse auf Revolver, von denen der eine in die linke Schulter, der zweite in die linke Brust drang. Nach dieser Heldentat ging der rote Mensch seiner Wege, da sich niemand aus dem Publikum an ihn heranzuwagen und Polizei nicht zur Stelle war. Dem Verletzten wurde auf der Sanitätswache die erste Hilfe zuteil.

Wilmersdorf. Die Einwohnerzahl unseres Ortes betrug am 1. März d. J. 56 327; seit der letzten Volkszählung hat sich die Bevölkerung um 25 056 Seelen, oder um 83,65 Proz. vermehrt.

In Teltow ist der Zimmerer Karl Wodler gestern abend kurz vor 1/2 Uhr tödlich verunglückt. Aus unbekannter Ursache stürzte Wodler plötzlich von der Mützung des Neubaus ab, den die Neue Papierfabrik Teltow sich errichten läßt. Der Tod trat nach einer Stunde ein. Wodler ist 42 Jahre alt geworden; er war verheiratet und hinterläßt eine Witwe mit einem Kinde.

Theater.

Apollo-Theater. Der Name Joseph Hellmesberger lockt uns vorgestern (Donnerstag) ins Apollo-Theater. Es handelt sich um den Repräsentanten der dritten Generation einer Wiener Künstlerfamilie, deren Großvater Lehrer von Joachim und anderen, deren Vater jahrzehntelang Oberregier, und zwar ein wirklich guter war, und deren Sohn beizzeiten in eine bis zum „Hof“ und Professor führende Laufbahn hineinschob oder hineingeschoben wurde. Außerdem hat er mehrere Operetten und Ballette gemacht. Sein neues „Weilchenmädels“ paßt ins Variété. Text: 200 000 M. für die verwaiste Jugend. Musik: 200 000 mal Gefängnis. Dramatischer Zusammenhang zwischen Musik und Text: 200 000-maliges Abspringen in Potpourriweise. Hoffentlich bemerkt niemand nach dem Maße dieser Tragen Musik mit ihren schwerfälligen Väsen den Reichtum, den Wiener Grazie und Kunstidealismus entfalten könnten, wenn sie dürften. Doch der Abend war unterhaltsam.

Wehr als das war zum Teil das Singen. Ein Gast aus Wien, Willi Bauer, überraschte durch eine gut gebildete Tenorstimme, wie sie auch oberhalb der Variété-Operette nicht häufig ist. Josephine Vestori kennen wir bereits als einen der besten Subrettensopranen; diesmal machte sie in der Titelrolle einen besonders günstigen Eindruck. Nach ihr verdienen Annie Thara u und Ida Perry sowie unter den Sängern Bruno Wellmann eine eigene Erwähnung. Mit welcher Kunst der Bewegung der Komiker Robert Steidl zu wirken versteht, dürfte den Besuchern jenes Rosenheimes nichts Neues sein. Das persönliche Dirigieren des Komponisten half zum Erfolg in bekannter Weise mit.

Gerichts-Zeitung.

Ein Gründerschild.

Der Ingenieur und Kaufmann Hans Schrader hatte sich gestern vor der siebenten Strafkammer wegen Betruges in 15 Fällen und versuchten Betruges in fünf weiteren Fällen zu verantworten. Der bisher unbescholtene S. wurde beschuldigt, in der Zeit vom November 1903 bis zum April 1904 eine große Anzahl Kautionschwindelsien begangen zu haben. — Der Angeklagte stammt aus einer hochachtbaren Familie, er besuchte ein Realgymnasium in Hamburg bis zur Prima und wollte dann eine technische Hochschule besuchen. Schon als Hospitant machte er einige kleine Erfindungen auf technischem Gebiete, unter anderem auch eine sehr gut konstruierte automatische Kesselspeisepumpe. Mit Hilfe von Verwandten errichtete S. in Friedrichshagen eine Maschinenfabrik kleineren Umfangs, die jedoch von Anfang an sich nicht recht rentierte. Schließlich beschäftigte der Angeklagte nur noch einen Schlosser. Das ganze Unternehmen brach im Frühjahr 1902 zusammen, im Mai mußte S. in Köpenick den Offenbarungseid leisten. Nunmehr versuchte er es in Berlin mit einem neuen Erwerb. Er fabrizierte eine neue Lackfarbe und brachte sie unter dem Namen „Opantia“ in den Handel. Aber auch hiermit hatte er einen negativen Erfolg, er geriet in mögliche pekuniäre Verhältnisse, die ihm den letzten moralischen Halt raubten und ihn zum Kautionschwindler herabstufen ließen. Die Bekanntheit eines Seifenfabrikanten mußte der Angeklagte dazu aus, einer großen Anzahl von Leuten, die sich eine Existenz gründen wollten, das sauer ersparte bezw. erst geliehene Geld als angelegliche Kautions abzunehmen. Durch Inserate machte er bekannt, daß ein Seifenfabrikant anständige Leute suche, denen er gegen Stellung einer Kautions, in den verschiedenen Stadtteilen Pitalen einrichten wollte. Es meldete sich eine große Anzahl Leute, die sich eine Existenz gründen wollten und nun die günstigste Gelegenheit hierzu gefunden zu haben glaubten. Der Angeklagte richtete verschiedene Leuten, die sich zum Teil die zur Kautions erforderlichen Summen erst zusammenbringen mußten, Geschäfte ein, vorzugsweise in Noabit in der Vosselstraße, Weidowstraße und in der Gerhardtstraße. Den betreffenden Leuten wurde versprochen, außer einem gewissen Gehalt sie noch prozentual am Gewinne zu beteiligen. Sie bezogen die Läden — und konnten sich mitunter wochenlang an den vier kassen Wänden fast sehen, denn weder Waren noch Gehalt oder sonst etwas erhielten sie, da der Angeklagte gar nicht in der Lage war, Waren zu liefern. Als die verschiedenen „Zitallisten“ endlich Geld oder Waren verlangten, mußten sie die unangenehme Ent-

bedung machen, daß sie einem Sachwalter in die Hände gefallen waren. Derartige Kautionschwindelsien gelangen dem Angeklagten in 15 Fällen. Vor Gericht bestritt S. sich irgendwie schuldig gemacht zu haben. Der Gerichtshof gelangte jedoch durch die Beweisaufnahme zu der Überzeugung, daß der Angeklagte als Kautionschwindler operiert hatte. Das Urteil lautete dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 2 Jahre Gefängnis, 3 Jahre Ehrverlust bei sofortiger Verhaftung.

Der Königsberger Skandalprozeß vor dem Reichsgericht. Wegen Verleumdung durch die Presse sind am 1. Dezember v. J. vom Landgericht Königsberg verurteilt worden der Redakteur des Königsberger „Japper“, Julius Weselin zu zwei Jahren vier Monaten und der Geschäftsführer Friedrich Starke zu fünf Monaten Gefängnis. Nach den Feststellungen des Gerichts dient das genannte Blatt nur der Sensation. Starke, welcher eine Weinprobe leitete, hat dem Angeklagten Weselin Material zu zwei beleidigenden Notizen gegeben. Beleidigt sind der Polizeipräsident, eine Gräfin, ein Fräulein und ein Konfistorialrat. — Die Revision der beiden Angeklagten kam gestern vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Sie erhoben materielle und prozessuale Rügen; St. insbesondere rügte Verletzung des § 193, da er überzeugt gewesen sei, daß der Polizeipräsident ihn verfolgte. — Der Reichsanwalt beantragte Aufhebung des Urteils aus prozessualen Gründen, aber das Reichsgericht verwarf die Revision. Gerügt war u. a., daß Starke nicht über den Antrag auf Auslöschung der Öffentlichkeit gehört worden sei. Nach dem Protokoll ist allerdings den Angeklagten hierzu nicht besonders das Wort erteilt worden. Das Reichsgericht war aber der Meinung, daß sie nicht besonders aufgefordert zu werden brauchten, sich darüber zu äußern, daß es vielmehr genüge, wenn ihnen Gelegenheit gegeben war, sich zu äußern.

In dem Prozeß gegen Freiherrn von Grabow wurde bekanntlich festgestellt, daß Auskünfte Berliner Auskunfts-Bureaus über v. Grabow von den Spießgeheilen des Grabow beeinflusst worden waren. Unter den beteiligten Bureaus war in unserem Bericht die Firma Schimmelpfeng genannt. Diese Firma bittet um die Feststellung, daß in der Verhandlung Beweisen wurde, daß ihre Anstalt von Anfang an nicht günstig über v. Grabow berichtet habe.

Vermischtes.

Das Unglück in der Freyengrube. Erschütternde Szenen haben sich bei dem schweren Grubenunglück ereignet, das, wie bereits gemeldet wurde, am Mittwoch abend auf der dem Grafen Zieles-Windler gehörigen Freyengrube bei Niechowitz durch den Durchbruch schwimmender Gebirge verursacht worden ist und bei dem fünfzehn Bergleute ihren Tod fanden. Infolge des Durchbruchs war auch die Wasserhaltungsmaschine zertrümmert worden. Die Pumpen konnten daher nicht mehr arbeiten und Zoll um Zoll stieg das Wasser in der unteren Sohle. Dort lag fest eingeseilt in das Gestein und die herabgestürzten Balken der Häuser Grabowsky. Zehn Mann bemühten sich, ihn loszuarbeiten, doch Minute auf Minute stieg dahin, Viertelstunde um Viertelstunde verbram, und das Wasser stieg höher und höher am Körper des Unglücklichen empor. Grabowsky hat, ihm die Weine abzuhauen und ihn dann zu retten, ein Wunsch, der nicht erfüllt werden konnte; dann ergab er sich in sein Geschick. Nach zwei vollen Stunden sagte er den tapferen Kameraden Lebewohl, reichste ihnen die Hand und bemerkte: „Das Wasser geht mir bis zum Kinde, dann in Gottes Namen!“ Kurze Zeit später war er nicht mehr am Leben.

Neues Grubenunglück. Wie die „Schlesische Zeitung“ aus Budzierowitz meldet, sind auf dem Dolarischacht der Kalkschiefer Steinlohlengrube bei Petzowitz (Kreis Ratibor) durch einen Grubenbrand 15 Mann abgebrannt. Die Rettungsarbeiten sind im Gange. Man befürchtet, daß alle 15 Mann bereits tot sind.

Familien-drama. Der „Königlichen Volkszeitung“ zufolge warf gestern die irrsinnige Frau eines Mottenarbeiters in R o s s b a c h ihre drei Kinder in die Sieg und sprang dann selbst hinein; alle vier ertranken.

Ueberschwemmung in Oberitalien. In der Umgegend von Ravenna sind die Dämme der Deiche, welche zur Bewässerung der Kanalisation dienen, infolge andauernder Regengüsse durchbrochen. Eine Landstrecke von 20 Kilometern, meist fruchtbarer Acker, sowie zahlreiche Dörfer stehen unter Wasser. Der Schaden ist enorm, da außer der Ernte auch viel Vieh zugrunde gegangen ist.

Raubmord an Bord eines Schiffes. Als jüngst der von New York kommende Dampfer „Archmont“ in Providence eintraf, machten die Offiziere des Schiffes die Entdeckung, daß während der Nacht an Bord ein Mann ermordet worden war. Der Ermordete stammt aus Providence und hieß John Hart; er war 25 Jahre alt und zuletzt als Ingenieur auf einem elektrischen Boot angestellt gewesen. Seine Leiche lag in einer Kajüte, mit einer Schußwunde im Schadel; der Schußkanal ging vom Rücken nach dem linken Wadenknochen. Ueber den Kopf des Toten war eine wollene Decke geworfen. Hart hatte nur seine Unterleider an, die anderen Kleidungsstücke fehlten. Ebenso fehlten die Uhr, die Uhrkette, ein Ring und eine größere Geldsumme, die der Tote besessen hat. Es liegt also unzweifelhaft ein Raubmord vor. Von dem Mörder fehlt vorläufig jede Spur.

Ris de Janeiro, 3. März. Aufsehen erregt das plötzliche Verschwinden einer Kassetten aus einem Regierungsgebäude, welche über 100 000 Milreis enthielt. Ein des Diebstahls beschuldiger Ingenieur mußte wieder freigelassen werden. — Großen Schaden haben die Banken erlitten, da zahlreiche sehr geschäft gemacht Fälschungen der Anleihscheine von 1807 im Umlauf sind. Tausende sind dadurch verloren gegangen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 5. März, vorm. 8^{1/2} Uhr im Bürgerhalle des Rathhauses, Eingang Königsstr. 15-18: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. — Um 10^{1/2} Uhr vormittags in der Schul-Aula, Al. Frankfurterstr. 6: Versammlung. Vortrag des Herrn Baldes Ranasse: „Welche Aufgaben haben die freireligiösen Gemeinden zu erfüllen?“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Der Feis- und Diskantierklub „Wehr Licht“ tagt jeden Montag abends 8^{1/2} Uhr im Lokale von Knapp, Grünthalstr. 5.

Marktpreise von Berlin am 2. März. Nach Ermittlungen des Agt. Polizei-Präsidenten. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**) gute Sorte 17,45-17,48 M., mittel 17,41-17,39 M., geringe 17,37-17,35 M. Roggen**) gute Sorte 13,80-13,80 M., mittel 13,80-13,80 M., geringe 13,80-13,80 M. Futtergerste**), gute Sorte 16,40-15,10 M., mittel 15,00 bis 13,70 M., geringe 13,60-13,40 M. Hafer**), gute Sorte 16,20-15,50 M., mittel 15,40-14,70 M., geringe 14,60-14,00 M. Gersten, gelbe, zum Roden 45,00-30,00 M. Erbsenbohnen, weiße 50,00-30,00 M. Linen 60,00-30,00 M. Kartoffeln 10,00-8,00 M. Weizen 0,00-0,00 M. Ger 0,00-0,00 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80-2,00 M. Eier per Schock 5,00-3,40 M. *) Drei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 2. März. Elbe bei Magdeburg + 0,67 Meter, bei Dresden - 0,70 Meter, bei Magdeburg + 1,70 Meter. — U n r u i bei Straußfurt + 1,95 Meter. — O d e r bei Ratibor + 1,84 Meter, bei Breslau Ober-Bezel + 5,17 Meter, bei Breslau Unter-Bezel - 0,56 Meter, bei Frankfurt + 1,90 Meter. — W e i c h e l bei Strabemünde + 3,18 Meter. — W a r t h e bei Sojen + 2,10 Meter. — R e t z bei Ull + 1,55 Meter.

Briefkasten der Redaktion.

1905. Bitte. Reint! — N. W. 16. Mündliche Auskunft in der Expedition des „Vormärts“. — 444. Reint.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

N. W. 52. 1. Sämtliche Forderungen, auch Ihre Erbschaftsforderung, gehören zur Konturmasse. Ihre Forderung hat kein Vorrang. 2. Anforderungen zur Errichtung von Testamenten finden Sie auf den letzten Seiten des dem Arbeiterrecht beigegebenen Führers durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — N. W. 5a.

Cabliau zum Kochen und Braten
sehr empfehlenswert

ohne Kopf 25 Pf., im Anschnitt 27 Pf.

Große Schellfische

pro Pfd. 23-25 Pf., im Anschnitt 30 Pf.

Alle Fischarten sind infolge großer Fänge soeben in großen Mengen eingetroffen. Die mannigfachen Zubereitungen sind aus dem umfangreichen Seefisch-Kochbuch, das jeder Käufer gratis erhält, ersichtlich.

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.

Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstraße 30 | Madaistraße 22 | Landsbergerstraße 52-53
(am Moritzplatz.) | (im Schloßischen Bahnhof.) | (der Kurzenstr. gegenüber).

Die von uns hier eingeführten und sehr beliebt gewordenen

Brassen

sind in großen Fängen wieder eingetroffen, die wir mit

18-20 Pf. pro Pfd.

zum Kochen und Braten geeignet empfehlen.

Spezialhaus

für **Damenhüte**

Kinderhüte.

Trauerhüte.

Alexander Lesser

vorm.

Therese Haase

BERLIN S.O.

Wrangelstr. 22.

Admiralstr. 11.

Bei Bezug auf diese Zeitung 5 Prozent Rabatt.

Billigstes Putzgeschäft

Letzte Neuheit:

Chiffonhüte, reich garniert

M. 3.⁹⁵, 4.²⁵, 4.⁹⁵ etc.

Größtes Specialgeschäft für Hüte und Mützen



Dieser weiche, schwarze Herrenhut mit Futter kostet 1,50, in Herrenhüten weich und steil ca. 150 verschiedene Sorten bis zu den feinsten Qualitäten.

Oskar Arnold

Dresdenerstr. 116

Kein Laden (am Oranienplatz).

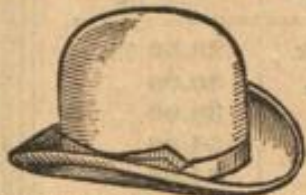
Filzhüte, Cylinderhüte,
Strohüte,
Stoffhüte und Mützen!

Engros! Export!

Einzelverkauf
zu auffallend, billigen aber
streng festen Preisen,
aussergewöhnlich reich-
haltige Auswahl!

Partiewaren
führe ich
nicht!

sondern nur moderne,
fehlerfreie Ware.



Dieser moderne, schwarze, steife Hut mit Futter kostet 1,75 Mk. in nur fehlerfreier, reeller Ware.



Diese Form führe in Filz-, Stroh- und Stoffhüten. Stoffhüte für Herren und Kinder in sehr reichhaltiger Auswahl.



Knaben- und Mädchen-Mützen in allen Formen (ca. 100 verschiedene Muster).



Herren-Mützen schon von 40 Pfg. an, ca. 150 verschiedene Sorten in allen Preislagen vorrätig.



Nur
neueste
Moden.

Dieser weiche, schwarze Gut mit Futter, Zylinderhüte u. Chap. clagues moderne Form, kostet M. 1,90. in großer Auswahl.

Spezial-Hut-Engros-Lager, nur neueste Moden.

Abteilung für den Einzelverkauf

Neue König-Strasse 48, 1 Treppe.

drittes Haus vom Alexanderplatz.

Größte Auswahl, ansergewöhnlich billige Preise.

Filzhüte für Herren, neueste Form, mit Futter M. 1,50.

mit Atlasfutter M. 2,-, hochfeine

Qualität M. 2,50, extra feine M. 3,-, beste Qualität 4,50.

Sonntags geöffnet.



W. Zapel

Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.

Größtes Spezial-Geschäft

für Seiden- und Filz-Hüte.

Lager in Schirmen und Mützen.

Eine Mark

mögliche Teilzahlung liefert

eleg. fertige Herren-Moden.

Bestellungen n. Maß, tabell. Ausf. in eigener Werkstatt.

Spezial-Geschäft

für Herren-Bekleidung.

Kein Waren-Kredithaus.

J. Kurzberg

An der Jannowitzbrücke 1, I.

Bahnhof Jannowitzbrücke.

Wald- und Sandparzellen

am Borortbahnhof, herrlich gelegen,

unweit See, verkauft gegen geringe

An- u. Abzahlung Aug. Puchert.

Dabendorf bei Jossen. 1922

Lachmann & Scholz

Turmstr. 76 Warenhaus Ottostr. 1.

Beachten Sie folgende Gelegenheits-Posten!!!

Wir verkaufen soweit die Vorräte reichen:

Ein Posten
Damen-Hemden
Wert bis 3,-
jetzt Stück 1³⁵

Ein Posten
Kinder-Hänger
coul., Wert bis 2,50
jetzt Stück 95 Pf.

Ein Posten
Kinder-Kleidchen
im Woll, reich garniert
Wert bis 6,85
jetzt Stück 2⁸⁵

Ein Posten Handschuhe
Damen-Glacés
coul. u. weiß;
wir leisten für jed. Paar Garantie
Paar 1³⁵

500 Dtzd.
Damen-Strümpfe
echt schwarz, gestrickt
Paar 35 Pf.

Ein Posten
Herren-Krawatten
coul. Seide in allen Formen
Stück 39 Pf.

Ein Posten
Herren-Kragen
garantiert 4fach,
in allen Formen
Stück 19 Pf.

Ein Posten
Taschentücher
Pa. Linon
1/2 Dtzd. 48 Pf.

Geschäfts-Eröffnung!

Am 4. März, nachm. 4 Uhr, eröffnen wir Kottbuser Damm 78 ein Spezialgeschäft

eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung.

Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß unter Leitung erster Meister.

Spezial-Abteilung: Bekleidung für sämtliche Berufe.

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Fabrikate.
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
Wir werden stets das neueste zum Verkauf bringen.
Wir verkaufen nur zu billigen, aber streng festen Preisen.
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Ein verehrtes Publikum gestatten wir uns höflichst zu der am **Sonnabend, den 4. März** stattfindenden **Eröffnung** ganz ergebenst einzuladen und bitten wir höflichst, unsere Verkaufsräume einer gefl. Besichtigung zu unterziehen.

Jeder Käufer eines Herren-Anzuges oder Paletots erhält eine elegante bunte Weste am Eröffnungstage und am Sonntag gratis.

78 Kottbuser Damm

Leske & Lehrer

Kottbuser Damm 78

Wir zahlen unseren Schneidern tarifmäßige Löhne!

Wir zahlen unseren Schneidern tarifmäßige Löhne!

